

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

63. Jahrgang · 29–31/2013 · 15. Juli 2013



Deradikalisierung

Peter Neumann

Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus

Roland Eckert

Radikalisierung – Eine soziologische Perspektive

Guido Steinberg

Jihadistische Radikalisierung im Internet
und mögliche Gegenmaßnahmen

Lorenzo Vidino

Deradikalisierung durch gezielte Interventionen

Judy Korn · Harald Weilnböck

Der lange Abschied von Hass und Gewalt

Ulrich Dovermann

Narrative und Gegen-Narrative im Prozess
von Radikalisierung und Deradikalisierung

Editorial

Begriffe wie „Extremismus“ oder „Radikalisierung“ gehören zum alltäglichen Sprachgebrauch. Jedoch bleibt oftmals unklar, was genau mit ihnen gemeint ist. Auch in der Forschung wird viel über den „Radikalisierungsbegriff“ diskutiert. Die meisten Ansätze betonen das Prozesshafte, das heißt sie konzentrieren sich auf den Verlauf von Radikalisierungen. Denn Menschen radikalisiert sich nicht von einem Tag auf den anderen. Wenn Radikalisierung also der Prozess ist, durch den ein Mensch zum Extremisten wird, dann ist eine mögliche Umkehrung dieser Eskalation für die demokratische Gesellschaft von besonderem Interesse: die Deradikalisierung.

Um einem solchen Richtungswechsel näher zu kommen, muss jedoch erst nachvollzogen werden, wie Radikalisierung tatsächlich abläuft – nämlich individuell unterschiedlich. In den meisten Theorien finden sich Elemente wie die Erfahrung von Unzufriedenheit und Konflikt, die Annahme einer extremistischen Ideologie sowie die Einbindung in Sozial- und Gruppenprozesse. Auch bei den Ansätzen, die Radikalisierungsprozessen entgegenwirken sollen, sind noch viele Fragen umstritten: von der Wahl der Kooperationspartner über die Gefahr, Menschen durch Präventionsprogramme vorzuverurteilen, bis hin zur Zielsetzung. Reicht es, einen Menschen zu „demobilisieren“, ihn also vom Gewaltverzicht zu überzeugen, oder muss er sich auch von der jeweiligen extremistischen Ideologie abwenden?

Entsprechend vielfältig sind die Herangehensweisen in der Praxis. So bemühen sich „gezielte Interventionen“, Personen, die sich kognitiv schon radikalisiert haben, „zurückzuholen“, noch bevor sie straffällig geworden sind. In der „Verantwortungspädagogik“ versuchen Antigewalt- und Kompetenztrainings, rechtsextreme oder fundamentalistische Jugendliche im Strafvollzug durch die Aufarbeitung ihrer Taten in Gruppen dazu zu bringen, ihr gewaltsames Verhalten zu verstehen, Verantwortung zu übernehmen und in Zukunft einen anderen Weg einzuschlagen.

Sarah Laukamp

Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus

In Zeitungsartikeln tauchen Begriffe wie „Radikalisierung“, „Deradikalisierung“ und „Extremismus“ häufig auf, werden aber

Peter Neumann,

PhD, geb. 1974; Direktor des International Center for the Study of Radicalisation (ICSR), Kings College London, 138–142 Strand, London WC2R 1HH, England/UK. peter.neumann@kcl.ac.uk

meist ohne Erklärung oder Definition verwendet. So heißt es zum Beispiel, der Weg der zwei Brüder, die mutmaßlich für die Anschläge von Boston im April 2013 verantwortlich waren, sei „typisch“ für die „Radikalisierung von Einzeltätern“¹. Doch was bedeutet das? Und wie unterscheidet sich ein „Radikalisierte“ von einem „Extremisten“? Ist es möglich, sich zu entradikalisieren? Und wenn ja, in welchem Zustand gilt man als erfolgreich deradikalisiert?

In diesem Beitrag grenze ich Konzepte wie Radikalisierung, Extremismus und Deradikalisierung voneinander ab. Denn wichtigen Debatten, Kontroversen, ungelösten Fragen und auch Missverständnissen im Bereich der Terrorismus- und Extremismusforschung liegen oft unterschiedliche Definitionen und Verständnisse dieser Konzepte zugrunde.

Radikalisierung als Prozess

Wie beim Wort „Terrorismus“ besteht unter Wissenschaftlern keine Einigkeit über die Definition des Begriffs „Radikalisierung“. „Radikal“ stammt vom lateinischen Wort für Wurzel (*radix*) und wurde im Laufe der Jahrhunderte in unterschiedlichen Zusammenhängen verwendet. Im 19. Jahrhundert zum Beispiel war „Radikalismus“ das Motto liberaler Reformer, während im 20. Jahrhundert oft marxistische Revolutionäre als Radikale galten.² In beiden Fällen ging es um eine drastische Abwendung von den geltenden gesellschaftlichen Verhältnissen und

die Errichtung eines anderen politischen Systems.

Im Kontext ihrer jeweiligen Zeit galten Radikale immer auch als Extremisten. Der Prozess, durch den sie zu Extremisten wurden, war ihre Radikalisierung. Was genau dieser Prozess beinhaltet und womit er endet, ist unter Wissenschaftlern umstritten, nicht aber, dass es sich um einen Prozess – also eine Anzahl von Vorgängen, die sich über einen gewissen Zeitraum hinweg abspielen – handelt. Anders ausgedrückt: Niemand glaubt, dass Menschen über Nacht zu Extremisten werden, und bei der Radikalisierung geht es deshalb nicht ausschließlich um das Vorhandensein bestimmter Faktoren und Einflüsse, sondern auch – und gerade – um deren Zusammenspiel, Entwicklung und Verlauf.

Für die Politikwissenschaftlerin Zeyno Baran zum Beispiel ist der Mechanismus ähnlich dem eines Fließbands, auf dem verschiedene Elemente und Einflüsse Schritt für Schritt hinzukommen.³ Der Sozialpsychologe Fathali Moghadam vergleicht die Radikalisierung mit einem Treppenhaus, in dem sich Personen – je nachdem, wie extrem ihr Denken und Handeln ist – auf verschiedenen Stufen befinden.⁴ Clark McCauley und Sophia Moskalenko stellen sich den Prozess als eine Pyramide vor, in der die Anzahl der Radikalisierten geringer wird, je extremer deren Denken und Verhalten ist.⁵ So unterschiedlich die Metaphern und Modelle auch sein mögen, alle gängigen Theorien visualisieren Radikalisierung nicht als Ereignis, sondern als eine Art Progression, in deren Verlauf sich das Denken und/oder Handeln einer Person oder Gruppe ändert.

¹ Innenminister Hans-Peter Friedrich warnt vor radikalisierten Einzeltätern, 25. 4. 2013, www.focus.de/politik/deutschland_aid_971064.html (4. 6. 2013).

² Vgl. David R. Mandel, *Radicalization: What Does It Mean?*, in: Thomas Pick/Anne Speckhard/Beatrice Jacuch (eds.), *Homegrown Terrorism: Understanding the Root Causes of Radicalisation Among Groups with an Immigrant Heritage in Europe*, Brüssel 2009.

³ Vgl. Zeyno Baran, *Fighting the War of Ideas*, in: *Foreign Affairs*, 84 (2005) 6, S. 68–78.

⁴ Vgl. Fathali M. Moghadam, *The Staircase to Terrorism: A Psychological Exploration*, in: *American Psychologist*, 60 (2005) 2, S. 161–169.

⁵ Vgl. Clark McCauley/Sophia Moskalenko, *Mechanisms of Political Radicalization: Pathways Toward Terrorism*, in: *Terrorism and Political Violence*, 20 (2008) 3, S. 415–433.

Extremismus

Als Prozess, durch den Personen oder Gruppen zu Extremisten werden, lässt sich Radikalisierung deshalb sehr einfach definieren. Schwieriger ist es, den Endpunkt dieses Prozesses zu beschreiben: Was genau ist ein Extremist? Für den politischen Philosophen Roger Scruton ist das Konzept zweideutig. Auf der einen Seite geht es um politische Ziele und Ideen, die den fundamentalen Werten und Überzeugungen einer Gesellschaft diametral entgegenstehen.[¶] In einer westlichen Demokratie wie Deutschland wäre dies jegliche Form von religiöser und rassistischer Vorherrschaft sowie alle Ideologien, die an demokratischen Prinzipien, Freiheits- und Menschenrechten rütteln.

Andererseits, so Scruton, kann der Begriff Extremismus auch die Methoden beschreiben, die politische Akteure zur Durchsetzung ihrer Ziele verwenden. Wer Mittel einsetzt, die „das Leben, die Freiheit und die Menschenrechte von anderen beeinträchtigen oder aufs Spiel setzen“,[¶] der ist nach Scruton ein Extremist – ganz egal, welche Ziele er oder sie damit verfolgt. Der Umweltschutz zum Beispiel wird von einer großen Mehrheit der Bevölkerung als positiv und erstrebenswert betrachtet. Wer dieses Ziel allerdings mit illegalen und gewalttätigen Mitteln verfolgt – etwa durch Anschläge auf Fabriken oder die Entführung von Industriemanagern – ist dennoch ein Extremist.

Aus der Zweideutigkeit des Extremismusbegriffs ergibt sich eine Vielzahl an Debatten und Kontroversen. Von einigen Liberalen und Libertären wird beispielsweise argumentiert, dass extremistische Ziele und Ideen an sich „unproblematisch“ seien, solange sie friedlich und mit legalen Mitteln verfolgt würden. Die Beobachtung (nicht-gewaltbereiter) Extremisten durch den Staat sei demzufolge eine Einschränkung der Meinungsfreiheit und die hierfür verantwortlichen Behörden fungierten als eine Art „politische Polizei“.[¶] Das Gegenargument ist, dass auch „legalistische“ – also nicht-gewaltbereite, scheinbar

systemtreue – Extremisten eine ernsthafte Bedrohung für den sozialen Frieden und die freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellen könnten. Die Lehre aus dem Aufstieg der Nationalsozialisten – so der österreichische Philosoph Karl Popper – sei, dass tolerante Gesellschaften die Pflicht hätten, sich gegen jegliche Art von Extremisten zu verteidigen: „Wenn wir nicht bereit sind, eine tolerante Gesellschaftsordnung gegen die Angriffe der Intoleranz zu verteidigen, dann werden die Toleranten vernichtet werden und die Toleranz mit ihnen.“[¶] Hieraus leitet sich das Prinzip der „wehrhaften Demokratie“ ab.

Für Wissenschaftler ergibt sich aus der Zweideutigkeit des Begriffs eine Notwendigkeit zur Abgrenzung. Viele Forscher unterscheiden deshalb zwischen „kognitiven Extremisten“ – also Menschen, deren Ziel- und Wertvorstellungen dem gesellschaftlichen Konsens drastisch widersprechen – und „gewaltbereiten Extremisten“.[¶]

Kognitiver Extremismus

Auch der Begriff des „kognitiven Extremismus“ ist jedoch alles andere als klar. Die Worte „radikal“ und „extrem“ als Bezeichnung für bestimmte Ideen, Ziele und Wertvorstellungen besitzen keine universelle Gültigkeit. Sie setzen ein Wissen darüber voraus, was in einer bestimmten Gesellschaft oder zu einem gewissen Zeitpunkt als „moderat“ oder „Mainstream“ gilt. Was die eine Gesellschaft für „radikal“ hält, das gehört in einer anderen zum allgemeinen Konsens. Und was heute als „extremistisch“ gilt, ist vielleicht morgen schon unverrückbarer Teil der staatlichen Ordnung.

Politisch Linke tun sich deshalb mit Begriffen wie Extremismus und Radikalisierung häufig schwer. Für sie ist Radikalismus weder problematisch noch negativ, sondern – ganz im Gegenteil – notwendige Voraussetzung dafür, dass sich Gesellschaften fortschrittlich entwickeln. Besonders in den Vereinig-

[¶] Vgl. Roger Scruton, *The Palgrave Macmillan Dictionary of Political Thought*, Basingstoke 2007.

[¶] Ebd., S. 132.

[¶] Vgl. Mark Sedgwick, *The Concept of Radicalization as a Source of Confusion*, in: *Terrorism and Political Violence*, 22 (2010) 4, S. 479–449.

[¶] Karl Popper, *The Open Society and Its Enemies*, Vol. 1: *The Spell of Plato*, New Haven, CO, 1971⁵, S. 265.

[¶] Vgl. Lorenzo Vidino, *Countering Radicalization in America: Lessons from Europe*, United States Institute for Peace Special Report, November 2010, S. 5.

ten Staaten sind die Geschichtsbücher voll mit Beispielen von Personen und politischen Bewegungen, die zunächst von Staat und Gesellschaft als „extremistisch“ gebrandmarkt wurden, deren Ziele aber heute als akzeptiert und erstrebenswert gelten. Wer sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts für die Abschaffung der Sklaverei aussprach, der war nach Meinung der (damaligen) Mehrheit ein „gefährlicher Extremist“; dasselbe galt für Frauen, die 100 Jahre später für ihr Wahlrecht kämpften und für den Bürgerrechtler Martin Luther King Jr., der in den 1950er und 1960er Jahren von der Bundespolizei FBI beobachtet und drangsaliiert wurde.¹¹

Befürworter des (kognitiven) Extremismusbegriffs halten dem entgegen, dass es innerhalb moderner demokratischer Gesellschaften einen normativen Grundkonsens gebe – Demokratie, Menschenrechte, Gleichheit vor dem Gesetz –, durch den sich Willkür bei der Klassifizierung bestimmter Ideen und Ziele vermeiden lasse.¹² Dennoch zeigen die oben genannten Beispiele, dass auch dieser (vermeintlich solide) Wertekanon unterschiedlich interpretiert werden kann und sich die Bedeutung von Normen im Laufe der Zeit ändert. Darüber hinaus wird deutlich, dass sich in autoritären Staaten, wo es keinen solchen Wertekompass gibt, Begriffe wie „Extremismus“ und „Radikalismus“ leicht zur Verfolgung Oppositioneller instrumentalisiert werden lassen.

Gewaltbereiter Extremismus

Beim gewaltbereiten Extremismus ist die Definition einfacher, und dennoch sind nicht alle Spielarten der extremistischen Gewalt identisch. Anarchisten und Linksextremisten zum Beispiel sind häufig in Sachbeschädigung und Anschläge auf die Infrastruktur verwickelt. Hierbei handelt es sich um Formen der Sabotage, durch die Bauprojekte verhindert, Investoren abgeschreckt und/oder „dem System“ zusätzliche Kosten verursacht werden sollen. Selten kommen hierdurch Menschen zu Schaden (obwohl die Verursacher dies manchmal in Kauf zu nehmen

scheinen). Von den Extremisten wird deshalb argumentiert, dass derartige Anschläge keine Gewaltanwendung darstellten und – wenn überhaupt – als defensive Reaktion auf die „strukturelle Gewalt“ des kapitalistischen Systems zu verstehen seien („Macht kaputt, was Euch kaputt macht!“¹³). Für Außenstehende mag dies wenig plausibel klingen, doch für Anhänger und Sympathisanten lässt sich hierdurch die Beteiligung an solchen Gewaltakten relativ einfach und scheinbar elegant rechtfertigen.

Der zweite Typus ist die Straßengewalt. Hier geht es um gewalttätige Konfrontationen zwischen Anhängern verschiedener extremistischer Bewegungen oder zwischen Extremisten und der Polizei, die sich zumeist aus Demonstrationen und Versammlungen entwickeln und im Gegensatz zu den anderen Typen extremistischer Gewalt nicht immer geplant sind oder von zentraler Stelle koordiniert werden. Besonders bei Rechtsextremisten gibt es außerdem sogenannte Hassverbrechen (*bate crimes*), die sich gegen Ausländer oder Angehörige von Minderheiten richten, also zum Beispiel Brandanschläge auf Asylbewerberheime oder Prügelattacken auf Menschen anderer Hautfarbe. Wie bei der Straßengewalt generell sind derartige Hassverbrechen häufig absehbar, aber nur selten von langer Hand geplant.

Bei der dritten Kategorie handelt es sich um terroristische Gewalt – in den allermeisten Fällen Bombenanschläge, Entführungen oder politische Morde –, die sich als Teil einer systematischen Kampagne versteht und häufig (aber nicht immer) Zivilisten zum Ziel hat. Terroristen verstehen sich als Soldaten im Dienste der „nationalen Revolution“, „Gottes“ oder „der Arbeiterklasse“ und sind – im Gegensatz zu reinen Straßengewalttätern – meist besser organisiert, entschlossener und nehmen die Tötung von Menschen nicht nur hin, sondern begreifen sie als wichtiges Element ihrer Strategie.¹⁴ Im Vergleich zu anderen extremistischen Gewalttypen erfordert der Terrorismus von Beteiligten einen ho-

¹¹ Vgl. Timothy McCarthy/John McMillian, *The Radical Reader: A Documentary History of the American Radical Tradition*, New York 2003, S. 3f.

¹² Vgl. Bundesministerium des Innern, *Verfassungsschutzbericht 2011*, Berlin 2012, S. 16.

¹³ Ulrike Meinhof, *Das Konzept Stadtguerilla* (1971), in: *Texte und Materialien zur Geschichte der RAF*, Berlin 1997, S. 27ff.

¹⁴ Vgl. Peter Neumann/M.L.R. Smith, *The Strategy of Terrorism: How It Works, and Why It Fails*, London 2008.

hen Einsatz und Grad an Bindung, und ihm geht deshalb in vielen Fällen ein langer Sozialisierungsprozess in „radikalen Milieus“ voraus.¹⁵

Vom kognitiven zum gewaltbereiten Extremismus?

Eine der am kontroversesten diskutierten Forschungsfragen im Bereich der Extremismusforschung ist der Zusammenhang zwischen kognitivem und gewaltbereiten Extremismus. Auf der einen Seite steht die oben bereits erwähnte Fließbandhypothese, nach der der kognitive Extremismus Voraussetzung für den gewaltbereiten Extremismus ist. Anders ausgedrückt: Wer politische Gewalttaten begeht, der muss auch eine politische Motivation haben, durch die solche Gewalttaten gerechtfertigt werden. Auf dem metaphorischen Fließband durchläuft eine Person also zunächst den Prozess der kognitiven Radikalisierung und wird dann für gewalttätige Aktionen ansprechbar. Selbst Anhänger der Fließbandhypothese glauben nicht, dass alle kognitiven Extremisten irgendwann zu gewalttätigen Extremisten werden, aber der Umkehrschluss – nämlich, dass jeder gewaltbereite auch ein kognitiver Extremist ist – trifft ihrer Meinung nach zu.¹⁶

Für die Gegner der Fließbandtheorie ist der Radikalisierungsprozess komplizierter. Eines der am häufigsten vorgetragenen Argumente lautet, dass kognitiver Extremismus eine Art Ventilfunktion haben könne, durch den die Notwendigkeit für gewalttätige und zerstörerische Aktionen entfiele. Wer die Möglichkeit habe, auf legitime Weise „Dampf abzulassen“ und seine extremistischen Ansichten laut – aber ohne Gewalt – vorzutragen, der sei für terroristische Gruppen schwerer zu rekrutieren. Denken und Handeln, so die Gegner der Fließbandhypothese, seien eben zwei völlig unterschiedliche Dinge. Man könne ein religiöser Fundamentalist sein – also die eigene Religion sehr streng auslegen und sich von der Gesellschaft abschotten –, aber dennoch den Einsatz von Gewalt zur Verbreitung und Durchsetzung des eigenen Gesellschafts-

und Glaubenssystem aus Prinzip ablehnen. Unter den sogenannten Salafisten zum Beispiel, deren Interpretation des Islam zweifellos „fundamentalistisch“ ist, gebe es nicht nur „Jihadisten“, sondern auch „Pazifisten“, deren Rolle und Potenzial zur Deradikalisierung wegen der Dominanz der Fließbandhypothese häufig übersehen werde.¹⁷

Ein weiteres Gegenargument zur Fließbandtheorie ist die Beobachtung, dass nicht alle Mitglieder terroristischer Zellen im gleichen Maße politisiert seien. Zwar treffe es zu, dass die Anführer terroristischer Gruppen meist stark ideologisierte, kognitive Extremisten seien, nicht aber deren Anhänger. Nach Ansicht des amerikanischen Psychologen Randy Borum gibt es unter diesen Anhängern viele Mitläufer, die aus persönlicher Verbundenheit und Gruppenzwang in den gewalttätigen Extremismus hineingerutscht seien, selbst aber keine starken politischen Überzeugungen hätten und demnach keine kognitiven Extremisten seien. Die Gleichung „je extremistischer die Einstellung, desto höher die Gewaltbereitschaft“ sei also in vielen Fällen falsch.¹⁸

Weder die Anhänger der Fließbandhypothese noch deren Gegner haben es geschafft, den Zusammenhang zwischen kognitivem und gewaltbereiten Extremismus vollständig aufzuklären. Kommt es auf die Einstellung kognitiver Extremisten zum politischen System an, wie zum Beispiel der englische Forscher Justin Gest behauptet?¹⁹ Unter welchen Bedingungen genau interessieren sich kognitive Extremisten für Gewalt? Und: Wenn es richtig ist, dass politische Ideen und Ideologien bei der Radikalisierung eine weit geringere Rolle spielen als häufig angenommen, warum kommt es dann überhaupt zur politischen Gewalt? Die grundsätzliche Natur dieser Fragen zeigt, dass es sich bei der Schnittstelle zwischen kognitivem und gewaltbereiten Ex-

¹⁵ Vgl. Stefan Malthaner/Peter Waldmann (Hrsg.), *Radikale Milieus: Das soziale Umfeld terroristischer Gruppen*, Frankfurt/M.–New York 2012.

¹⁶ Vgl. Z. Baran (Anm. 3).

¹⁷ Vgl. Robert Lambert, *Empowering Salafis and Islamists against Al-Qaeda: A London Counterterrorism Case Study*, in: *PS: Political Science and Politics*, 41 (2008) 4, S. 31–35; Quintan Wiktorowicz, *Anatomy of the Salafi Movement*, in: *Studies in Conflict and Terrorism*, 29 (2006) 1, S. 207–239.

¹⁸ Vgl. Randy Borum, *Radicalization into Violent Extremism I: A Review of Social Science Theories*, in: *Journal of Strategic Security*, 4 (2011) 4, S. 7–35.

¹⁹ Vgl. Justin Gest, *Apart: Alienated and Engaged Muslims in the West*, New York 2010.

tremismus um eine zentrale Fragestellung der Radikalisierungsforschung handelt.¹²⁰

Deradikalisierung

Die auf den ersten Blick einfachste Betrachtungsweise der Deradikalisierung ist die als Umkehrung des Prozesses, durch den eine Person zum Extremisten wurde. Es geht so gesehen darum, für jeden „negativen“ Einfluss, der zur Radikalisierung beigetragen hat, ein „Gegengift“ zu finden, das heißt: einen positiven Einfluss, der der Wirkung des negativen Einflusses entgegensteht oder sie aufhebt.

Die Schwierigkeit bei der Entwicklung dieser „Gegengifte“ besteht darin, genau zu wissen, welche Einflüsse auf welche Weise zur Radikalisierung geführt haben. Hierfür gibt es etliche Hypothesen, Modelle und Theorien, die sich zum Teil widersprechen.¹²¹ Die meisten Forscher gehen mittlerweile davon aus, dass es unmöglich – und auch unsinnig – ist, nach einem einzigen, universell gültigen Radikalisierungsmodell zu suchen. Radikalisierungsverläufe, so der Konsens, sind individuell unterschiedlich, auch wenn es Ähnlichkeiten und gemeinsame Elemente gibt, die in vielen dieser Verläufe zu erkennen sind.¹²² Generell lassen sich in den meisten Modellen und Theorien drei dieser Elemente ausmachen:

- Die Erfahrung von Unmut, Unzufriedenheit und Konflikt. Hier kann es sich um einen persönlichen Identitätskonflikt handeln, Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen oder auch politische und soziale Spannungen, die – gemäß dem amerikanischen Sozialwissenschaftler Quintan Wiktorowicz – eine „kognitive Öffnung“ produzieren, also eine Bereitschaft, eigene Denkmuster zu überprüfen und mit neuen Ideen und Wertvorstellungen zu experimentieren.¹²³

¹²⁰ Vgl. Marc Sageman, *The Stagnation of Research on Terrorism*, in: *Chronicle of Higher Education*, 30.4.2013, <http://chronicle.com/blogs/conversation/2013/04/30/the-stagnation-of-research-on-terrorism/> (4.6.2013).

¹²¹ Vgl. R. Borum (Anm. 18).

¹²² Vgl. Ebd.

¹²³ Quintan Wiktorowicz, *Radical Islam Rising: Muslim Extremism in the West*, London 2005, S. 20–24.

- Die Annahme einer extremistischen Ideologie. Die Funktion von Ideologien besteht vor allem darin, einen Schuldigen zu identifizieren („die Juden“, „die Ausländer“, „der Westen“, „das monopol-kapitalistische System“), eine Lösung bereitzustellen („der Gottesstaat“, „nationale Revolution“, „die Diktatur des Proletariats“) und zur Mitarbeit an diesem Projekt zu motivieren. Soziologen bezeichnend diese Funktionen als „diagnostisch“, „prognostisch“ und „motivierend“.¹²⁴
- Die Einbindung in Sozial- und Gruppenprozesse. Viele Sozialwissenschaftler argumentieren, dass risikoreiche Formen des politischen Aktivismus – also zum Beispiel die Beteiligung an extremistischen und marginalisierten Gruppen sowie illegale und gewalttätige Aktionen – besonders viel Einsatz und Mut erfordern, die typischerweise das Ergebnis von starken sozialen Bindungen, Gruppenloyalität und -druck sind.¹²⁵

Uneinigkeit besteht zwischen Forschern, wie wichtig diese „Bausteine“ sind und in welcher Kombination und Reihenfolge sie innerhalb von Radikalisierungsverläufen auftreten. Auch halten viele Wissenschaftler die oben genannten Elemente zwar für notwendig, aber nicht hinreichend und streiten deshalb über die Bedeutung zusätzlicher Faktoren und Bedingungen. Dass Unmut, Ideologie und Gruppenprozesse wichtig sind, steht allerdings außer Frage. Bei den allermeisten Ansätzen zur Deradikalisierung geht es dementsprechend darum, Konflikte zu mindern, die zur kognitiven Öffnung geführt haben, der extremistischen Ideologie entgegenzuwirken oder Personen aus ihren (extremistischen) sozialen Umfeldern herauszulösen.

Zusätzlich zur Umkehr des Radikalisierungsprozesses zielen viele Deradikalisierungsansätze darauf ab, Gefühle des Zweifels und der Enttäuschung bei Mitgliedern extremistischer Gruppen zu verstärken. Hierbei kann der Ansatzpunkt rein persönlicher Natur sein, also zum Beispiel Erschöpfungsgefühle nach jahrelanger Verfolgung und

¹²⁴ Vgl. Donatella della Porta/Mario Diani (eds.), *Social Movements: An Introduction*, Oxford 2006², S. 74–88.

¹²⁵ Vgl. Marc Sageman, *Understanding Terror Networks*, Philadelphia 2004, S. 99–136.

Tätigkeit im Untergrund oder der Wunsch nach einer grundsätzlichen Neuorientierung, Gründung einer Familie, stabilen Beziehung oder ähnliches. Oft geht es auch um die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, die sich vielen Mitgliedern extremistischer Organisationen offenbart, beispielsweise die Brutalität, die im Gegensatz zu den vermeintlich hehren Zielen der Gruppe steht, oder das persönliche Fehlverhalten von – und Konflikte mit – Anführern und Mitstreitern.¹²⁶

Wie bei der Radikalisierung können auch Deradikalisierungsprozesse unterschiedliche Ziele haben, je nachdem, ob es darum geht, die Ideen und Einstellungen einer Person zu ändern oder deren Handeln. Wissenschaftler unterscheiden deshalb zwischen kognitiver Deradikalisierung und Demobilisierung (*behavioural de-radicalisation*).¹²⁷

Kognitive Deradikalisierung

Bei der kognitiven Deradikalisierung geht es darum, eine Person von ihren extremistischen Überzeugungen abzubringen. Hierdurch, so die Theorie, wird nicht nur die Ursache des kognitiven Extremismus behoben, sondern auch die Rechtfertigung für jegliche Form extremistischen Handelns. Bei der kognitiven Deradikalisierung geht es konsequenterweise nicht nur um die Herauslösung aus extremistischen sozialen Umfeldern und die Beilegung von Spannungen und Konflikten, sondern auch um ideologische Überzeugungsarbeit. Nach Ansicht vieler Wissenschaftler ist dies der anspruchsvollste Deradikalisierungsansatz, denn er rüttelt an Überzeugungen, die von Extremisten als wahr akzeptiert wurden und in vielen Fällen zum Teil der Identität geworden sind. Aus der Sozialpsychologie ist bekannt, dass Menschen Widersprüchen und Konflikten mit dem eigenen Selbstverständnis aus dem Weg gehen (kognitive Dissonanz) und sich gegen direkte, plumpe oder aggressive Überzeugungsversuche zur Wehr setzen (Reaktanz). Im schlimmsten Fall können Deradikalisie-

¹²⁶ John Horgan, Individual disengagement: A Psychological Analysis, in Tore Bjorgo/John Horgan (eds.), *Leaving Terrorism Behind: Individual and Collective Disengagement*, Abingdon, 2009, S. 21 f.

¹²⁷ Vgl. Omar Ashour, *The Deradicalization of Jihadists*, Abingdon 2009.

rungs-Anstrengungen nach diesem Muster zu Bumerangeffekten führen, als deren Folge sich die ursprünglichen (extremistischen) Überzeugungen verfestigen.¹²⁸

Grundsätzlich stellt sich außerdem die Frage, welche Überzeugungen „nicht-extremistisch“ oder moderat sind, ab welchem Punkt also ein Extremist als kognitiv deradikalisiert gelten soll. Wegen der Relativität des Extremismusbegriffs sind auch hier ganz unterschiedliche Deutungen möglich. Ist zum Beispiel ein vormaliger Neonazi dann deradikalisiert, wenn er die verfassungsmäßige Ordnung akzeptiert, aber dennoch ausländergefeindliche Ansichten vertritt, die er oder sie innerhalb des Systems durchsetzen möchte? Welche Meinungen und Ideen sind innerhalb eines gewissen Kontexts akzeptabel, welche nicht? Und ganz praktisch: Wie lässt sich Deradikalisierung messen und über welchen Zeitraum müssen „moderate“ Einstellungen vertreten werden, um eine dauerhafte Deradikalisierung zu beweisen und das Risiko eines „Rückfalls“ auszuschließen?

Demobilisierung

Scheinbar einfacher ist die Demobilisierung. Hier geht es nicht um das Ändern politischer Überzeugungen oder das Abschwören von einer Ideologie, sondern um das Unterlassen extremistischer Handlungen, speziell der Gewalt und des bewaffneten Kampfs. Eine demobilisierte Person kann nach wie vor das politische System ablehnen, sich der verfassungsmäßigen Ordnung widersetzen und zum Beispiel rassistische oder antidemokratische Auffassungen vertreten, hat sich aber dazu entschieden, dies mit legalen Mitteln zu tun oder sich vollständig aus dem politischen Aktivismus zurückzuziehen. Anders ausgedrückt: Es ist möglich, demobilisiert zu sein, aber kognitiver Extremist zu bleiben.

Genauso unterschiedlich wie die Ansätze, die von staatlicher Seite verwendet werden, um Demobilisierungstendenzen zu verstärken, sind die Motive, die zur Demobilisierung Anlass geben. Neben den oben bereits erwähnten persönlichen Motiven – Erschöp-

¹²⁸ Vgl. Anja Dalgaard-Nielsen, Promoting Exit from Violent Extremism: Themes and Approaches, in: *Studies in Conflict and Terrorism*, 36 (2013) 2, S. 99–115.

fung, persönliche Neuorientierung – kann Demobilisierung beispielsweise strategischen Überlegungen entspringen. Gewalttätiges Handeln gilt dann nicht grundsätzlich als falsch, aber zur Erreichung der politischen Ziele unter den bestehenden Bedingungen als nicht sinnvoll oder kontraproduktiv. Ein weiterer Ansatz ist, den bewaffneten Kampf aus moralischen oder ideologischen Gründen in Frage zu stellen. Hier greift das Argument, dass die (extremistische) Sache zwar ehrenhaft sei, sie aber durch die Anwendung von Gewalt diskreditiert werde, also die angewandten Mittel nicht durch den Zweck zu rechtfertigen seien.

Demobilisierung kann sowohl individuell als auch im Kollektiv erfolgen. Bei individuell Demobilisierten handelt es sich häufig um „Aussteiger“ aus persönlichen Gründen, die mit dem extremistischen Milieu nicht vollständig brechen wollen oder können, Teil der „Szene“ bleiben, sich aber nicht mehr an illegalen oder gewalttätigen Aktionen beteiligen. Bei der kollektiven Demobilisierung geht es um ganze Gruppen – oder große Teile dieser Gruppen –, die einen Waffenstillstand verkünden und sich anschließend ganz von der Gewalt abwenden, ohne aber ihre grundsätzlichen Ziele aufzugeben. Ein Beispiel hierfür ist die Gama Islamiyya in Ägypten, deren Führung in den 1990er Jahren einen „Revisionsprozess“ initiierte und eine große Mehrheit ihrer Anhänger davon überzeugte, die Waffen niederzulegen.¹²⁹ Wenn kollektive Demobilisierung mit Verhandlungen und staatlichen Konzessionen einhergeht – speziell politische Zugeständnisse und Teilhabe –, dann sind solche Prozesse konzeptionell nur noch schwer von Friedensprozessen zu unterscheiden.

Eine häufige Kritik an der Demobilisierung ist, dass die Abkehr von der Gewalt oberflächlich und oft rein taktischen Erwägungen geschuldet sei, die sich schnell umkehren ließen, sobald sich die politische Lage oder bestimmte ideologische Interpretationen änderten. Umstritten ist zudem die Rolle von kognitiven Extremisten in Demobilisierungsprozessen. Nach Ansicht einiger Forscher und Praktiker sind kognitive Extremisten besonders gut dazu geeignet, die Demobilisierung gewaltbereiter Extremis-

¹²⁹ Vgl. O. Ashour (Anm. 27).

ten zu begleiten, da sie ein ähnliches Weltbild hätten und deshalb mehr Einfluss und Glaubwürdigkeit besäßen als beispielsweise Vertreter des Staates oder Nicht-Extremisten.¹³⁰ Die Gegner dieses Ansatzes streiten zwar meist nicht ab, dass kognitive Extremisten bei der Demobilisierung eine positive Rolle spielen können, argumentieren aber, dass hierdurch Extremisten „geadelt“ würden und lediglich ein Problem – gewalttätiger Extremismus – durch ein anderes – kognitiver Extremismus – ersetzt würde.¹³¹

In der Praxis

Wie aus den unterschiedlichen Ansätzen deutlich wird, gibt es in der Praxis eine Vielzahl von Spielarten und Anwendungsmöglichkeiten bei der Deradikalisierung. Prinzipiell lassen sich drei Hauptformen unterscheiden.

*Interventionen*¹³² wenden sich an kognitive Extremisten, bei denen eine akute Gefahr der Zuwendung zur Gewalt besteht. Es handelt sich um eine Reihe individuell zugeschnittener Maßnahmen, die sich an den jeweiligen Bedürfnissen einer Person orientieren und sowohl psychologischer als auch ideologischer, sozialer und ökonomischer Art sein können. In Großbritannien sind Interventionen im sogenannten Channel-Projekt zusammengefasst und wurden bereits in mehr als tausend Fällen angewandt. Wenn die Polizei Hinweise darauf erhält, dass eine Person eine terroristische Gruppe unterstützt und/oder die Absicht hat, eine politisch motivierte Gewalttat zu verüben, wird von lokalen Behörden eine Arbeitsgruppe zusammengestellt, die den Fall zunächst analysiert und die anschließende Intervention koordiniert. Handelt es sich beispielsweise um einen stark ideologisch motivierten Islamisten, wird ein religiöser Mentor hinzugezogen. Stehen familiäre und soziale Probleme im Vordergrund, dann spielen die Sozialbehörden eine

¹³⁰ Vgl. R. Lambert (Anm. 17).

¹³¹ Vgl. Shiraz Maher/Martyn Frampton, *Choosing Our Friends Wisely: Criteria for Engagement with Muslim Groups*, London 2009, online: www.policyexchange.org.uk/publications/category/item/choosing-our-friends-wisely-criteria-for-engagement-with-muslim-groups (4.6.2013).

¹³² Siehe auch den Beitrag von Lorenzo Vidino in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*)

herausgehobene Rolle. In Großbritannien dauern solche Interventionen typischerweise mehrere Monate, in einigen Fällen deutlich länger. Von offizieller Seite wird das Channel-Projekt als „Hilfsmaßnahme“ dargestellt, durch die verhindert werde, dass sich junge Menschen strafbar machen.¹³³ Kritiker allerdings halten gerade den präventiven Aspekt für bedenklich und fürchten, dass Interventionsprogramme dazu führen, dass Menschen von den Behörden als Terroristen vorverurteilt werden.¹³⁴

Exit-Programme sind am anderen Ende der extremistischen „Laufbahn“ angesiedelt. Bei ihnen geht es nicht darum, ein Abrutschen in die Gewalt zu verhindern, sondern Möglichkeiten zum Ausstieg aus extremistischen Gruppen anzubieten. Die Angebote von Organisationen wie zum Beispiel Exit Deutschland oder Exit Schweden wenden sich an Personen, die sich mental und ideologisch bereits vom Extremismus entfernt haben, es aber schwer finden, sich aus extremistischen Umfeldern zu lösen. Zum Teil besteht Angst vor Vergeltungsaktionen, häufig auch Furcht vor sozialer Isolation, da in vielen Fällen das gesamte soziale Umfeld aus Mitgliedern der extremistischen Szene besteht. Die Hilfe beim Ausstieg ist deshalb in erster Linie nicht ideologisch, sondern vor allem praktisch: Exit-Programme unterstützen aussteigewillige Extremisten beim Umzug in eine andere Stadt, beim Aufbau einer neuen Existenz und eines neuen sozialen Umfelds, und sie stehen Aussteigern mit Rat und psychologischer Hilfe zur Seite, wenn Zweifel aufkommen und der Rückfall droht.¹³⁵ Ihr Zweck besteht also vor allem darin, die Schwelle zum Ausstieg zu senken. Darüber hinaus, so das Argument der Exit-Betreiber, stiften erfolgreiche Ausstiege Unruhe und Chaos innerhalb extremistischer Organisationen, was wiederum die Anführer solcher Gruppen

dazu zwingt, sich gegenüber den eigenen Unterstützern zu rechtfertigen.¹³⁶

Die größte Aufmerksamkeit galt in den zurückliegenden Jahren *Rehabilitationsprogrammen*, die vor allem in mehrheitlich muslimischen Ländern mit verurteilten Terroristen in Gefängnissen erprobt wurden. Mehr als ein Dutzend Staaten haben mit solchen Programmen experimentiert, wobei allerdings nur wenige als systematisch und professionell gelten können. Die am weitesten entwickelten (und derzeit noch laufenden) Programme befinden sich in Saudi-Arabien und Singapur. Ähnlich wie bei Rehabilitationsprogrammen für nicht-ideologische Straftäter geht es bei ihnen um berufliche Fortbildung, Training und den Aufbau einer neuen Existenz, die Betreuung durch Mentoren vor und nach der Freilassung sowie das Schaffen von Anreizen (vorzeitige Haftentlassung, Jobs und – speziell im saudischen Fall – auch materielle Güter, Geld, Autos und anderes mehr). Zusätzlich wird auf soziale Wiedereingliederung und die Versöhnung mit Familien, die sich von ihren extremistischen Angehörigen distanzieren, Wert gelegt. Auch umfassen alle Rehabilitationsprogramme eine ideologische Umerziehungskomponente, mittels derer wichtige Konzepte wie zum Beispiel „Jihad“ neu interpretiert werden. Der Erfolg dieser Programme ist im hohen Maße umstritten und lässt sich nur schwer messen.¹³⁷

Aus der Beschreibung wird deutlich, wie unterschiedlich die Ansätze zur Extremismusbekämpfung in der Praxis sind. Dies beruht auf den unterschiedlichen politischen, sozialen und kulturellen Kontexten, in denen diese Programme angewendet werden, aber es hat ebenso mit unterschiedlichen Verständnissen davon zu tun, worum es bei Extremismus und Radikalisierung geht. Umso wichtiger ist es, sich über Definitionen im Klaren zu sein und zentrale Begriffe voneinander abzugrenzen.

¹³³ Vgl. Association of Chief Police Officers, Channel-Protecting Vulnerable People from Being Drawn into Terrorism, 8.10.2009, www.acpo.police.uk/ACPO-BusinessAreas/PREVENT/Channel.aspx (4.6.2013).

¹³⁴ Vgl. House of Commons Communities and Local Government Committee, Preventing Violent Extremism, Sixth Report of Session 2009–2010, 30.3.2010, www.publications.parliament.uk/pa/cm200910/cmselect/cmcomloc/65/65.pdf (7.6.2013), S. 14–18.

¹³⁵ Vgl. Tore Bjorgo, Processes of disengagement from violent groups of the extreme Right, in: ders./J. Horgan (Anm. 26), S. 30–48.

¹³⁶ Vgl. Gesellschaft Demokratische Kultur, Letzter Halt: Ausstieg – Wege aus der rechtsextremen Szene, Berlin 2007.

¹³⁷ Vgl. Peter R. Neumann, Prisons and Terrorism: Radicalisation and De-radicalisation in 15 Countries, London 2010, S. 47–58.

Radikalisierung – Eine soziologische Perspektive

Gefährlich ist der Mensch als Spezies, nicht obwohl, sondern gerade weil er ein soziales Wesen ist. Menschen definieren sich auch über die Zugehörigkeit

Roland Eckert

Dr. phil., geb. 1937; Professor em. für Soziologie an der Universität Trier, Fachbereich IV – Soziologie, Universität Trier, 54286 Trier. eckert@uni-trier.de

zu Gruppen, überschreiten in allen Gesellschaften und Kulturen ihre individuelle Existenz in Richtung auf Gemeinschaften und beziehen sich auf deren Herkunft und

Zukunft. Nicht nur unmittelbar erfahrene, sondern auch vorgestellte Gemeinschaften, *imagined communities*,¹ können Lebenssinn vorhalten. Diese definieren sich über Abstammung und Sprache, über Nachbarschaft und Territorien, über Glaubensbekenntnisse und Klassenlagen. Zugehörigkeiten legen generell besondere Fürsorgepflichten nahe, so wie sie den Eltern und Kindern geschuldet oder den Freunden und Nachbarn zuerkannt werden. Menschen fühlen sich aber auch immer wieder verpflichtet, für ihre Gemeinschaften zu leben und notfalls auch zu kämpfen, zu töten und zu sterben. Daher können Nicht-Zugehörige mit Diskriminierung, Vertreibung und Tötung bedroht werden. Ob es soweit kommt, ist eine Frage der Konflikteskalation und der Radikalisierung auf einer oder mehreren Seiten: „Functionally, political radicalization is increased preparation for and commitment to intergroup conflict. Descriptively, radicalization means change in beliefs, feelings, and behaviors in directions that increasingly justify intergroup violence and demand sacrifice in defense of the group.“²

Im Alltag haben wir als Person nicht nur eine, sondern mehrere Identitäten, die sich auf unsere Biografie und unterschiedliche Gruppenzugehörigkeiten beziehen. So gehören wir einer Familie an, einer Nachbarschaft, verschiedenen Vereinen, vielleicht einer Par-

tei, einer Glaubensgemeinschaft oder Weltanschauung. Der gesellschaftliche Wandel in der Neuzeit hat dazu geführt, dass über die Nachbarschaft hinaus die Nation, das vereinigte Europa und nun auch die Menschheit als Ganze in den Blick geraten sind. Diese verschiedenen Zugehörigkeiten sind nicht konzentrisch ineinander gelagert. Unterschiedliche ethnische Herkunft, Glaubensgemeinschaften und Lebensformen existieren mehr und mehr neben- und durcheinander. Seit den Religionskriegen des 17. Jahrhunderts wurde immer wieder der Versuch unternommen, die Lebenswelt der Menschen einem einheitlichen religiösen oder nationalen Prinzip zu unterwerfen. Gerade diese Versuche haben über Flucht und Vertreibung insgesamt zu weiterer Vielfalt geführt. Auch die Kolonialreiche haben ethnische und religiöse Identitäten durcheinander gebracht und Wanderungsbewegungen ausgelöst. Im Gegenzug artikulieren sich bis heute immer wieder Ideen, die eine neue Homogenität schaffen wollen. Einzelne Zugehörigkeiten, vor allem die ethnische oder die religiöse Gemeinschaft, aber auch die Nation oder die Klasse werden zu einem politischen Prinzip erhoben, das eine neue Einheit stiften soll.

Krieg, Frieden und Identität

Die Vielfalt der Zugehörigkeiten, die unser Leben bestimmen, ist nicht stabil, sondern antwortet auf äußere Herausforderungen. Im Kampf und im Krieg, in Sieg oder Niederlage wird sie häufig auf Freund-Feindbeziehungen reduziert. In den Balkankriegen der vergangenen Jahrzehnte zeigte sich, dass die Feindschaft zwischen den Menschen dem Krieg zumeist nicht vorausging, sondern in ihm selbst erzeugt wurde.³ Angst zwang die Menschen, sich der einen oder der

¹ Vgl. Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation*, Frankfurt/M. 1988.

² Clark McCauley/Sophia Moskalenko, *Mechanisms of political radicalization: Pathways toward terrorism*, in: *Terrorism and Political Violence*, 20 (2008) 3, S. 415–433; siehe auch Roland Eckert, *Die Dynamik der Radikalisierung – Über Konfliktregulierung, Demokratie und die Logik der Gewalt*, Weinheim-Basel 2012.

³ Vgl. Duško Sekulić et al., *Ethnic intolerance and ethnic conflict in the dissolution of Yugoslavia*, in: *Ethnic and Racial Studies*, 29 (2006) 5, S. 797–827.

anderen Seite zuzuordnen.^f Diese „Verein-
deutigung“ der Gruppenzugehörigkeit fin-
det in Kampf und Krieg nahezu zwangsläufig
statt. Sie kann aber auch gezielt von Ideolo-
gen und Hasspredigern hergestellt werden,
um zum Kampf zu motivieren. Man sagt den
Menschen dann, dass sie angegriffen würden,
sich verteidigen müssten und dass es letzt-
lich um Leben oder Tod ihrer Gemeinschaft
gehe – beziehungsweise einer Religion, einer
kulturellen Tradition oder eines Volkes.
In Friedenszeiten kann sich die Vielfalt der
Lebensformen und Zugehörigkeiten zumeist
wieder ausdifferenzieren.

Religiöse und politische Glaubensvorstel-
lungen, die sich mit der Vielfalt, Heterogenität
und Widersprüchlichkeit einer modernen
Gesellschaft nicht abfinden, können inhaltlich
höchst unterschiedlich sein. Formal beruhen
sie jedoch alle auf zwei identifizierbaren
kognitiven Operationen: *erstens* der
Vereinbarung der gesellschaftlichen Zu-
gehörigkeiten zu Gunsten einer einzelnen
geglaubten Gemeinschaft und *zweitens* der
Vorstellung des Kampfes, den diese für ihre
Geltung oder für ihr Überleben zu führen
habe. Diesen Prozessen können Menschen in
Zeiten manifester Konflikte nur schwer aus-
weichen. Das Grundmuster radikaler Ideolo-
gien und verschworener Gemeinschaften ist
obendrein dauerhaft attraktiv für Menschen,
die in ihren fundamentalen sozialen Bindun-
gen verletzt sind und glauben, sich durch
dichte Freund-Feindbeziehungen und ein-
deutige Koordinaten von Gut und Böse heilen
zu können.^g

Solch „identitäres“ Denken ist gegenwärtig
auf kleine Gruppen beschränkt. Es findet
jedoch größere Resonanz, wenn die Lebens-
formen unterschiedlicher Gruppen unvereinbar
erscheinen. Ungelöste oder unbearbeitete
Einzelkonflikte bringen dann spektakuläre
Ereignisse hervor, die wiederum den Be-
drohungsglauben auf beiden Seiten verstärken.
Auf diese Weise werden Irritationen, die

weit verbreitet, aber nicht notwendig aggressiv
sind, in ein Freund-Feindverhältnis über-
führt, das keinen Kompromiss mehr zulässt
und zum Kampf motiviert. So kann eine in-
stitutionalisierte Paranoia entstehen: heute
sind es zum Beispiel antiislamische „Pro“-
Aktivisten und Salafisten, die sich wechselseitig
in ihrem Selbst- und Feindbild bestätigen.
Das kann weitreichende Handlungskonsequenzen
haben. Manche Mitglieder solcher
Gruppen fühlen sich verpflichtet, die „Feinde“,
die „Verräter“ und notfalls sich selbst zu
opfern: dem „Überleben“ der Gemeinschaft,
der sie sich zugehörig fühlen. Politische Gewalt
kann dann für sie die höchste Stufe des
Altruismus sein.

Nun führt nicht jede dichotome und polarisierte
Weltanschauung zur Gewalt. Die meisten
fundamentalistischen Bewegungen sind nicht
gewalttätig^h und schließen sich lediglich
möglichst eindeutig von der Außenwelt ab.
Umgekehrt können aber Gewaltdrohung
und Gewaltanwendung kleinster weltanschaulicher
oder ethnischer Gruppen die Radikalisierung
größerer Bevölkerungsteile vorantreiben –
und haben dies zumeist zum Ziel. Wie von
Rassisten oft gesagt wird: Gewalttaten sollen
den Volks- oder Rassenkrieg auslösen.ⁱ In
den radikalisierten Gemeinschaften herrscht
ein Wettbewerb um moralische Überlegenheit,
der schließlich über Einsatzbereitschaft und
Opfermut entschieden wird. Einzelne und
kleine Gruppen beglaubigen ihre Radikalität
durch Gewalttaten, mit denen sie – beabsichtigt
oder unbeabsichtigt – die Brücken hinter sich
abbrechen.

Individuelle Prozesse der Radikalisierung – am Beispiel von Fremdenfeindlichkeit

Im Folgenden ist zu klären, wie aus der Scheu
und der Furcht vor Fremden, die in unserem
Alltag immer wieder auftreten (und durchaus
Schutzfunktionen haben), Feindlichkeit wer-

^f Vgl. Mirjana Morokvasic-Müller, Interethnische
Ehe in Zeiten von Nationalismus und Gewalt: Das
Beispiel des ehemaligen Jugoslawien, in: Judith Schle-
he (Hrsg.), Interkulturelle Geschlechterforschung,
Frankfurt/M. 2001.

^g Vgl. Saskia Lützing, Die Sicht der Anderen –
Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremis-
ten und Terroristen, Köln 2010.

^h Vgl. Martin E. Marty/R. Scott Appleby, Conclu-
sion: An Interim Report on a Hypothetical Family,
in: dies. (eds.), Fundamentalisms observed, Chicago
1991.

ⁱ Vgl. Roland Eckert, Rechtsterrorismus und Sicher-
heitsbehörden, in: Verdikt, 12 (2013) 1, S. 4–11.

den kann. Dieser Prozess lässt sich in sechs Stufen aufgliedern, auf denen jeweils besondere Interventionschancen bestehen.¹⁸

1. Die Erfahrung von Fremdheit hat oftmals eine erste, vorideologische Basis.¹⁹ Bereits ungewohnte Kleidung oder Haarfarbe oder eine für Einheimische unverständliche Sprache, erzeugen ein „Befremden“: die Routine der Erwartungen im Alltag und das aus ihr erwachsende Vertrauen, der *common sense*,¹⁰ werden gestört.¹¹ Erst wenn persönliche Interaktion und Kooperation zwischen Menschen einander fremder Gruppen stattgefunden und zu positiven Lernprozessen geführt haben, sedimentiert sich neues Vertrauen. Für die Irritation durch wahrgenommene Fremdheit sind insbesondere Menschen anfällig, die bereits in der Kindheit verunsichert worden sind. Sie reagieren schneller ängstlich und abweisend als andere.¹²
2. Auf einer zweiten Stufe erzeugt schon das Bewusstsein der Zugehörigkeit („Wir sind ein Volk!“) auch immer Definitionen von Nicht-Zugehörigkeit anderer, um die man sich nicht in gleicher Weise kümmern muss. Die abgestufte Verantwortlichkeit und Solidarität, die so zum Ausdruck kommen, gehören zweifellos zu den Grundlagen allen menschlichen Zusammenlebens und können daher nicht insgesamt den illegitim beanspruchten Vorrechten von jeweils „Etablierten“ zugeschlagen werden. Wir kümmern uns um Verwandte, Freunde und Nachbarn mehr als um Menschen, die wir nicht kennen. Dies ist nicht notwendig mit Ablehnung und Diskriminierung oder gar Hass

¹⁸ Vgl. zu den im Folgenden dargestellten individuellen Prozessen der Radikalisierung am Beispiel von Fremdenfeindlichkeit auch die kollektiven Prozesse der Radikalisierung im Modell auf S. 6.

¹⁹ Vgl. Armin Steil, Polyphems Auge. Zur Soziologie der „rassistischen“ Fremdheit, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 12, Berlin 2003, S. 259–279.

¹⁰ Vgl. Alfred Schütz, Der Fremde, in: ders.: Gesammelte Aufsätze, Bd. 2, Den Haag 1972, S. 53–69.

¹¹ Stefanie Würtz, Wie fremdenfeindlich sind Schüler? Eine qualitative Studie zu Erfahrungen mit dem Fremden, Weinheim–München 2000.

¹² Vgl. Klaus Wahl, Was führt zu Aggression, was zu Toleranz? Eine Analyse mit dem Schwerpunkt Fremdenfeindlichkeit, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Theorie und Praxis gesellschaftlichen Zusammenhalts, Berlin 2008.

und Gewalt verbunden. Es kann jedoch als Begründung für solche Haltungen ins Feld geführt werden.

3. Feindlichkeit gegen Fremde im engeren Sinn entsteht zumeist auf einer dritten Stufe, wenn Fremdheitserlebnisse, die Vermutung von Konkurrenz oder gar Bedrohung psychisch nicht bewältigt werden. Darum sollten wir Situationen nicht übersehen, an denen sich Feindschaft kristallisieren kann: geglaubte Konkurrenz um Wohnraum, um Arbeitsplätze, um Sozialhilfe, um die Sprache in der Schulklasse, um den öffentlichen Raum oder die Geltung im Stadtviertel können dazu führen, dass die Karte der Abwertung von Anderen gezogen wird, um die eigene Stellung abzusichern.
4. Auf einer vierten Stufe hat Fremdenfeindlichkeit mit den Fremden selbst kaum mehr etwas zu tun. Menschen, die sich der verschärften Konkurrenz in der Gesellschaft nicht gewachsen fühlen, sind versucht, ihre Verunsicherung mit der Aufwertung „angeborener Merkmale“ zu kompensieren: dem eigenen Geschlecht oder der ethnischen Herkunft. Dies geht dann einher mit der Abwertung anderer, die diese Merkmale nicht haben, also mit rassistischen oder sexistischen Ideologien.
5. Auf einer fünften Stufe kann die Zugehörigkeit zu einer geglaubten Gemeinschaft eines Volkes, einer „Rasse“ oder besonderen Religions- und Weltanschauung andere Loyalitäten verdrängen und sich so verabsolutieren. Wenn dann der Pluralismus der Gesellschaft bekämpft wird, in der auch „die Anderen“ Platz haben, gerät Fremdenfeindlichkeit in den Gegensatz zur Verfassung, in der Menschenrechte zum unveränderlichen Teil der Rechtsordnung erklärt sind: Sie wird extremistisch.
6. Auf einer sechsten Stufe werden dann „Taten statt Worte“ gefordert, um zum Beispiel die „Reinheit“ oder die Herrschaft eines vorgestellten Kollektivs zu sichern oder wiederherzustellen. Das können das „deutsche Volk“, die „weiße Rasse“ oder auch die „reine Lehre des Islam“ sein. Damit beginnt der Weg in Gewalt, in Terror und Bürgerkrieg. Weil die Transformationen in Gewalt und durch Gewalt nicht generell auf Fremdenfeindlichkeit zurückgeführt werden können,

sondern auch auf anderen ökonomischen, politischen und kulturellen Ursachen aufbauen, wird ihre Logik im nächsten Abschnitt gesondert nachgezeichnet.

Kollektive Prozesse der Radikalisierung: Deprivation und Kulturkonflikt

Am Anfang der Radikalisierung gesellschaftlicher Gruppen (Ethnien, Religionsgemeinschaften und Klassen usw.) stehen in der Regel *Erfahrungen* von Benachteiligung, Demütigung, Bedrohung, Fremdherrschaft oder Vertreibung. Oft findet sich rasch eine *Ideologie*, die dem jeweiligen Kollektiv helfen will, sich zu wehren und sich als Subjekt der Geschichte (des Stammes, der Nation, des Glaubens oder der Menschheit) zu erkennen. Dieses „Kollektivsubjekt“ gilt es dann zu verteidigen oder voranzubringen. Im Kampf wird häufig eine neue Solidarität als Kameradschaft oder Brüderlichkeit erfahren. Dieser Enthusiasmus wird in der Regel auch auf die zu erkämpfende Zukunftsgesellschaft projiziert: die „befreite Nation“, die „klassenlose Gesellschaft“, die „Umma“ eines Kalifats, die „Hindu-Nation“ sollen es dann jeweils sein, in der die gemeinschaftliche Solidarität alle Beeinträchtigungen und Egoismen überwindet. Aktivisten ziehen aus ihrem Auftrag das Wissen, auserwählt zu sein. Der überindividuelle und überzeitliche Sinn ihres Handelns verändert ihre subjektiven Präferenzen und Wertigkeiten grundlegend: Er macht Leiden wertvoll, Sterben würdig und überhöht den Alltag durch die Emphase der Sendung. Insofern ist anzunehmen, dass solche Generalisierungen immer wieder als attraktive Angebote auf dem Markt der Sinngebungen auftauchen und nachgefragt werden. Wenn mit ihnen nicht nur „positive Pflichten“ (etwa die Nächstenliebe in der Eigengruppe) übernommen werden, sondern die „negativen Pflichten“ gegenüber jedem Menschen (Du sollst nicht töten!) ausgeschaltet werden,¹³ wenn Recht, Freiheit und Demokratie (als Rechte auch der Gegner) grundsätzlich dem Kampf geopfert werden,

dann hat sich der Einsatz für die gedachte Eigengruppe zum Extremismus übersteigert.

Solche Radikalisierungsprozesse verlaufen nicht unabhängig von sozioökonomischen und politischen Kontextfaktoren. „Fraternal relative Deprivation“¹⁴ also die wahrgenommene Benachteiligung der Gruppe, der man zugehört oder mit der man sich identifiziert, ist der bisher beste Prognosefaktor von Radikalisierung. Diese Deprivation muss nicht ökonomisch sein, sie kann kulturell sein (Sprachverbot bei Kurden, mangelnde Anerkennung der Sprache bei Tamilen); sie kann politisch sein (verweigerte Autonomie im Baskenland zur Zeit des spanischen Diktators Franco, Rückkehrverbot für Palästinenser, Zwangsassimilation der Kurden als „Bergtürken“): Sie alle können als Viktimisierung, also Opferwerdung, empfunden werden und Radikalisierung auslösen. Vorwürfe der Benachteiligung können durchaus von mehreren Gruppen gegeneinander erhoben werden. In der Folge von Migration können sowohl Einwanderer (die ihre Lage mit der der Einheimischen vergleichen) als auch Einheimische (die sich kulturell „überfremdet“ oder auf dem Arbeitsmarkt bedroht fühlen) Vorstellungen von individueller und kollektiver Deprivation gegeneinander geltend machen.

Typisch für die moderne Mediengesellschaft ist in diesem Zusammenhang, dass die Radikalisierung als Überidentifikation mit einer geglaubten Gemeinschaft auch ohne unmittelbare soziale Kontakte vor sich gehen kann. Es ist ein Kennzeichen der heutigen Weltgesellschaft, dass regionale Gruppen und mediale Netze von Aktivisten im World Wide Web zusammenwirken. Der Rekrutierungsweg des Internets hat obendrein verdeutlicht, dass nicht nur Identifikationsbedürfnisse, sondern auch Hassgefühle sich ihre Repräsentation und gemeinschaftliche Bestätigung suchen. Starke Gefühle, sowohl positive als auch negative, können so genossen und ausagiert werden.¹⁵

Die Entstehungsbedingungen der Konflikte bestimmen dabei nicht notwendig die Cha-

¹³ Vgl. Gertrud Nunner-Winkler, Anerkennung moralischer Normen, in: Wilhelm Heitmeyer/Peter Imbusch (Hrsg.), Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration, Wiesbaden 2005.

¹⁴ Walter G. Runciman, Relative deprivation and social justice. A study of attitudes to social inequality in twentieth century England, London 1966.

¹⁵ Vgl. Thomas Kuban, Blut muss fließen – Undercover unter Nazis, Frankfurt/M. 2012.

rakteristika, die sich in den Bewegungen dauerhaft behaupten oder entwickeln. Auch die Gruppenidentität wird im Kampf andauernd verändert. Im Kampf um die „Linie der Bewegung“ trennen sich „Revolutionäre“ von „Revisionisten“ und gehen im Namen der Reinheit der Idee gegen „Kompromissler“ und „Abweichler“ vor.

Mit der Theorie der relativen Deprivation konkurriert die These Samuel D. Huntingtons vom „Zusammenprall der Kulturen“ (*Clash of Civilizations*).¹⁶ Diese kommt zunächst ohne die Annahme erfahrener oder gedachter Benachteiligung aus. Globalisierung und Migration, so Huntington, würden Menschen dazu veranlassen, sich auf die Kernbestände ihrer Kultur: auf „Blut und Überzeugung, Glaube und Familie“ zu besinnen, ihre kulturelle Einzigartigkeit zu betonen und sich von anderen abzugrenzen. In der Folge komme es zu „Bruchlinien“ und Unverträglichkeiten zwischen unterschiedlichen Kulturkreisen.

Die beiden Theoreme schließen sich allerdings nicht aus: sowohl „Relative Deprivation“ und „Kulturkonflikt“ spielen z. B. im Vorfeld des islamistischen Terrorismus eine Rolle. *Relative Deprivation* kann darin gesehen werden, wenn Muslime sich gedemütigt fühlen, weil sie in einem folgenreichen ökonomischen und militärischen Rückstand gegenüber „Christen“ und „Juden“ stehen. Deprivation kann obendrein empfunden werden, weil sich die postkolonialen Modernisierungsversprechen in vielen Ländern nicht erfüllt haben. Ein *Kulturkonflikt* wird in der fundamentalen Differenz zwischen traditionellen Familienformen, Rechts- und Glaubensvorstellungen in islamischen Ländern einerseits und den individualistischen und hedonistischen Lebensformen andererseits gesehen, die sich – vom Westen ausgehend – medien- und marktvermittelt heute über die Welt ausbreiten und zum Beispiel an vielen Badestränden sinnfällig in Erscheinung treten. So sei unbestritten, dass es auf der Folie der wahrgenommenen Differenz von Religionen und Lebensphilosophien Gegensätze gibt, die zur Feindseligkeit werden

können, wenn sie sich in die Quere kommen. Gewalt resultiert allerdings zumeist nicht direkt aus der Religion. Der Zusammenhang ist eher mehrstufig: Religionen sind es, die häufig die Grenzen gesellschaftlicher Gruppen gegenüber anderen definieren, also die Kollektive konstituieren, die dann aus vielerlei, oft trivialen Gründen in Konflikt geraten können. Wenn mangelnde Achtung, Ausbeutung und Unterdrückung von den Menschen als Folge ihrer Zugehörigkeit zu einem religiös definierten Kollektiv gedeutet wird oder wenn „Nicht-Zugehörige“ als Gefahr oder als Feinde gelten, kann Gewalterfahrung und Gewalttätigkeit einen fundamentalen religiösen Sinn erhalten. Im wechselseitigen Zirkel wird dann eine Eskalation vorangetrieben, bis Angst und Hass eine unlösliche Verbindung eingehen.

Beide Theorien, Deprivation und Kulturkonflikt, können daher Ausgangsbedingungen von Radikalisierung entschlüsseln. Sie können damit aber nicht den weiteren Verlauf prognostizieren. Deprivation ist ein verbreitetes Phänomen, ohne dass es deshalb allenthalben zum Kampf kommt. Ebenso ist das Bedürfnis, sich verstärkt der spezifisch eigenen Kultur zu versichern, nur eine von vielen und ganz unterschiedlichen Möglichkeiten, Globalisierungs- und Migrationserfahrungen persönlich zu bearbeiten: Assimilation, Trennung der unterschiedlichen Lebensbereiche (etwa von Familie und Beruf), oder die friedliche Koexistenz unterschiedlicher Lebensformen sind die Optionen, die wohl am häufigsten gewählt werden. Deprivation und kulturelle Widersprüche können zwar Konflikte auslösen; ob es aber zur Eskalation von Gewalt kommt, hängt davon ab, welche Chancen Menschen für sich und ihre Gemeinschaften sehen und wie die Konflikte in einer Gesellschaft bearbeitet werden. So wenig Ausgangskonflikte vermeidbar sind, so sehr können wir doch lernen, mit ihnen umzugehen. Hier sind Politik, Bildung und Soziale Arbeit gefragt, vor allem aber das Engagement des Staates und der Zivilgesellschaft dafür, Konfliktregelung dauerhaft zu sichern.

Eskalation und Radikalisierung

Bildungsbeteiligung, berufliche Chancen und politische Mitsprache mindern das Gefühl der Deprivation, der Respekt von religiösen Sym-

¹⁶ Vgl. Samuel P. Huntington, *Kampf der Kulturen. The Clash of Civilizations. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München 1998, folgendes Zitat: S. 194.

Radikalisierung durch Deprivation und Kulturkonflikt – ein allgemeines Modell

1. Die Zugehörigkeit zu realen Gemeinschaften und imaginierten Kollektiven entspricht dem menschlichen Wesen. Je vielfältiger diese Zugehörigkeiten sind, desto weniger wahrscheinlich ist ihre Radikalisierung.
2. Menschen identifizieren sich mit Familie und Verwandtschaft, mit Freundeskreisen und Nachbarschaft. Sie können sich aber auch als Teil einer Ethnie, einer Nation, einer Klasse oder Glaubensgemeinschaft verstehen. Auch die Gemeinsamkeit der Menschheit insgesamt wird gegenwärtig immer deutlicher.
3. Wenn das Kollektiv, dem ein Mensch real oder imaginativ zugehört, als benachteiligt wahrgenommen wird oder wenn kulturelle und religiöse Orientierungen als widersprüchlich zu Tage treten, können Radikalisierungsprozesse einsetzen.
4. Über lokale und regionale Netze, aber auch über Medien und Internet werden Anhänger einer Bewegung rekrutiert. Das Engagement in den Konflikten führt von der Vieldeutigkeit zur Eindeutigkeit der persönlichen Identität. Gewalt wird von einigen irgendwann nicht mehr ausgeschlossen.
5. Gewaltereignisse bewirken Solidarisierung auf einer oder mehreren Seiten. Parteinahme wird moralisch gefordert. Die Unterstützung durch größere ethnische, religiöse oder politische Verbündete wird eingeworben. Die Konfliktthemen („worum es eigentlich geht“) werden verallgemeinert, bis „Gut“ und „Böse“ einander klar entgegengesetzt erscheinen.
6. Bewegungen spalten sich in „gemäßigte“ und „radikale“ Flügel. Bei Letzteren wird die Radikalisierung durch einen Überbietungswettbewerb an Entschlossenheit vorangetrieben.
7. Die subjektive Identität der Beteiligten wird mehr und mehr vom Kollektiv und vom Kampf bestimmt. Eine Sinngabe von Leiden, Sterben und Töten wird ausgearbeitet. Todesnähe erzeugt eine existenzielle Stimulation.
8. Eine Guerilla-Strategie („Fisch im Wasser“) erschüttert das Sicherheitsversprechen des Staates und ruft Überreaktionen hervor.
9. Mit einem gewalttätigen Kampf verfestigen sich Angst und Hass für eine Generation. „Chosen Traumas“ und „Chosen Glories“* können zu einem dauerhaften Bezugspunkt der Kultur einer ethnischen, politischen oder religiösen Gemeinschaft werden.

* Vamik D. Volkan, *Das Versagen der Diplomatie: Zur Psychoanalyse nationaler, ethnischer und religiöser Konflikte*, Gießen 1999.

bolten erleichtert die Bereitschaft, mit Glaubensdifferenzen umzugehen. Schlichtung und Vermittlung können Zuspitzungen verhindern.¹⁷ Rechtsstaatliche und demokratische Verfahren sind geeignet, Konflikte auf friedlichem Wege zu regulieren. Menschenrechte, mit denen die Differenzen in der Sinnfindung

¹⁷ Vgl. Jörg Hüttermann, *Das Minarett. Zur politischen Kultur des Konflikts um islamische Symbole*, Weinheim 2006.

der individuellen Entscheidung überantwortet werden, sind die Basis einer Kultur der Toleranz. Sie müssen allerdings häufig gegen einzelne Traditionen und Interessen durchgesetzt werden. Die Erfahrung erfolgreich regulierter Konflikte wiederum nährt die Zustimmung zu Demokratie und Recht.¹⁸ Eine gewalttätige Zuspitzung kann in manchen Fällen aus einem anderen Land oder Kontinent importiert sein, vor Ort aber ist sie zumeist das Ergebnis unregulierter, verschleppter und darum eskalierender Konflikte. In diesen erhalten Konflikttreiber Chancen, Ereignisse zu produzieren, mit denen die Identität der Beteiligten immer wieder auf eine kollektive und über den Konflikt bestimmte Dimension festgelegt wird. Angesichts von Tötungen erhält das Leben der Kämpfer Sinn aus dem Gegensatz zwischen „dem Reich des Guten“ und „der Achse des Bösen“, dem „Land des Friedens“ und dem „Land des Krieges“.

Die Unterscheidung zwischen Freund und Feind ist nicht, wie Carl Schmitt 1932 glaubte,¹⁹ das „Wesen“ des Politischen schlechthin, sondern Ergebnis und Instrument von Konfliktverschärfung. Erfahrungen der Bedrohung und Empfindungen des Unrechts befestigen die Solidaritätslinien und legitimieren schließlich auch die Vergeltung. Gewalterfahrung und Kollektivorientierung verstärken sich und werden zum Generator von Friedlosigkeit. Vorstellungen von einer „Entscheidungsschlacht“ können nicht nur Terror, sondern auch Weltkrieg, Massenmord und Genozid in den Köpfen der Handelnden legitimieren. Die Radikalität gewalttätiger Bewegungen hängt also keineswegs nur mit der Schärfe eines Ausgangskonfliktes, also von Deprivation oder kulturellen Unverträglichkeiten zusammen. Der weitere Weg wird von den Handlungen und Reaktionen der Beteiligten auf allen Seiten bestimmt. Schulungen, Kampferfahrungen und Isolierung von der Außenwelt sind es, die die persönliche Identität der Akteure transformieren. Aus Privatpersonen mit multiplen Identitäten werden so

¹⁸ Vgl. Helmut Dubiel, *Integration durch Konflikt*, in: Jürgen Friedrichs/Wolfgang Jagodzinski (Hrsg.), *Soziale Integration, Sonderheft 39 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Opladen 1999; Albert O. Hirschman, *Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?* in: *Leviathan*, 22 (1994) 2, Berlin. S. 293–304.

¹⁹ Vgl. Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, Hamburg 1932.

Kämpfer, die sich als Helden und Märtyrer der „einen“ Sache hingeben. Die noch abseits stehenden Glaubens- oder Volksgenossen sollen zur Solidarität beziehungsweise zur Entscheidung für oder gegen „die Sache“ gezwungen werden. Es sind dabei weniger bestehende Vorurteile, die die Gewaltereignisse erzeugen, als vielmehr Gewaltereignisse, die – wie immer sie zustanden gekommen sind – als Fanale Vorurteile erzeugen. Sie blockieren die Problemlösung durch Feindschaft und führen zur Kompromissunfähigkeit („Dafür sind unsere Toten nicht gestorben!“). Die Integration in eine plurale Gesellschaft ist daher eine fortwährende Aufgabe.

Radikalisierung ist nur schwer reversibel, weil Gewalttaten sofort Furcht und Feindseligkeit produzieren, das Ausbleiben von Gewalt aber nur sehr langfristig vertrauensbildend wirkt. Daher sind Gewalttaten *der* Motor der Eskalation. Das heißt aber auch: Konfliktregulierung wird wahrscheinlicher, wenn Gewalt ausbleibt. Selbstverständlich muss ein Staat sich verteidigen und den Sicherheitsansprüchen der Bevölkerung gerecht werden. Daneben aber ist die Vermeidung und Verhinderung von Gewaltereignissen die zentrale staatliche und zivilgesellschaftliche Aufgabe bei gegebenen Konflikten. Weil die Regulierung von Konflikten und die Auflösung der Gewaltzirkel zu den konstitutiven Aufgaben von Recht und Demokratie gehören, ist ein Programm zu formulieren, das von den Praktiken der Erziehung bis zu den Umgangsformen in internationalen Auseinandersetzungen und der Kontrolle der eingesetzten Waffen im Hinblick auf ihren Beitrag zur Radikalisierung reicht. Techniken der Konfliktregulierung stellen sich nicht von selbst ein, sondern müssen in der Regel durch Dritte vermittelt werden, wie wir von den Cliquen- und Bandenkonflikten jugendlicher wissen.¹²⁰ Dies wird umso wichtiger, wenn Konfliktbegrenzungstechniken nicht mehr zu Verfügung stehen, die einmal auf nachbarschaftlicher Ebene einsetzbar waren und Deprivation und kulturelle Widersprüche neue Grenzlinien ziehen, an denen Konflikte entfacht werden können.

¹²⁰ Vgl. Roland Eckert, Die Dynamik jugendlicher Gruppen – Über Zugehörigkeit, Identitätsbildung und Konflikt, Weinheim-Basel 2012, S. 68–83.

Guido Steinberg

Jihadistische Radikalisierung im Internet und mögliche Gegenmaßnahmen

Der islamistische Terrorismus scheint sich in den vergangenen Jahren verändert zu haben. Dominierten bis ungefähr 2010/2011 große Organisationen wie al-Qaida das Geschehen, entsteht zumindest in der westlichen Welt der Eindruck einer Entwicklung hin zu terroristischen Aktivitäten jihadistischer

Guido Steinberg

Dr. phil., geb. 1968; Islamwissenschaftler, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Ludwigkirchplatz 3–4, 10719 Berlin.

guido.steinberg@swp-berlin.org

Einzel Täter und Kleingruppen. Die Hinweise darauf verdichteten sich im Frühjahr 2013, als in mehreren europäischen und nordamerikanischen Ländern junge Jihadisten Anschläge organisierten. Der öffentliche Mord an einem britischen Soldaten in London am 23. Mai war der bisherige Höhepunkt dieser Entwicklung: Zwei nigerianischstämmige Briten fuhren den Mann zunächst mit einem Auto an und töteten ihn anschließend mit Stichwaffen. Nur etwa einen Monat früher, am 15. April 2013, hatten zwei tschetschenischstämmige Brüder selbstgebastelte Bomben nahe des Zieleinlaufs des Boston-Marathons platziert. Die Detonationen töteten drei Menschen und verletzten mehr als zweihundert. In Deutschland wurden kurz zuvor vier Männer mehrheitlich deutscher Herkunft verhaftet, weil sie laut Bundesanwaltschaft einen Mordanschlag auf den Vorsitzenden der rechtspopulistischen Pro-NRW-Partei geplant hatten. Zumindest einer der vier soll auch an einem vereitelten Bombenanschlag auf den Bonner Hauptbahnhof im Dezember 2012 beteiligt gewesen sein. Damals hatten Unbekannte eine Reisetasche auf einem belebten Bahnsteig abgestellt, die darin versteckte Bombe zündete jedoch nicht. In all diesen Fällen scheinen die Täter keine Hilfe von großen terroristischen Organisationen

wie al-Qaida, der Islamischen Bewegung Usbekistans oder der Lashkar-e Tayyiba in Anspruch genommen zu haben.

Seit 2004 bereits gab es in Europa Anschläge ähnlicher Machart, bei denen die Urheber-schaft der al-Qaida oder anderer Gruppierungen nicht nachgewiesen werden konnte. Hierzu gehörten vor allem die Ermordung des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh im November 2004 und der gescheiterte Anschlag der „Kofferbomber“ in Nordrhein-Westfalen im Juli 2006. Im Frühjahr 2013 jedoch schien es so, als ob die Zahl von Anschlagversuchen und auch von erfolgreichen Attentaten von Einzeltätern zunehme. Bei der Suche nach den Gründen für diese Entwicklung wurden meist das Internet und die zunehmende Reichweite der Propaganda genannt. Tatsächlich nutzen al-Qaida und ihre Verbündeten das Internet seit mehr als einem Jahrzehnt, um ihre Unterstützer und Sympathisanten zu mobilisieren. Video- und Audiobotschaften und andere Texte werden vermehrt in europäische Sprachen übersetzt und haben zu einer Radikalisierung junger Muslime in Europa und Nordamerika beigetragen. Die sozialen Medien schließlich beschleunigten die Verbreitung des Materials zusätzlich.

Was für dramatische Folgen diese Art des virtuellen Einwirkens auf junge Sympathisanten haben kann, zeigte sich am Beispiel des in Deutschland aufgewachsenen Kosovaren Arid Uka (geb. 1990). Am 2. März 2011 verübte dieser den ersten erfolgreichen jihadistischen Anschlag in Deutschland, als er zwei amerikanische Soldaten am Flughafen Frankfurt/Main erschoss und zwei weitere schwer verletzte. Uka radikalisierte sich fast ausschließlich über das Internet. Zum Zeitpunkt der Tat hatte er bereits seit mindestens vier Jahren auf jihadistischen Webseiten gesurft, jedoch erst kurz vor der Tat über entsprechende Aktivitäten nachgedacht. In der Nacht vor dem Anschlag hatte er sich einen Propagandafilm der Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU) angesehen, den er im Internet gefunden hatte. Der Film zeigte angeblich dokumentarische Videos von sexuellen Übergriffen amerikanischer Soldaten gegen irakische und afghanische Frauen. Vor diesem Hintergrund rief der deutsch-marokkanische Sprecher des Videos, Yassin Chouka alias Abu Ibrahim al-Almani dazu auf,

die Frauen im Irak und in Afghanistan vor amerikanischen Vergewaltigern zu schützen. Dieses Videos veranlasste Uka, am nächsten Morgen zum Flughafen zu fahren und amerikanische Soldaten, die auf dem Weg nach Afghanistan waren, zu töten.¹ Dass es der IBU allein durch ein besonders eindrucksvolles Internetvideo und den eindringlichen Appell eines ihrer Propagandisten gelungen war, einen jungen Mann in Deutschland zu einem Anschlag zu verleiten, rückte die Bedeutung des Internets für die Radikalisierung junger Muslime ins Zentrum des Interesses. Die Frage nach geeigneten Gegenmaßnahmen wurde zu einem der wichtigsten Themen in der westlichen Terrorismusbekämpfung.

Wachsender Einfluss der Internetradikalisierung

Der Fall Uka war der vorläufige Höhepunkt in einer langen Entwicklung des jihadistischen Internets, die zwischen den späten 1990er Jahren und 2013 in drei Phasen verlief. Die jihadistische Netzpropaganda weitete sich so schnell aus, dass westliche Regierungen und ihre Sicherheitsbehörden große Schwierigkeiten hatten, den Entwicklungen zu folgen. Dabei nutzten die Jihadisten das Internet als eine Art Krückstock in Krisenzeiten: Al-Qaida und andere Organisationen intensivierten ihre Öffentlichkeitsarbeit vor allem dann, wenn sie unter dem Verfolgungsdruck der USA und ihrer Verbündeten besonders stark litten. Die zunehmende Bedeutung des Internets seit 2010/2011 ebenso wie das Auftreten von Einzeltätern und unabhängigen Kleingruppen sind deshalb ein Indiz für die Schwäche der großen Organisationen und vor allem für die von al-Qaida.

Vereinzelte Webseiten (bis 2001): In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre entstanden die ersten Webseiten mit jihadistischen Inhalten. Es waren zunächst einzelne Aktivisten in der Diaspora, die die Öffentlichkeitsarbeit für die sich formierende jihadistische Bewegung übernahmen. Die wohl einflussreichste Webseite war azzam.com, die 1996 eingerichtet wurde und auf Englisch publizierte. Sie war nach dem Palästinenser Abdallah

¹ Zum Fall Uka im Detail vgl. Guido Steinberg, German Jihad. On the Internationalization of Islamist Terrorism, New York 2013, S. 3–7.

Azzam (1941–1989) benannt, dem vielleicht wichtigsten Gründervater der Bewegung. Sie lieferte vor allem Bilder und Informationen zum Kampf in Tschetschenien, dem seinerzeit wichtigsten Anliegen der Jihadisten.[¶] Noch wichtiger als azzam.com wurde die um 1998 eingerichtete Webseite alneda.com.[¶] Sie war arabischsprachig und das Sprachrohr der 1997 gegründeten al-Qaida, die die Seite in erster Linie zur Verbreitung von ideologischem Material in einem kleinen Kreis von Eingeweihten nutzte.

Ausweitung der Netzpräsenz und (audiovisuelle) Professionalisierung (2002–2007): Ab 2002/2003 gründeten jihadistische Organisationen eigene Medienproduktionsfirmen, die ihre Produkte fortan durch inhaltliche und formale Merkmale wie zum Beispiel Logos authentifizierten. Die erste Medienstelle war as-Sahab (die Wolken), die von al-Qaida in Pakistan betrieben wird. Sie ist auch die mit Abstand bedeutsamste, weil sie sämtliche Video- und Audiobotschaften der al-Qaida-Führung seit 2001 produziert hat. Bemerkenswert ist vor allem, dass sie ihre Aktivitäten in einer Phase ausweitete, als die al-Qaida-Zentrale nach dem Verlust ihrer Basis in Afghanistan unter besonders großem Druck stand. Dank der Arbeit von as-Sahab konnte al-Qaida trotz ihrer Schwäche den Eindruck erwecken, als stelle sie weiterhin eine gefährliche Bedrohung für die USA und ihre Verbündeten dar.

Die arabischen Organisationen verzichteten schon früh in dieser Phase auf eigene Webseiten. Vielmehr nutzten sie eine Vielzahl vorwiegend arabischsprachiger, von Unterstützern gegründete Webforen, die ihren Nutzern im Gegensatz zu herkömmlichen Webseiten die Möglichkeit bieten, miteinander in Kontakt zu treten und zu diskutieren. Diese Foren wurden zum mit Abstand wichtigsten Mittel der transnationalen Vernetzung und des Ideologietransfers. Ein gravierendes Problem der Anfangszeit scheint der sichere Kontakt zwischen den Medienstellen und den Foren gewesen zu sein. Der Standort der Medienstellen befindet sich in

¶ Vgl. Yassin Musharbash, Die neue Al-Qaida. Innenansichten eines lernenden Terrornetzwerks, Köln 2006, S. 102ff.

¶ Arabisch *nida* – der Ruf, Aufruf, gemeint ist der Aufruf zum Jihad.

der Regel in geografischer Nähe der Organisationen. Die Foren hingegen werden mehrheitlich in Europa und in der arabischen Welt betrieben. Da zunächst keine direkte Verbindung zu den Medienstellen bestand, bauten *murasil* (Korrespondent) genannte Vertreter dieser Stellen den Kontakt zu zuverlässigen Administratoren der Foren auf. 2004 schufen sie mit al-Fajr (Morgendämmerung) eine gemeinsame virtuelle Plattform, die die Materialverteilung organisierte.

Der Irakkrieg und seine Folgen prägten in dieser Phase die Internetpropaganda der Jihadisten. Für den Aufstand gegen die amerikanischen Truppen und den neuen irakischen Staat wurden Tausende junge Männer aus der arabischen Welt und Europa mobilisiert. Die jihadistische Propaganda erfuhr einen ungeheuren Schub. Die weit überwiegende Mehrzahl der in diesen Jahren publizierten Materialien hatte Ereignisse im Irak zum Thema. Die irakischen Jihadisten profitierten dabei von technischen Neuerungen, die vor allem die audiovisuelle Propaganda begünstigten. Seit 2003 war auch im Irak Breitbandinternet verfügbar, preiswerte digitale Kameras und einfach zu bedienende Videoschnittprogramme erleichterten die Produktion.[¶] In den folgenden Jahren wurden Videos immer wichtiger für die jihadistische Propaganda.

Ein weiterer Entwicklungsschritt war die Übersetzung jihadistischen Propagandamaterials – das bis dato meist nur in Arabisch vorlag – in immer mehr Sprachen. Einzelne Aktivisten und größere Zusammenschlüsse begannen damit, vermehrt Material in europäische Sprachen und ins Türkische zu übersetzen. Parallel dazu entstanden zahlreiche neue Webseiten und Foren, die in der westlichen Welt und der Türkei eingerichtet und verwaltet wurden. Infolgedessen verbreitete sich jihadistisches Gedankengut insbesondere ab 2003 weltweit.

Verschärfter Verfolgungsdruck, Misstrauen und neue soziale Medien (ab 2008): Die Foren bilden bis heute den Kernbereich des jihadistischen Internets und sind immer noch der wichtigste Ort, an dem Materialien an die Öffentlichkeit lanciert, Informationen aus-

¶ Vgl. Asiem El Difraoui, jihad.de. Jihadistische Online-Propaganda: Empfehlungen für Gegenmaßnahmen in Deutschland, SWP-Studie 5/2012, S. 12.

getauscht und Diskussionen geführt werden. Doch machte sich seit 2007 in der Internetzene großes Misstrauen breit, weil westliche Sicherheitsbehörden einzelne Foren unterwandert hatten.

Zum ersten großen *Blackout* kam es am sechsten Jahrestag der Anschläge vom 11. September 2001. Im Juli 2007 taten sich Netzaktivisten in den USA zusammen und wandten sich an Provider, die daraufhin erreichbare jihadistische Seiten vom Netz nahmen. Anschließend dauerte es Monate, bis die wichtigsten Foren wieder geöffnet waren. Die Aktion schien die Nutzer stark verunsichert zu haben.⁵ 2008 gelang westlichen Sicherheitsbehörden ein ähnlicher Coup, indem sie am 10. September zwei Server in Malaysia lahmlegten. Al-Qaida hatte geplant, über diese zum Jahrestag der Anschläge von New York und Washington ein wichtiges Video ins Netz zu stellen. Dies gelang erst erheblich später.⁶ In den nächsten Jahren wurden wichtige Foren mehrfach vom Netz genommen. Das Misstrauen in der Internetszene wurde zusehends größer. Denn wenn es westlichen und arabischen Sicherheitsbehörden gelingen konnte, die wichtigsten Foren durch Hackerangriffe zu schließen, bestand auch die Gefahr, dass neu eingerichtete Foren von eben diesen Behörden betrieben wurden, um Sympathisanten und Unterstützer zu bewegen, Informationen preiszugeben. Und solche Seiten, die im Jargon der Nachrichtendienste *honey pots* (Honigtöpfe) genannt werden, existierten tatsächlich.⁷

Heute existieren deutlich weniger Foren als noch 2007, und auch die Inhalte haben an Qualität eingebüßt. Es wird nicht mehr so offen diskutiert wie noch vor wenigen Jahren. Prominente Diskussionsteilnehmer wie ehemals Humam al-Balawi (auch bekannt unter dem Namen Abu Dujana al-Khorasani), der spätere al-Qaida-Kommandeur Atiyatalah Abu Abdarrahan oder auch der al-Qai-

da-Funktionär Adnan Shukrijuma sind nicht mehr im Netz aktiv. Viele bekannte Internetaktivisten sind tot, verhaftet oder meiden die Foren aus Sicherheitsgründen. Insgesamt lässt deshalb auch das Interesse der Sympathisanten nach, was sich nicht zuletzt in der verringerten Frequenz von Beiträgen niederschlägt.

Seit 2008 hat sich die jihadistische Präsenz im Internet infolge der technischen Entwicklung weiter diversifiziert und multimedial angereichert. Dies zeigt sich vor allem in der Nutzung von sozialen Medien wie Facebook und Twitter und von Videoplattformen wie Youtube. Diese Medien erlauben es den Jihadisten einerseits, Propagandamaterial sehr viel weiter zu verbreiten und größere Zielgruppen zu erreichen als bisher. Außerdem bietet die Interaktivität dieser Medien den Jihadisten die Möglichkeit, Individuen und Gruppen im Netz gezielt anzusprechen statt darauf zu warten, dass Internetnutzer auf ihre Webseiten zugreifen.⁸ Andererseits ist es kaum möglich, Plattformen wie Facebook zu nutzen, ohne wichtige Informationen über sich preiszugeben, womit sich extremistische Nutzer der potenziellen Verfolgung durch Sicherheitsbehörden aussetzen. Infolgedessen meiden aktive Terroristen und die wichtigen Propagandisten Facebook, die neuen Medien sind daher vornehmlich ein Tummelplatz der Sympathisanten und Unterstützer. Auch die verstärkte Nutzung von Youtube führte zu einer weiteren Verbreitung vieler Videos. Doch setzte sich damit lediglich ein Trend fort, der bereits um 2003/2004 begonnen hatte: Videos sind seit dieser Zeit als Träger jihadistischer Propaganda immer wichtiger geworden und waren ein bedeutsames Element aller einschlägigen Foren.

Al-Qaida fördert Internetradikalisierung

Die wachsende Bedeutung des Internets für die Radikalisierung von jungen Muslimen bedeutet nicht, dass die großen Organisa-

⁵ Vgl. Yassin Musharbash, Bin Ladens Truppen beklagen Blackout im Cyber-Space, 23.9.2007, www.spiegel.de/politik/ausland/logbuch-al-qaida-bin-ladens-truppen-beklagen-blackout-im-cyber-space-a-506744.html (13.6.2013).

⁶ Vgl. ders., Bin Ladens Intranet, in: Der Spiegel, Nr. 39 vom 22.9.2008, S. 127.

⁷ Vgl. Ellen Nakashima, Dismantling of Saudi-CIA Web Site Illustrates Need for Clearer Cyberwar Policies, in: Washington Post vom 19.3.2010.

⁸ Vgl. Gabriel Weimann, Terrorist Facebook: Terrorists and Online Social Networking, in: Mark Last/Abraham Kandel (eds.), Web Intelligence and Security. Advances in Data and Text Mining Techniques for Detecting and Preventing Terrorist Activities on the Web, Amsterdam u.a. 2010, S. 19–29.

tionen wie al-Qaida in diesen Radikalisierungsprozessen heute keine Rolle mehr spielen. Vielmehr haben sich al-Qaida und mit ihr verbündete Organisationen erst vor wenigen Jahren entschlossen, den Trend zum „individuellen Jihad“ zu befördern, indem sie entsprechende Aufrufe im Internet verbreiteten. Da der eingangs festgestellte (und durch das Internet ermöglichte) Trend zum Terrorismus unabhängiger Einzeltäter und Kleingruppen zeitlich auf diese Aufrufe folgte, dürfte ein Kausalzusammenhang bestehen.

Die jemenitische al-Qaida wurde zum Pionier des „individuellen Jihad“ und der Nutzung des Internets zur gezielten Ansprache von Rekruten im Westen. 2009 und 2010 schien es so, als könnte die jemenitische al-Qaida ihrer Mutterorganisation in Pakistan den Rang ablaufen. Dafür sprachen insbesondere zwei spektakuläre, wenn auch vorab vereitelte Anschläge. Am Weihnachtstag 2009 versuchte ein junger Nigerianer, der im Jemen ausgebildet worden war, einen in der Unterhose versteckten Sprengsatz in einem Flugzeug der Northwest Airlines zu zünden, während es sich im Landeanflug auf Detroit befand. Im Oktober 2010 wurden in zwei Frachtmaschinen Bomben gefunden, die in Druckerpatronen versteckt waren und ebenfalls beim Landeanflug auf amerikanische Flughäfen gezündet werden sollten. Es waren vor allem der kreative Umgang mit Sprengstoffen und ihrer Verbringung sowie die Tatsache, dass damit erstmals ein al-Qaida-„Ableger“ Anschläge auf die USA versuchte, die den Bekanntheitsgrad der Gruppe im Netz enorm erhöhten.

Zum wichtigsten Propagandisten und religiösen Führer der jemenitischen al-Qaida wurde der amerikanisch-jemenitische Doppelstaatler Anwar al-Aulaqi, der auch schon „Bin Laden des Internets“ genannt wurde.⁹ Aulaqi wandte sich vom Jemen aus als erster al-Qaida-Vordenker in makellosem Englisch an seine schnell wachsende Anhängerschaft in den USA und Europa. So stand er beispielsweise in E-Mail-Kontakt zu Attentätern wie dem palästinensischstämmigen

⁹ Der Fernsehsender al-Arabiya aus Abu Dhabi scheint diese Bezeichnung geprägt zu haben. Vgl. Aamer Madhani, Cleric al-Awlaki dubbed „bin Laden of the Internet“, in: USA Today vom 30. 9. 2011.

amerikanischen Militärpsychologen Nidal Malik Hasan, der im November 2009 auf dem Stützpunkt Fort Worth 13 US-Soldaten erschoss. Aulaqi starb infolge eines amerikanischen Drohnenangriffs im September 2011, doch seine Botschaften und Schriften werden im jihadistischen Internet weiter verbreitet.

In den Jahren 2010 und 2011 bediente sich Aulaqi des englischsprachigen Internetmagazins „Inspire“ der jemenitischen al-Qaida, das seitdem propagandistische Maßstäbe für die gesamte jihadistische Bewegung setzte. Der Macher des Magazins war der amerikanische Internetaktivist Samir Khan, der für insgesamt acht von zehn Ausgaben – die wesentlich professioneller gestaltet wurden als die restlichen zwei – verantwortlich zeichnete. Zahlreiche Aktivisten in Europa und den USA, die seit 2010 terroristisch aktiv wurden, rezipierten die Inhalte des Magazins bis in die Details. Den Kern der Botschaft bildete dabei der Aufruf zum bewaffneten Kampf gegen den Westen, weil der einen Krieg gegen den Islam führe.¹⁰ Es fanden sich aber auch Bombenbauanleitungen wie „How to make a bomb in the kitchen of your mom“. Sie soll von den Bostoner Attentätern benutzt worden sein, die ihre selbstgebastelten Bomben in Schnellkochtöpfen zur Detonation brachten.¹¹ Der Text war Teil einer speziellen Rubrik in „Inspire“, die sich „Open Source Jihad“ nannte und potenziellen Attentätern ohne terroristische Ausbildung Mittel an die Hand zu geben suchte, mit ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln Anschläge zu verüben. In Inspire fanden sich folgerichtig auch die ersten Aufrufe zum „individuellen Jihad“: Statt sich auf die gefährliche und teure Reise in die Ausbildungslager im Jemen zu begeben, sollten die Rekruten in ihren Heimatländern in Europa und den USA Anschläge mit einfachen Mitteln begehen und so zum Erfolg der al-Qaida beitragen.¹²

¹⁰ Zu „Inspire“ im Detail vgl. Florian Peil, „Inspire“: Das Jihad-Magazin für die Diaspora, in: Guido Steinberg (Hrsg.), Jihadismus und Internet. Eine deutsche Perspektive, SWP-Studie 23/2012, S. 32–44.

¹¹ Vgl. Michael Cooper/Michael S. Schmidt/Eric Schmitt, Boston Suspects Are Seen as Self-Taught and Fueled by Web, in: The New York Times vom 23. 4. 2013.

¹² Vgl. F. Peil (Anm. 10), S. 33; Entsprechend äußerte sich beispielsweise der Emir der jemenitischen al-Qaida: Interview with Shaykh Abu Basir, in: Inspire, 1 (2010), S. 17.

Diese Aufrufe und die Anschlagversuche in den USA machten die jemenitische al-Qaida zur Avantgarde des internationalen Terrorismus und beunruhigten ihre Mutterorganisation in Pakistan. Immerhin verkündeten amerikanische Sicherheitsbehörden schon 2010, dass sie den Ableger als die größere Gefahr für die Sicherheit der USA ansahen. Dies mag damals verfrüht gewesen sein, doch war die Schwäche von al-Qaida in Pakistan augenfällig. Der wichtigste Grund hierfür war der ab Ende 2007 einsetzende Drohnenkrieg der CIA gegen al-Qaida und andere jihadistische Organisationen in den pakistanischen Stammesgebieten. Bis 2012 starben rund zwei Dutzend wichtige Führungskader, die bis heute nicht adäquat ersetzt werden konnten. Hinzu kam, dass die in Pakistan ausgebildeten europäischen Rekruten meist schon auf der Rückreise oder spätestens in ihrem Heimatland verhaftet wurden, so dass zahlreiche Anschlagplanungen für Europa vereitelt wurden. Immerhin datiert der letzte erfolgreiche Anschlag der Organisation in Europa auf den Juli 2005, als al-Qaida-Angehörige Bomben in U-Bahnen und einem Bus in London zündeten.

In der Organisation setzte deshalb eine Debatte ein, wie man ihr Überleben sichern könne. Einen seltenen Einblick in die Diskussionen lieferte ein internes al-Qaida-Dokument mit dem Titel „future work“, das ein österreichischer Jihadist nach seiner Rückkehr aus Waziristan in Pakistan bei seiner Verhaftung in Deutschland im Mai 2011 bei sich trug. Seine Autoren vertraten die Meinung, dass al-Qaida zahlreiche kleinere Anschläge begehen solle, um westliche Sicherheitsbehörden zu beschäftigen. Diese Attentate sollten all ihre Aufmerksamkeit beanspruchen und der al-Qaida neuen Handlungsspielraum verschaffen, den sie nutzen werde, um anspruchsvolle und große Anschläge vom Ausmaß des 11. September 2011 zu planen.¹³

Dass es sich bei diesem Text um mehr als einen internen Diskussionsbeitrag handelte, zeigte sich im Juni 2011, als die al-Qaida-Medienstelle as-Sahab ein fast zweistündiges Internetvideo veröffentlichte, in dem die damals wichtigsten Führungspersonlichkeiten

der Organisation ihre Anhängerschaft aufforderten, einer Strategie des „individuellen Jihad“ zu folgen. Anstatt zum Training nach Waziristan zu reisen und dort auch formal al-Qaida-Mitglieder zu werden, sollten Freiwillige in ihren Heimatländern bleiben und dort „einfache“ Anschläge verüben. Die notwendigen Informationen zu Theorie und Praxis sollten sie sich von den einschlägigen Fundorten im Internet besorgen.¹⁴

Für al-Qaida bedeutete dieses Video eine dramatische Neuausrichtung. Denn die Organisation hatte bis dahin versucht, die Aktivitäten ihrer Anhänger möglichst weitgehend zu kontrollieren. Ihre Gründer Bin Laden und Zawahiri führten die Organisation autoritär und bemühten sich oft, bis in die Details von Planung, Organisation und Ausführung terroristischer Anschläge einzugreifen. Die Strategieänderung von 2011 dürfte deshalb auch durch den Tod Bin Ladens im Mai ermöglicht worden sein, weil der al-Qaida-Führer sich gegen den Gedanken des „individuellen Jihad“ gewehrt zu haben scheint. Nach seinem Tod setzten die verbliebenen al-Qaida-Kommandeure einen sofortigen Strategiewechsel durch. Das Internet sollte der Organisation durch ihre schwere Krise helfen und der Trend zu Anschlägen von Einzeltätern und Kleingruppen schien ein erster Erfolg dieser Strategie zu sein.

Propagandisten verfolgen, Misstrauen säen, Aussteiger identifizieren

Die Maßnahmen gegen die Radikalisierung junger Menschen im Internet müssen der Beobachtung Rechnung tragen, dass diese sich nicht an beliebigen Inhalten orientieren. Vielmehr entfalten die Inhalte vor allem dann Resonanz, wenn sie von bekannten terroristischen Organisationen stammen, von deren Medienstellen mit formalen Merkmalen wie Logos authentifiziert und in populären Formaten wie dem Magazin „Inspire“ verbreitet werden. Die Internetpropaganda lebt darüber hinaus vom Charisma einzelner Personen wie vor allem Anwar al-Aulaqi, aber auch der al-Qaida-Führer Atiyatallah Abu Abdarrahman und Abu Yahia al-Libi, deren Aufrufe unter Jihadisten weltweit große Aufmerk-

¹³ Future work, o. O., o. D., Unveröffentlichtes Dokument, eine Kopie befindet sich im Besitz des Autors.

¹⁴ Vgl. As-Sahab Media, You Are Held Responsible Only for Thyself, 3.6.2011.

samkeit fanden und seit 2009 immer häufiger auch als Handlungsanleitung verstanden wurden. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass eine effektive Bekämpfung der jihadistischen Propaganda im Internet zunächst darauf abzielen muss, dass die al-Qaida-Medienstelle as-Sahab in ihrer Arbeit zumindest behindert wird, dass Publikationen wie „Inspire“ eingestellt und diejenigen, ohne die die Propaganda nicht funktioniert, unschädlich gemacht werden.

Wie folgenreich die Ausschaltung von einzelnen Personen sein kann, zeigte sich, nachdem der „Inspire“-Chefredakteur Samir Khan und der al-Qaida-Prediger Aulaqi im September 2011 bei einem amerikanischen Drohnenangriff im Jemen getötet wurden. Es fand sich bis 2013 kein adäquater Ersatz für die beiden Propagandisten, und die beiden noch folgenden „Inspire“-Ausgaben erreichten formal und inhaltlich nicht das Niveau ihrer Vorläufer. Die jemenitische al-Qaida beschränkte sich nach dem September 2011 vielmehr auf ihre arabischsprachige Öffentlichkeitsarbeit und den bewaffneten Kampf im Jemen. Die große Offensive gegen die USA – die von Aulaqi und „Inspire“ propagandistisch unterstützt wurde – fand damit ein jähes Ende. Zwar waren die alten Ausgaben ebenso wie die Videos und Audios von Aulaqi weiterhin im Netz verfügbar, doch kam nichts Neues mehr hinzu. Seit September 2011 fehlten den Anhängern nun auch die autoritativen Handlungsanleitungen der jemenitischen al-Qaida.

Die gezielte Tötung von al-Qaida-Führern und Propagandisten in Pakistan hatte ähnliche Folgen. Nachdem Atiyatallah Abu Abdarrahman und Abu Yahia al-Libi im August 2010 und Juni 2012 getötet wurden, erschien kein Aufsehen erregendes Video mehr. Von den großen Propagandisten in der Organisation konnte sich lediglich der neue al-Qaida-Chef Aiman az-Zawahiri dem Zugriff der Amerikaner entziehen. Er gilt jedoch als uncharismatischer Redner, und seine allzu häufig erscheinenden Videos sind bei Weitem nicht so einflussreich wie die der getöteten al-Qaida-Kommandeure. Zwar hatte die Organisation mit dem Video vom Juni 2011 noch die Linie für den „individuellen Jihad“ der nächsten Jahre vorgegeben, aber es ist zu erwarten, dass die Wirkung der Strategieänderung ohne neue Botschaften deutlich gerin-

ger ausfallen wird. Solange aber keine neuen charismatischen Propagandisten nachwachsen, wird al-Qaida auch keine wirksamen Aufrufe mehr veröffentlichen können.

Die logische Schlussfolgerung aus diesen Beobachtungen ist, dass die Ausschaltung von wichtigen Propagandisten und charismatischen Anführern und Vordenkern das vielleicht wichtigste Mittel ist, um die Radikalisierung über das Internet zumindest kurzfristig einzudämmen. Die gezielten Tötungen von Aulaqi, Samir Khan, Atiyatallah und Abu Yahia beeinträchtigten die Internetpropaganda von al-Qaida enorm. Dies bestätigt die These, dass die häufig kritisierten amerikanischen Drohnenangriffe das seit 2008 effektivste Instrument in der Bekämpfung der Organisation geworden sind. Zwar wäre es vorzuziehen gewesen, die genannten Personen vor Gericht zu stellen, doch ließ die mangelnde Kooperation der jemenitischen und der pakistanischen Regierungen der Obama-Administration keine Wahl, wollte sie al-Qaida effektiv bekämpfen. Problematisch ist vor allem, dass die USA sich nicht auf die gezielte Tötung von Anführern beschränken, sondern auch viele einfache Kämpfer töten. Sterben zu viele Mitläufer und Zivilisten in ihrer Umgebung, kann dies wiederum zu einer Radikalisierung führen.

Für Deutschland wäre es vor allem wichtig, dass die Aktivitäten der Brüder Yassin und Monir Chouka beendet werden. Diese tauchen seit Anfang 2009 immer wieder in deutschsprachigen Videos der Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU) auf und haben mittlerweile großen Einfluss auf deutsche Jihadisten. Dies zeigte sich im April 2013, als deutsche Sicherheitsbehörden einen Mordanschlag auf den Vorsitzenden der rechts-extremen Pro-NRW-Partei vereitelten. Die mutmaßlichen Täter waren einem Aufruf in einem Video der IBU vom Mai 2012 gefolgt, in dem der Sprecher Yassin Chouka zu Attentaten auf Mitglieder von Pro-NRW aufgerufen hatte. Er forderte darin seine Zuschauer auf, einzelnen Personen der Organisation „im Geheimdienstverfahren“ aufzulauern und sie nachts oder im Morgengrauen zu töten. Selten zeigte sich so deutlich, dass Sympathisanten und Unterstützer in Deutschland Aufrufe terroristischer Organisationen im Internet genau verfolgten und tatsächlich auch entsprechend handelten.

Deutschland verfügt nicht über Möglichkeiten, Propagandisten wie die Choukas strafrechtlich zu verfolgen, solange sie sich in Pakistan aufhalten, und Drohnenangriffe gehören ohnehin nicht zum Repertoire der deutschen Nachrichtendienste. Dennoch hat die Bundesregierung mehrfach gezeigt, wie die Präsenz der Jihadisten im Internet durch die gezielte Verfolgung der Propagandisten wirksam bekämpft werden kann – und dies mit strikt rechtsstaatlichen Methoden. Der Schlüssel zum Erfolg liegt hier darin, die Betreiber wichtiger Webseiten oder Foren zu identifizieren, zu verhaften und wegen der Unterstützung terroristischer Organisationen vor Gericht zu stellen. So werden die Propagandisten im Falle einer Verurteilung daran gehindert, ihre Arbeit fortzusetzen und gleichzeitig die von ihnen betriebenen Webseiten geschlossen. Schließt ein Staat Webpräsenzen und geht gleichzeitig gegen die hinter ihnen stehenden Personen und Strukturen vor, kann er die Propaganda massiv beeinträchtigen. Dort, wo die Inhalte geschlossener Seiten an anderer Stelle im Netz auftauchen, nimmt er den Autoren die Möglichkeit, die Inhalte zu aktualisieren und zu erweitern, so dass die Konsumenten bald das Interesse verlieren. Auf diese Weise werden einige Nachteile der einfachen Schließung von Webseiten aufgefangen. Denn dort, wo lediglich Seiten aus dem Netz entfernt werden, können deren Betreiber weiter arbeiten und ihre Inhalte schon bald an anderer Stelle wieder veröffentlichen. Die bloße Schließung ist deshalb häufig nutzlos.

Es gibt mittlerweile zahlreiche Beispiele für ein solches Vorgehen, bei dem Webinhalte gelöscht und Propagandagruppen aufgelöst wurden. Ein besonders wichtiges ist das der deutschsprachigen Sektion der Globalen Islamischen Medienfront (GIMF). Dabei handelte es sich um eine der wichtigsten jihadistischen Medienstellen, die Material von al-Qaida und anderen Organisationen im Netz verbreitete. Die Gruppierung erlitt einen ersten Rückschlag, als ihr Begründer und Anführer, der ägyptischstämmige Österreicher Mohamed Mahmoud 2007 verhaftet und anschließend zu vier Jahren Haft verurteilt wurde. Als eine Gruppe deutscher Freiwilliger die Öffentlichkeitsarbeit der GIMF fortsetzte, wurden auch deren Mitglieder verhaftet und teilweise zu Haftstrafen verurteilt. Infolge dieser und weiterer Verhaftungen ließ die Qualität der deutschsprachigen Propaganda stark nach.

Ein weiterer Schritt folgte im Juni 2012. Nachdem Mahmoud aus der Haft entlassen wurde, stellte er sofort den Kontakt zu Gleichgesinnten in Deutschland her. Sein wichtigster Helfer wurde der Berliner Ex-Rapper Denis Cuspert. Gemeinsam verbreiteten sie jihadistische Propaganda auf der Webseite millatu-ibrahim.com.¹⁵ Im Juni 2012 verbot das Bundesinnenministerium die hinter diesem Auftritt stehende Gruppierung und ließ die Seite schließen. Um dem Verfolgungsdruck der deutschen Behörden zu entgehen, reisten Mahmoud und viele seiner Anhänger nach Ägypten und anschließend teilweise nach Syrien. Wiederum ließ die Aktivität und auch die Qualität der einzelnen Produkte stark nach.

Die genannten Beispiele zeigen jedoch auch die Grenzen der Strafverfolgung von Personen und Strukturen auf. Zum einen kann die Zeit im Gefängnis dazu beitragen, dass die Propagandisten sich erst recht zu charismatischen Stars der jihadistischen Szene entwickeln, wie dies bei Mahmoud nach 2011 der Fall war. Zum anderen sind die einmal verbreiteten Inhalte auch weiterhin verfügbar, und neue Propagandisten setzten häufig die Aktivitäten verhafteter Aktivisten fort, so dass die Sicherheitsbehörden immer wieder neue Strukturen ausschalten müssen.

Längerfristig muss es den deutschen Behörden deshalb vor allem darum gehen, in der jihadistischen Szene Misstrauen zu säen. Denn das jihadistische Internet lebt vom Vertrauen in die Authentizität des Materials und die (jihadistische) Integrität des virtuellen Gegenübers. Wo dieses Vertrauen verloren geht und eine Manipulation durch Sicherheitsbehörden vermutet wird, stockt auch die Internetkommunikation. Polizei und Nachrichtendienste könnten davon profitieren, dass die Jihadisten ohnehin ein paranoides Weltbild pflegen, in dem „der Westen“ und seine Sicherheitsbehörden einen Krieg gegen den Islam und die Muslime führen. Vor allem die Nachrichtendienste erscheinen ihnen häufig als sehr viel mächtiger, als dies in einem demokratischen Rechtsstaat der Fall sein kann. Misstrauen gegenüber den Mitstreitern ist im

¹⁵ Zu dem Konzept der „Gemeinschaft Abrahams“ (Millat Ibrahim) vgl. Guido Steinberg, Die Globale Islamische Medienfront und ihre Nachfolger, in: ders. (Anm. 10), S. 23–31.

jihadistischen Netz deshalb immer weit verbreitet und die *blackouts* von 2007 und 2008 haben dies erheblich gesteigert.

Schon die öffentliche Diskussion über die Aktivitäten der Sicherheitsbehörden im Netz kann ein erster Schritt in diese Richtung sein. Die Gründung des Gemeinsamen Internetzentrums (GIZ) der Sicherheitsbehörden Anfang 2007 war deshalb nicht nur sachlich geboten, um die Terrorismusbekämpfung im Netz zu intensivieren, sondern auch, um Verunsicherung zu verbreiten. Auch Debatten darüber, dass sich westliche Nachrichten- und Geheimdienste seit Jahren bemühen, das Netz mit Quellen zu infiltrieren und die nachrichtendienstliche Informationsgewinnung in die virtuelle Welt zu tragen, könnten ähnliche Resultate zeitigen.

Die deutsche Politik sollte sich jedoch langfristig nicht auf repressive Maßnahmen beschränken, sondern dort, wo dies möglich ist, aktiv auf eine früh einsetzende Deradikalisierung hinarbeiten. Es ist eine mittlere vordringliche Aufgabe zu verhindern, dass die in großer Zahl im Gefängnis einsitzenden Jihadisten nach ihrer Freilassung als Stars der Szene auftreten und Anhänger gewinnen können. Hier sollten potenzielle Aussteiger identifiziert werden, die einerseits im jihadistischen Milieu so bekannt sind, dass sie nach ihrer Haft andere Unterstützer überzeugen können, ebenfalls auszusteigen. Andererseits sollten sie ideologisch so wenig gefestigt sein, dass sich die Chance bietet, sie zu einer Zusammenarbeit zu bewegen. Das Internet wäre ein geeignetes Medium, über das sie Anhänger der jihadistischen Szene überzeugen könnten, dass der bewaffnete Kampf ein Irrweg ist.

Lorenzo Vidino

Deradikalisierung durch gezielte Interventionen

Im vergangenen Jahrzehnt sah sich Europa einer permanenten Bedrohung durch den jihadistisch motivierten Terrorismus ausgesetzt. Zwar sind auch ideologisch anderweitig motivierte Terrororganisationen im europäischen Raum aktiv, doch der Jahresbericht 2010 von Europol hält fest: „Islamistischer Terror wird von den meisten Mitgliedsstaaten nach wie vor als größte Bedrohung angesehen“.¹ Und in der Tat verhaften die europäischen Behörden jedes Jahr durchschnittlich rund 200 Personen und vereiteln so jihadistisch motivierte Anschlagpläne.² Der überwiegende Teil dieser Straftaten und Ermittlungen betrifft europäische Muslime, Immigranten der zweiten oder dritten Generation sowie eine wachsende Zahl von Konvertiten, die sich in Europa jihadistische Ideologien zu eigen gemacht haben.

Lorenzo Vidino

PhD, geb. 1977; Sicherheits-
experte, lehrt am Center for
Security Studies (CSS) an der
ETH Zürich,
Haldeneggsteig 4,
8092 Zürich, Schweiz.
vidino@sipo.gess.ethz.ch

Übersetzung aus dem Englischen von Kirsten E. Lehmann, Köln.

¹ Europol, TE-SAT 2010: EU Terrorism Situation and Trend Report 2010, Den Haag 2010, S. 6.

² Nach Angaben der Europol verhafteten EU-Länder (mit Ausnahme Großbritanniens) im Zeitraum von 2008–2009 297 islamistische Terroristen. Vgl. Europol, TE-SAT 2009: EU Terrorism Situation and Trend Report 2009, Den Haag 2009. Großbritannien differenziert die wegen terroristischen Straftaten verhafteten Personen nicht nach Ideologien. In der Zeit von 2008–2009 wurden dort 190 Personen wegen terroristisch motivierter Straftaten verhaftet – darunter eine nicht näher bezeichnete Mehrheit von Islamisten. Vgl. hierzu die Veröffentlichung des britischen Innenministeriums: Home Office (ed.), Operation of Police Powers Under the Terrorism Act 2000 and Subsequent Legislation: Arrests, Outcomes and Stops & Searches, Great Britain 2008/2009, London 2009.

Um dieser Bedrohung zu begegnen, haben praktisch alle EU-Länder ihre Antiterrormaßnahmen verstärkt, Gesetze verbessert und Personal und Kapazitäten ihrer Geheimdienste aufgestockt. Im Laufe der vergangenen Jahre unternahmen einige Länder auch zusätzliche Schritte und führten Strategien zur Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung ein, um so eingeschworene Extremisten von ihrem Weg abzubringen, zu deradikalisieren und – mit noch größerer Intensität – die Radikalisierung weiterer Personen zu verhindern.

Vorreiter auf diesem Gebiet wurde Großbritannien; bereits 2003 startete dort unter dem Namen *Prevent* ein Programm zur Einführung einer umfassenden Strategie der Radikalisierungsprävention, um dem jihadistischen Terror im Land zu begegnen. Weitere Behörden in Europa folgten dem Beispiel. Während Großbritannien, Holland, Dänemark und Norwegen heute eine umfassende nationale Strategie mit klar formulierten Zielen, Methoden und Verantwortlichkeiten sowie einem Budget besitzen, entwickelten zahlreiche andere europäische Länder weniger umfassende Programme, vielfach nur auf lokaler Ebene. Und so unterscheiden sich europäische Programme zur Radikalisierungsbekämpfung und -prävention derzeit beträchtlich – hinsichtlich ihrer Ziele, Strukturen und Budgets ebenso wie der zugrunde liegenden Philosophien – dabei sind alle Erfahrungen zutiefst geprägt von politischen, kulturellen und juristischen Elementen des jeweiligen Landes. Zudem sind all diese Programme erst seit wenigen Jahren im Einsatz, und es erscheint daher schwierig, ihre jeweiligen Auswirkungen zu beurteilen. Dennoch weisen die gesammelten Erfahrungen eine Reihe Charakteristika und Herausforderungen auf, die sämtliche europäischen Programme zur Radikalisierungsprävention betreffen. Im Folgenden werde ich daher die europäischen Initiativen zur Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung allgemein beschreiben und vor allem gezielte Interventionen genauer beleuchten. Zuvor möchte ich anmerken, dass sich einige der Initiativen zur Radikalisierungsbekämpfung gegen andere Formen des (meist rechtsgerichteten) Extremismus wenden; dieser Artikel beschränkt sich indes auf den islamistischen Terror, der das Hauptziel aller Programme darstellt.

Europäische Programme zur Radikalisierungsbekämpfung lassen sich grob in zwei Kategorien unterteilen: allgemeine Präventionsmaßnahmen und gezielte Interventionen. Erstere unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Art und der ihnen zugrunde liegenden Philosophien beträchtlich und wurden meist in dem Bewusstsein entwickelt, dass keiner der Ansätze in sämtlichen Fällen funktioniert. Einige Projekte sind explizit „islamisch“ und enthalten eine starke religiöse Komponente. Ein Beispiel hierfür ist der *Radical Middle Way* (Radikaler Mittelweg), ein vom britischen Außenministerium gefördertes Projekt, das sich darauf spezialisiert, traditionelle, moderate muslimische Gelehrte dazu zu bringen, vor jungen britischen Muslimen zu sprechen. Andere Projekte versuchen, gefährdeten jungen Muslimen bei der Integration in die Gesellschaft sowie beim Zugang zu Bildung und Beschäftigung zu helfen. Wieder andere beschreiten Wege, um die Durchsetzungs- sowie zwischenmenschlichen Fähigkeiten junger Muslime zu stärken. Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass Individuen, die stolz auf ihre Identität sind und sich zugleich in anderen Gruppen nicht unwohl fühlen, wahrscheinlich weniger anfällig sind für extremistische, den Islam verzerrende und Nichtmuslime dämonisierende Botschaften.¹³ So hat zum Beispiel die Stadtverwaltung vom Amsterdamer Stadtteil Slotervaart, in dem viele Muslime leben, psychologisch-kulturelle Programme eingeführt – und zwar unter so vielsagenden Überschriften wie „Mit Enttäuschung umgehen“, „Mit Meinungsverschiedenheiten umgehen“ und „Mit Kritik am eigenen Glauben umgehen lernen“ –, die der Schulung von Selbstkontrolle und Selbstkritik dienen sollen.¹⁴

Andere Wege legen den Schwerpunkt darauf, junge Menschen über Demokratie, multikulturelle Gesellschaft sowie Außenpolitik debattieren zu lassen. Dem liegt vielfach der Gedanke zugrunde, den Teilnehmern grundlegende Fakten zu vermitteln und eine kon-

¹³ Vgl. Interview mit Halim El Madkouri, Vorsitzender der Abteilung für Rechtsstaatlichkeit, Religion und Gesellschaft beim Forum Institut für multikulturelle Angelegenheiten, Utrecht August 2011.

¹⁴ Vgl. Stadtverwaltung Slotervaart, Actieplan Slotervaart: Het Tegengaan van Radicalisering, Amsterdam 2007, S. 10.

struktive Diskussion in Gang zu bringen, die Stereotype und Irrtümer aufdeckt. Viele Experten sind sich einig, dass der beste Weg hierfür nicht in einer Konfrontation liegt, sondern vielmehr darin, faktenorientiertes, kritisches Denken der Teilnehmer anzuregen, ohne sie dabei allzu direkt herauszufordern. Als Teil einer Politik zur Radikalisierungsbekämpfung treffen zum Beispiel Mitarbeiter des dänischen Außenministeriums und weiterer Ressorts in Schulen und an anderen Orten regelmäßig mit jungen Menschen zusammen, um dort die dänische Position zu verschiedenen außenpolitischen Fragen zu erklären – mit dem Ziel, Irrtümer und Mythen um sie herum zu auszuräumen.¹⁵

In Initiativen dieser Art wurden beträchtliche Summen gesteckt. Gleichwohl debattieren europäische Behörden darüber, ob sie etwas eingebracht haben. Die Annahme, mangelnde Integration bedeute Radikalisierung, wurde in vielen Studien sowie durch die Profile der meisten Personen, die in jihadistische Aktivitäten in Europa involviert – und vielfach weitestgehend in europäische Gesellschaften integriert – waren, in Zweifel gezogen. Viele fragen sich daher, ob diese Initiativen in Richtung einer Radikalisierungsbekämpfung etwas bewirken – trotz ihrer potenziell positiven Auswirkungen auf Integration und sozialen Zusammenhalt. Da empirische Untersuchungen hierzu fehlen – und auch in Anbetracht knapper finanzieller Mittel –, wenden sich europäische Behörden seit Kurzem stärker zielorientierten Interventionen zu.

Gezielte Interventionen

Statt präventive Maßnahmen auf die allgemeine Bevölkerung auszurichten, sind zielorientierte Interventionen darauf gerichtet, einzelne Individuen, die auf dem Weg zu einer Radikalisierung zu sein scheinen, „zurückzugewinnen“. Im Kern wird versucht, junge Menschen zu identifizieren, die Anzeichen einer Radikalisierung zeigen, aber bisher keine kriminellen Taten begangen haben, deren Situation anhand einer ausgewogenen und faktenorientierten Analyse zu erfassen und anschließend Maßnahmen zu ergreifen,

¹⁵ Vgl. Government of Denmark, *A Common and Safe Future*, Kopenhagen 2009.

die eine weitere Radikalisierung dieser Personen verhindern sollen. Diese Programme variieren von Land zu Land in entscheidenden Punkten – angefangen von der ausführenden Stelle bis hin zu der Art der jeweiligen Intervention –, doch in ganz Europa herrscht Einverständnis darüber, dass diese „weichen“ Programme eine entscheidende Komponente einer umfassenden Antiterrorpolitik darstellen.

Der erste wichtige Schritt in diesem komplexen und heiklen Prozess erfolgt durch das Erkennen und die Signalisierung. Polizisten vor Ort sowie Lehrer, Berater und Sozialarbeiter gelten als diejenigen, die als Erste bemerken können, wenn sich ein junger Mensch radikalisiert. In der Theorie sollten diese als „Augen und Ohren“ der örtlichen Behörden fungieren und sowohl willens als auch in der Lage sein, die betreffenden Fälle zu melden, damit entsprechende Maßnahmen ergriffen werden können.

Doch Angehörige der genannten Berufsgruppen der Regierung, für eine Politik der Terrorismusbekämpfung zu gewinnen – die darauf zielt, Einzelne zu identifizieren, die möglicherweise radikale Ansichten vertreten, jedoch nicht in tatsächliche Gewaltakte involviert sind, ist alles andere als ein unproblematisches Unterfangen. Die Behörden erkannten schon bald, dass solche *Frontliner* die fragwürdige Rolle nur dann einnehmen, wenn sie zum einen von der Notwendigkeit, Zeichen einer Radikalisierung zu erkennen und zu melden, überzeugt und zum anderen entsprechend ausgebildet sind. Lehrer- und Sozialarbeiterverbände in Holland und Großbritannien sträubten sich zunächst vehement gegen den Gedanken, als „langer Arm“ der Polizei oder des Geheimdienstes zu agieren.

Den Behörden wurde klar, dass sie ihre Intentionen besser erläutern und zunächst Vertrauen zu den *Frontlinern* aufbauen mussten. Dafür war es unabdingbar, ihnen die Aufgabe nicht als eine zu vermitteln, bei der es darum geht, „mutmaßliche Terroristen zu entlarven“, sondern vielmehr als Intervention aus Fürsorge und im ureigenen Interesse des jeweiligen jungen Menschen. Die *Frontliner* sollten verstehen, welche Risiken eine Radikalisierung birgt – nicht nur für den Staat, die Gesellschaft und die jeweilige Gemein-

de, sondern vor allem für die sich radikalisierte Person selbst. Wie Jugendliche, die Probleme mit Drogen oder Misshandlungen haben, benötigen auch junge Leute, die sich radikalieren, die Hilfe von Lehrern und Sozialarbeitern, da der weitere Fortgang des Prozesses in jedem Fall auch ihnen selbst schaden würde. Jugendsozialarbeiter zitierten in diesem Zusammenhang mehrfach den Fall von Nick Reilly, einem britischen Islamkonvertiten, der am Asperger-Syndrom litt und von Anwerbern dazu gebracht wurde, sich im Jahre 2008 in einem Restaurant in Exeter in die Luft zu sprengen.

Zudem verstanden die Behörden, wie wichtig eine angemessene Sprache war, damit sowohl *Frontliner* als auch die muslimischen Gemeinden sich an ihren Bemühungen beteiligten. Möglicherweise abstoßende Begriffe wie „Terrorismus“ und „Radikalisierung“ wurden durch eine „sanftere“ Sprache ersetzt, die der Sorge und einer den Jugendlichen in Not zu Hilfe kommenden Intervention entspricht. Desgleichen suchten die Einrichtungen den Gedanken auszuräumen, ihre Programme zielten einzig und allein auf Muslime und betonten, dass sie alle Arten von Extremismus betreffen.

All diese weitreichenden Bemühungen hatten das Ziel, *Frontliner* dazu zu befähigen, eine Radikalisierung zu bemerken und umgekehrt auch zu erkennen, wenn es sich im Fall einer Gruppe etwa um eine neu gegründete religiöse Orthodoxie handelt, die nicht mit einer Radikalisierung verwechselt werden sollte. Nachdem sie eine Ausbildung absolviert haben, sollen sie in der Lage sein, potenzielle Radikalisierungsfälle unter den Personen, mit denen sie beruflich in Kontakt sind, zu erkennen und den Behörden zu melden. Die Zusammensetzung der Stelle, der solche Fälle gemeldet werden, variiert von Land zu Land. Beim *Channel Program*, Großbritanniens Anlaufstelle für gezielte Interventionen, erfolgt die Meldung an einen Koordinator innerhalb der örtlichen Gemeinde, der üblicherweise aus dem Polizeidienst stammt. In verschiedenen holländischen und dänischen Städten sind dagegen Exekutivorgane nicht in den Prozess involviert. In Amsterdam und Kopenhagen etwa wird der Fall an eine Sondereinheit innerhalb der Stadtverwaltung verwiesen, die sich aus städtischen Mitarbeitern und Ex-

perten verschiedener Professionen zusammensetzt.

Sobald eine Person, die in Sachen Radikalisierung gefährdet erscheint, identifiziert wurde, nimmt die Bewertungsstelle eine Einschätzung darüber vor, ob tatsächlich ein Radikalisierungsrisiko besteht. Ist dies der Fall, beginnen die Behörden eine detaillierte gezielte Intervention zu entwickeln, die betreffende Person vom Weg in die Radikalisierung ab- und ins normale Leben zurückbringen soll. Diese Interventionen, die auf das jeweilige Individuum maßgeschneidert werden und verschieden gestaltet sein können, versuchen, den Widerstand gegen radikale Ideen zu stärken und sich darauf zu konzentrieren, die Person wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Ziel dabei ist nicht, die betreffende Person, die bisher nicht straffällig wurde, anzuklagen. Vielmehr geht es darum die Schwachstellen, die sie offenbar in die Radikalisierung trieben, direkt anzugehen und der betreffenden Person Alternativen zu bieten – damit sie von ihren bisherigen Ansichten Abstand nimmt oder sie wenigstens nicht gewalttätig verfolgt.

In zahlreichen Fällen erfolgt die unmittelbarste Intervention in materieller Form. Die meisten sich radikalisierenden Personen leben in prekären Verhältnissen – und Behörden sehen, dass Beratung und konkrete Hilfestellung im Berufsleben, Bildung oder Unterkunft helfen können, die betreffenden Personen in die Gesellschaft einzubinden. Daher beauftragen Behörden oftmals Jugendsozialarbeiter mit einem bestimmten Fall und stellen verschiedene Formen materieller Unterstützung für die betreffende Person bereit.

Die Erfahrung zeigt jedoch, dass in vielen Fällen rein materielle Hilfen den Radikalisierungsprozess nicht aufhalten. Tatsächlich erweist sich vielfach eine Intervention auf ideologischer Ebene als ebenso wichtig – wenn nicht wichtiger. Die Behörden intervenieren daher auch auf diesem offensichtlich sensibleren Gebiet. Mit der Aufgabe einer ideologischen Intervention wird meistens ein Mentor betraut, der je nach Einschätzung des konkreten Falles ernannt wird. Ziel dieses Mentors ist es, Zweifel zu wecken und in das oftmals schwarz-weiße Realitätsbild der radikalisierten Person Nuancen und Grautöne einzubringen.

Dabei ist die Persönlichkeit des Mentors ausschlaggebend, da dieser sich für eine normaler Weise äußerst skeptische und verschlossene Person einsetzen soll. Dazu muss er eine persönliche Beziehung zu seinem „Ziel“ aufbauen, Interesse wecken und den Ansichten der Person gegenüber treten, ohne sie zu konfrontieren oder zu befremden. Für diese Art Intervention erweisen sich Persönlichkeiten mit sehr guten zwischenmenschlichen Fähigkeiten, mit Charisma und in vielen Fällen auch profunden religiösen Kenntnissen als empfehlenswert. Sie können aus dem verwandtschaftlichen Umfeld der Zielperson stammen – und bringen in dem Fall den Vorteil einer bereits bestehenden Beziehung zu ihr mit – oder auch muslimische Gelehrte (in seltenen Fällen auch mit salafistischem Hintergrund) sein. Der entscheidende Faktor liegt darin, dass Mentoren geeignet erscheinen müssen, die anfänglich unweigerliche Zurückhaltung der Zielperson aufzuweichen, ihr Vertrauen zu gewinnen und ihren Glauben an die radikale Ideologie zu erschüttern.

Der gesamte Prozess wird von den Behörden begleitet – sie dirigieren die Aktionen der Sozialarbeiter und Mentoren, die mit radikalisierten Jugendlichen arbeiten. Die jeweilige Stelle überwacht sodann den Fortschritt eines schwierigen Prozesses, der Jahre dauern kann und beträchtliche finanzielle Mittel sowie Personal erfordert. Im Idealfall ändert die Zielperson ihre Ansichten und wird ein voll integriertes Mitglied der Gesellschaft. In anderen Fällen ist das Ziel weniger ambitioniert und besteht zunächst darin, die Person davon abzubringen, sich weiterhin in einem radikalen Milieu zu bewegen, obwohl sie nach wie vor radikale Ansichten vertritt.¹⁶

Trotz einiger offensichtlicher Schwierigkeiten und der Tatsache, dass sich langfristige Erfolge bisher nicht nachweisen lassen, sind europäische Behörden mit der Einführung zielorientierter Interventionen tendenziell zufrieden. Sir Norman Bettison, damaliger Leiter der Association of Chief Police Officers (ACPO) und somit De-facto-Aufseher der britischen Präventionsmaßnahmen, stellte 2010 fest: „Bis heute ist nicht eine der 1500 Personen, bei denen (im Rahmen des Channel-Projekts) interveniert wurde, für ein Ter-

¹⁶ Siehe auch den Beitrag von Peter Neumann in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

rordelikt verhaftet worden.“¹⁷ Holländische und dänische Behörden haben bisher bei einer geringeren Anzahl von Personen interveniert, drücken sich jedoch ähnlich zuversichtlich aus.

Andererseits wurden die Projekte als aufdringlich kritisiert – und dafür, Menschen allein aufgrund von Meinungsäußerungen ins Visier zu nehmen. Diese Vorwürfe wurden bei Anhörungen im britischen Unterhaus im März 2010 laut. Der Generaldirektor im Amt für Sicherheit und Terrorismusbekämpfung des britischen Innenministeriums, Charles Farr, erklärte, aus Sicht der britischen Regierung sei das Channel-Projekt nicht geschaffen worden, um Menschen – die zwar radikale Ansichten haben, die jedoch an sich nicht strafbar sind – zu kriminalisieren, sondern im Gegenteil „um gerade zu verhindern, dass sie straffällig werden.“¹⁸ Im Rahmen dieser Erklärung verwies Farr auch auf das ergreifende Beispiel Hasib Husseins – einer der vier britischen Muslime, die am 7. Juli 2005 in London Selbstmordanschläge verübten: „Wir fingen an, das, was über Hasib Hussein bekannt war, auseinanderzunehmen. Auf keiner Stufe seines jungen Lebens war er der Polizei auffällig geworden – also bot sich ihnen keine Gelegenheit, zu intervenieren, um zu verhindern, was dann geschah; es gab einfach keinerlei Ansatzhaken. Was wir dennoch entdeckten, war: Seine Schulbücher aus der Zeit als Musterschüler an der Matthew-Murray-Schule waren mit Bemerkungen zur al-Qaida übersät – und die Kommentare konnte man nicht anders als al-Qaida unterstützende verstehen. So etwas in sein Schulbuch zu schreiben, ist nicht kriminell und käme an sich nicht auf den Radarschirm der Polizei; der ganze Ethos, das Herz von *Prevent*, kreist aber für mich um die Frage, ob jemand in der Gesellschaft es für richtig gehalten hätte, zu intervenieren. Was meine ich mit Intervention? Ich meine damit nicht, um 6 Uhr in der Früh seine Tür einzutreten und ihn vor den Richter zu zerren. Ich meine die Frage: Hätten wir reagieren sollen? Das genau ist die

¹⁷ Sir Norman Bettison in einer Rede vor dem Ausschuss des britischen Innenministeriums zu den „Wurzeln des gewalttätigen Radikalismus“ am 1. 11. 2011, www.publications.parliament.uk/pa/cm201012/cmselect/cmhaff/uc1446-iii/uc144601.htm (19. 6. 2013).

¹⁸ Britisches Unterhaus, Ausschuss der Gemeinden und Kommunalverwaltungen, Prävention extremistischer Gewalttaten, 6. Sitzungsbericht, März 2010, S. 8.

Sorte Fälle, die durch das Channel-Projekt gemeldet werden.“⁹

Farrs Stellungnahme führt das Dilemma politischer Entscheidungsträger in Europa vor Augen: *damned if you do, damned if you don't*. Auf der einen Seite widerspricht der Gedanke, ein von der Polizei geführtes System einzurichten, das Individuen aussondert, die Meinungen äußern, die nach ziemlich vagen und subjektiven Standards für extrem gehalten werden, den Idealen aller westlichen Demokratien und könnte die muslimische Bevölkerung insgesamt stigmatisieren. Auf der anderen Seite sind traditionelle Methoden der Strafverfolgung nicht immer in der Lage, die sich ständig weiterentwickelnde terroristische Bedrohung auszumachen und zu neutralisieren – und das Channel-Projekt könnte so einem wertvollen Zweck dienen.

Wahl der Kooperationspartner

Ein weiteres Dilemma, in dem europäische Behörden sich wiederfinden, betrifft die Wahl der Partner. Ohne Hilfe der muslimischen Gemeinden haben die Deradikalisierungsbemühungen kaum Aussicht auf Erfolg; die Entwicklung starker, auf Vertrauen gestützter entsprechender Partnerschaften mit einzelnen Personen und Organisationen ist daher von größter Bedeutung. Europäische muslimische Gemeinden sind jedoch in ethnischer und nationaler, sprachlicher, religiöser, sozio-ökonomischer und politischer Hinsicht tief gespalten.¹⁰ Als Konsequenz dieser Spaltung kann in keinem europäischen Land eine Organisation allein den legitimen Anspruch erheben, einen Teil der muslimischen Gemeinde zu repräsentieren, selbst wenn dieser fast eine Mehrheit darstellt. Anders als ihre Pendanten in mehrheitlich muslimischen Ländern müssen europäische Entscheidungsträger die Wahl treffen, mit welchen der vielen Organisationen sie eine Partnerschaft eingehen wollen. Der beste Weg aus diesem Dilemma scheint zu sein, sich mit vielen lokalen Partnern zu verbünden, da sie wahrscheinlich eher in einer Ge-

meinde verwurzelt sind als nationale Organisationen. Zudem bietet eine Partnerschaft mit mehreren Organisationen eher die Chance, das ganze Potenzial einer muslimischen Gemeinde auszuschöpfen, als wenn man sich auf einige selbsternannte Mittelsmänner verlässt.

Fragen nach der Glaubwürdigkeit und Legitimität sind äußerst wichtig.¹¹ Auf welche Stimmen hört man in der Gemeinde – und wer kann die Botschaft der Regierung übermitteln? In diesem Zusammenhang wird vor allem die Rolle gewaltloser Islamisten kontrovers diskutiert. In sämtlichen EU-Ländern, einschließlich Deutschland, haben Netzwerke und Organisationen im Umfeld der Muslimbruderschaft oder der nicht jihadistischen, politischen Salafisten einen bestimmten Grad an Einfluss gewonnen, besonders unter europäischen Muslimen der zweiten und dritten Generation. Diese Gruppierungen vertreten einen konservativen Islam beziehungsweise islamistische Lehren, die sie in den Augen der meisten europäischen Beobachter radikal erscheinen lassen – vor allem durch ihre Aussagen zur Religionsfreiheit und zu Frauenrechten. Obwohl sie in bestimmten Arenen des Nahen Ostens Gewaltakte befürworten, treten sie nicht für Gewalt im Westen ein – im Gegenteil: Die meisten haben die Terrorakte der al-Qaida in Europa öffentlich verurteilt. Können diese eher „gewaltlosen Islamisten“ im Kampf gegen gewalttätige Radikalisierungen zu Partnern der Regierung werden?

Viele Experten glauben, die Regierungen würden einen falschen Weg einschlagen, wenn sie das enorme Potenzial, das eine solche Partnerschaft bieten kann, nicht nutzen.¹² Auch wenn einige ihrer Ansichten Anstoß erregen, sind viele Islamisten aufrichtig gegen Gewalt im Westen – und daher in der einzigartigen Position, diejenigen zu beein-

⁹ Ebd., S. 16.

¹⁰ Vgl. Carolyn M. Warner/Manfred W. Wenner, Religion and the Political Organization of Muslims in Europe, in: Perspectives on Politics, 4 (2006) 3, S. 457–479.

¹¹ In Großbritannien veröffentlichte die Stelle für Forschung, Information und Kommunikation – Research Information and Communications Unit (RICU) – eine großangelegte Studie zu dieser Frage und interviewte dafür Hunderte britischer Muslime. Vgl. Home Office (ed.), Credible Voices: Exploring Perceptions of Trust and Credibility in Muslim Communities, London 2010.

¹² Vgl. Jamie Bartlett/Jonathan Birdwell/Michael King, The Edge of Violence: A Radical Approach to Extremism, London 2010, S. 7.

flussen, die unter Umständen zu Gewalttaten bereit sind. Nur sie besitzen die Legitimität und Glaubwürdigkeit, denen junge Muslime auf dem Weg zur Radikalisierung Gehör schenken. Regierungen sollten daher, so der Gedanke, die Arbeit dieser Gruppen als letztes Bollwerk gegen gewalttätige Radikalisierung stärken.

Einer der entschiedensten Befürworter dieser Strategie ist Robert Lampert, der frühere Chef der Muslim Contact Unit, einer Abteilung der London Metropolitan Police, die sich für ein stärkeres Engagement der Regierung in den muslimischen Gemeinden der Stadt einsetzt. Lambert argumentiert, den „idealen Befürwortern“ unter den muslimischen Führern fehle es an Glaubwürdigkeit in ihren Gemeinden und ihnen fehlten Kenntnisse über Radikalismus. Ihm zufolge besitzen einzig gewaltlose Islamisten die Glaubwürdigkeit, der Sicht von al-Qaida etwas entgegenzusetzen und junge Muslime, die den Weg einer Radikalisierung beschreiten könnten, zu beeinflussen. Lampert befürwortet daher „Verhandlungen der Polizei, die zu einer Partnerschaft mit solchen muslimischen Gruppen führen, die üblicherweise als Staatsfeinde der Demokratie gelten.“¹³ Als Beispiel für dieses Potenzial führt Lambert das Programm STREET (*Strategy to Re-Empower and Educate Teenagers*) an, das von Salafisten im Londoner Stadtteil Brixton umgesetzt wird.¹⁴ Lambert zufolge hat sich STREET – dank seiner Kombination aus „Know-how der Straße und religiöser Integrität“ – als besonders erfolgreich darin gezeigt, den Rekrutierungsversuchen von Predigern, die al-Qaida unterstützen, im Stadtteil etwas entgegenzusetzen.¹⁵

Lamberts Position basiert auf seiner weitreichenden beruflichen Erfahrung und seiner Sicht der gewaltlosen Islamisten als Schutzwall gegen ein Umschlagen eines kognitiven Extremismus in einen gewaltbereiten. Die

¹³ Robert Lampert, *Empowering Salafis and Islamists against Al-Qaeda: A London Counterterrorism Case Study*, in: *Political Science & Politics*, 41 (2008) 1, S. 31–35.

¹⁴ Vgl. Jonathan Githens-Mazer/Robert Lampert, *Why Conventional Wisdom on Radicalisation Fails: The Persistence of a Failed Discourse*, in: *International Affairs*, 86 (2010) 4, S. 897.

¹⁵ Vgl. ebd., S. 898.

dänische Strategie zur Radikalisierungsbekämpfung teilt seine Sicht – mit dem Argument, in einigen Fällen seien es „genau diese Personen, die die besten Chancen haben, die Ansichten junger Leute auf dem Weg der Radikalisierung in eine gewaltlose Richtung zu beeinflussen.“¹⁶

Andere widersprechen dem und sehen in den Organisationen gewaltloser Islamisten weniger einen Schutzwall als vielmehr ein Vehikel für weitere Radikalisierung. Deutsche Sicherheitsdienste etwa konstatieren in ihren Jahresberichten, die Organisationen legalistischer Islamisten rekrutierten „nicht für den gewaltsamen ‚Heiligen Krieg‘ (Jihad). Sie könnten vielmehr sogar für sich beanspruchen, junge Muslime durch ein alternatives Identifikationsangebot gegen jihadistische Indoktrination zu immunisieren. Gleichwohl bleibt kritisch zu fragen, ob ihre stark auf die Bewahrung einer ‚islamischen Identität‘ ausgerichteten Aktivitäten Desintegration vertiefen, zur Entstehung islamistischer Parallelgesellschaften und zur Radikalisierung im Sinne einer Integration in den politischen Extremismus (Islamismus) beitragen.“¹⁷ Zudem argumentieren sie, es bestehe das Risiko, dass solche Milieus auch als Brutstätte für weitere Radikalisierung fungieren und so eine ideologische Basis für gewalttätige Gruppen bieten.¹⁸

Im Lichte dieser Differenzen erscheint eine Einschätzung schwierig, ob europäische Regierungen ihre Interessen wahrnehmen können, indem sie mit gewaltlosen Islamisten zusammenarbeiten. Unterschiede in der Auffassung dessen, was im Interesse des Staates liegt, führen hier zu verschiedenen Antworten. Wenn das Staatsinteresse an Programmen zur Radikalisierungsbekämpfung darin liegt, Terroranschläge zu verhindern, dann erscheint es auf den ersten Blick

¹⁶ Danish Ministry of Refugee, Immigration and Integration Affairs (ed.), *A Common and Safe Future: Proposal for an Action Plan to Prevent Extremist Views and Radicalisation among Young People*, Kopenhagen 2008), S. 36.

¹⁷ Federal Office for the Protection of the Constitution, *Integration as a Means to Prevent Extremism and Terrorism* (ed.): *Typology of Islamist Radicalisation and Recruitment*, Köln 2007), S. 36.

¹⁸ Federal Office for the Protection of the Constitution (ed.), *Annual Report of the Office for the Protection of the Constitution*, Köln 2005, S. 190.

begründet zu glauben, dass eine solche Zusammenarbeit zumindest kurzzeitig Früchte tragen kann.

Wenn aber nur die beinahe vollständige Marginalisierung extremistischer und integrationsfeindlicher Ideen unter jungen europäischen Muslimen als Erfolg einer Radikalisierungsbekämpfung gilt, dann, so glauben viele, ist eine Zusammenarbeit mit gewaltlosen Islamisten kontraproduktiv. In diesem Fall könnten gelegentliche und kurzzeitige Formen der Kooperation mit gewaltlosen Islamisten zwar dazu dienen, Terrain gegenüber Jihadisten zu gewinnen; taktische Bündnisse dieser Art sollten indes nicht zu einer permanenten Strategie werden. Andernfalls würden die langfristigen Auswirkungen einer solchen Kooperation wahrscheinlich die Resultate im Bereich der Sicherheit zunichte machen.

Zukunftstrends

Bei allen Schwierigkeiten und Kontroversen um die Programme zur Radikalisierungsbekämpfung glauben die meisten Experten für Terrorismusbekämpfung, dass wenigstens einige Formen der Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung wichtige Komponenten einer umfassenden Strategie bilden. Trotz Budgetkürzungen werden wahrscheinlich manche dieser Programme – insbesondere solche einer Eins-zu-eins-Intervention – weiterhin in den Vorreiterländern gefördert und in anderen eingeführt werden. Weitere Untersuchungen sind notwendig, um Initiativen mit Informationen zu versorgen und zu gestalten, die, wenn sie richtig umgesetzt werden, ein enormes Potenzial bereithalten –, allerdings, wenn sie nicht richtig eingesetzt werden, mehr schaden als nützen könnten.

Judy Korn · Harald Weilnböck

Der lange Abschied von Hass und Gewalt

Wir warn ein paar Kumpels. Wussten nich, wat wa noch machen sollten den Abend. Alle hatten schon was getrunken außer mir. Ick bin denn gefahren. Naja, und dann standen wa da vor dem Asylantenheim.“ Wenn jugendliche Gewalttäter über ihre Taten berichten sollen, haben sie oft große Schwierigkeiten, diese überhaupt in Worte zu fassen. Zumeist tun sie das Geschehene in zwei, drei Sätzen ab. „Ick hab eigentlich gar nüscht gemacht. Ick bin ja nur gefahrn.“ Die Konsequenzen ihrer Tat blenden sie aus. Dass René¹ gemeinsam mit Freunden ein Asylbewerberheim in Brandenburg in Brand steckte, in dessen Folge ein Wachmann sein Leben verlor, lässt er geflissentlich weg.

Judy Korn

Dipl. Erziehungswissenschaftlerin, geb. 1971; Ashoka Fellow 2007, Gründerin und Geschäftsführerin von Violence Prevention Network e.V., Alt-Moabit 73, 10355 Berlin. Judy.Korn@violence-pretvention-network.de

PD Dr. Harald Weilnböck

Dr. phil., geb. 1959; Medienwissenschaftler, Gruppenanalytiker, Supervisor, Co-Chair „RAN-Derad“ im Radicalisation Awareness Network der Europäischen Kommission, Bergmannstraße 10, 10961 Berlin. Harald.Weilnböck@violence-prevention-network.de

Verbrechen, die aus Rassenhass oder gruppenbezogenen Ressentiments begangen werden (Hassdelikte) sind die stärkste Form antisozialen Verhaltens, die das Gefüge demokratischer Staaten zu zerstören drohen. Verbale und körperliche Attacken auf ausgewählte Gruppen, motiviert durch menschenverachtende Weltanschauungen mit politischem oder religiösem Hintergrund, untergraben die bürgerlichen Rechtsgrundsätze, auf die sich liberale und gewaltfreie Gesellschaften geeinigt haben. Im Gegensatz zu sexuellen Delikten und häuslicher Gewalt, die Wissenschaftler weitgehend erforscht haben und zu denen bereits Interventionsmaßnahmen entwickelt wurden, steckt die Auseinandersetzung mit

gruppenbezogenen Hassdelikten bedauerlicherweise noch in den Kinderschuhen. Bisher wissen wir nicht sehr viel darüber, wie die Entwicklung von Feindbildern und Extremismuskarrieren bei gefährdeten Jugendlichen verhindert werden und wie ihren Neigungen, die von Diskriminierung über Schikane bis hin zu Gewalt und Terror reichen, entschärfend begegnet werden kann. Aus diesem Grund gestaltet es sich als schwierig, die lähmenden und gefährdenden Auswirkungen intoleranter Ideologien auf das soziale Gemeinwesen und den Staat abzuwenden.¹

Trotz dieser empirisch noch sehr mageren Lage gibt es in der Praxis eine immer größer werdende Anzahl von Organisationen und Einzelpersonen, die andere erfolgreich dabei unterstützen, sich von Gewalt und Hass zu verabschieden, einen neuen Weg zu beschreiten, ihr Handeln und Denken zu hinterfragen und menschenverachtende Ideologien abzulegen. Aus diesen Praxiserfahrungen lassen sich Standards ableiten, die ein Gelingen deradikalisierender Interventionen wahrscheinlich machen.

Verantwortungspädagogik – Ansatz und Vernetzung

Violence Prevention Network ist ein Verbund erfahrener Fachkräfte, die seit Jahren mit Erfolg in der Extremismusprävention und Deradikalisierung extremistisch motivierter Gewalttäter tätig sind. Das Team von Violence Prevention Network arbeitet seit 2001 im Bereich der Verringerung von ideologisch motivierten schweren und schwersten Gewalttaten von Jugendlichen und Erwachsenen. Das in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung entwickelte Programm „Verantwortung übernehmen – Abschied von Hass und Gewalt“ wendet sich sowohl an fundamentalistisch als auch an rechtsextremistisch gefährdete Gewalttäter im Strafvollzug. In einem Stabilisie-

¹ René ist ein Teilnehmer des im Folgenden beschriebenen Deradikalisierungsprogramms.

² Einige Abschnitte dieses Artikels wurden übernommen aus: Harald Weilnböck, Das narrative Prinzip: „Good Practice“-Interventionen im Kontext des Radicalisation Awareness Network (RAN), in: Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.), Rechtsextremismus in Europa. Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit, Berlin 2013.

Programmbausteine „Verantwortung übernehmen – Abschied von Hass und Gewalt“

Die Kernstücke des Programms stellen die rund fünf-monatigen Trainingseinheiten dar, die von je zwei Trainern in einer Gruppe mit maximal acht Teilnehmern umgesetzt werden. Es umfasst in der Regel 23 Trainingseinheiten und findet wöchentlich innerhalb der Haftanstalt statt.

Ein Kriterium für die Teilnahme ist die Freiwilligkeit, ein weiteres die Bereitschaft, in der Gruppe offen über sein Leben und die begangene Straftat zu sprechen und die innerhalb der Gruppe verabredeten Regeln einzuhalten. Alles, was in der Gruppe gesagt und besprochen wird, unterliegt der Vertraulichkeit.

Die Lernziele der Teilnehmer bestehen darin, ihr Gewaltverhalten zu verstehen und zu verändern, das Grundrecht auf Menschenwürde und Unversehrtheit jedes Menschen zu akzeptieren, Konflikte gewaltfrei zu lösen, Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen, Distanz gegenüber Extremismus und menschenverachtenden Ideologien zu entwickeln und ihre Zukunftsplanung eigenverantwortlich zu gestalten.

Die Aufarbeitung von Tat und Motivation, das Hinterfragen der Rechtfertigungsmuster, verlässliche Beziehungsarbeit, wertschätzende Akzeptanz der Person bei zeitgleicher Kritik des schädigenden Verhaltens und die ständige Bereitschaft zur Auseinandersetzung erzeugen einen persönlichen Erkenntnisgewinn, der im Gegensatz zu klassischen Methoden der Konditionierung eine nachhaltige Veränderung im Verhalten befördert und Distanzierungsprozesse auslöst.

Durch das (Wieder-)Herstellen von fünf wesentlichen Kompetenzen (Beziehungsfähigkeit, Empathievermögen, Selbstreflexion, Verantwortungsbewusstsein, Stärkung des Selbstwertgefühls) werden die Teilnehmer in ihrem Veränderungsprozess unterstützt.

rungscoaching können die Teilnehmer auch nach der Entlassung bis zu einem Jahr weiter in ihrem Ausstiegsprozess begleitet werden.

Durch seine Arbeit mit extremistisch gefährdeten Jugendlichen hat sich das Team von Violence Prevention Network über Jahre eine bundesweit anerkannte Expertise im Bereich der Arbeit mit extremistisch motivierten Straftätern erworben. Mit der Methode der Verantwortungspädagogik hat das Netzwerk einen demütigungsfreien Weg der Ansprache von Menschen gefunden, die sich antidemokratischen Strukturen angeschlossen haben, und kann ihnen so die Rückkehr in das demokratische Gemeinwesen ermöglichen. Seit 2001 haben über 700 jugendliche, extremistisch gefährdete Gewalttäter am Programm „Verantwortung übernehmen – Abschied von Hass und Gewalt“ teilgenommen. Ihre Re-Inhaftierungsquote liegt bei 13,3 Prozent, fast 70 Prozent unter dem bundesdeutschen Durchschnitt.

Aufgrund seiner Expertise und Erfahrung auf dem Gebiet der Deradikalisierung gehört Violence Prevention Network dem Steering Committee des Radicalisation Awareness Network (RAN) an, das von der EU-Kommissarin für Innenpolitik, Cecilia Malmström, als Antwort auf die steigende Anzahl extremistischer und terroristischer Akte in der Europäischen Union gegründet wurde. Seit 2012 leitet Violence Prevention Network gemeinsam mit EXIT Schweden die Working Group „Deradicalisation“ bei RAN. Ebenfalls 2012 beauftragte die Europäische Kommission Violence Prevention Network mit der Gründung des European Network of Deradicalisation (ENOD),^f einer Plattform, die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) im Feld der Deradikalisierungsarbeit die Möglichkeit gibt, ihre europäischen Best-Practice-Ansätze zu bündeln und einem breiten Kreis von Praktikern zur Verfügung zu stellen.

Grundlage dieses Kooperationsgedankens ist die Annahme, dass es vor allem die erfahrenen Praxisfachleute sind, die bei der Umsetzung von pädagogischen Interventionen für extremistisch und auf Gewalt orientierte junge Menschen eine tragende Rolle übernehmen sollten, ebenso bei der Aufklärung der Öffentlichkeit und der Schulung von Personal der staatlichen Organe. Den Praktikern und Praktikerinnen aus dem Nichtregierungsbereich fällt es in der Regel leichter als den öffentlich Bediensteten, zu den schwer erreichbaren Milieus mit hohem Risikopotenzial Zugang zu finden, mit Sprache, Verhaltensweisen und kulturellen Narrativen von radikalisierten Personen umzugehen und in überzeugender Weise Diskretion zuzusichern. Zudem haben sie zum Teil einen ähnlichen biografischen Hintergrund wie ihre „Klienten“. Dies unterstützt den Aufbau einer vertrauens- und wirkungsvollen Arbeitsbeziehung – eine unverzichtbare Bedingung, wenn die Entschärfung extremistischer Gewaltpotenziale überhaupt möglich werden soll.^f Diese Grundannahme wurde unter anderem bereits 2009 im sogenannten Stockholm-Programm der EU-Kommission formuliert.^f

^f www.enod.eu (24. 6. 2013).

^f Vgl. H. Weilnböck (Anm. 2), S. 399.

^f Vgl. The Stockholm Programme – An open and secure Europe serving and protecting citizens (2010/ C 115/01).

Hervorgehend aus zahlreichen Tagungen, Gesprächen und Konferenzen auf europäischer Ebene sowie neuesten Forschungsergebnissen entstanden die sogenannten „Good Practice Guidelines and Principles“, die für die Deradikalisierung und Extremismusprävention richtungsweisend sind. Violence Prevention Network sowie viele NGOs im europäischen Raum verstehen diese Richtlinien bereits jetzt als Grundlage ihrer Arbeit oder sind dabei, sie in ihrer Arbeit zu implementieren.^f

Good Practice Guidelines and Principles

Aufbau von Vertrauen und Beziehungen: Interventionen, die sich in der empirischen Forschung als nachhaltig wirkungsvoll, das heißt als „Bewährte Praxis“ (*good practice*) erwiesen haben, beruhen wesentlich auf einer intensiven, respektvollen und vertraulichen Arbeitsbeziehung. Nur auf dieser Grundlage können die tief verinnerlichten Überzeugungen und Identitätsanteile einer Person in Frage gestellt und ein möglicher Einstellungswandel eingeleitet werden. Diese Interventionsverfahren bieten einen geschützten und diskreten Raum, um sowohl zwischen Klienten und Fachkräften als auch unter den Klienten als eigenständige Gruppe einen tragfähigen persönlichen Austausch herzustellen. Die Herstellung einer solchen Vertrauensbasis stellt eine überaus anspruchsvolle Aufgabe dar, da es gilt, einen Personentyp für sich zu gewinnen, der sich von der Gesellschaft und den staatlichen Organen häufig hochgradig entfremdet hat und aus diesem Grund überaus misstrauisch und unberechenbar sein kann. Der Aufbau persönlichen Vertrauens, der wesentlich auch auf wirksam zugesicherter Vertraulichkeit beruht, ist eine unabdingbare Voraussetzung für jede Herangehensweise der „bewährten Praxis“, um durch Hass und Extremismus bedingte Verbrechen und auch Terrorismus in kleinem und großem Rahmen zu verhindern, beziehungsweise aufzuarbeiten. Eine vertrauensvolle Arbeitsbeziehung unterscheidet sich erheblich von der fraternisierenden Kameradschaft, die unter „Kumpels“, Gefährten oder Gangmitgliedern herrscht und sich zuweilen auch zwischen Sozialarbeitern und ihren Klienten entwickeln kann, oft mit kontraproduktiven Folgen. Demgegenüber

^f Vgl. H. Weilnböck (Anm. 2), S. 402–411.

gründet sich eine stabile persönliche Arbeitsbeziehung immer sowohl auf Unterstützung und Respekt, als auch auf Konfrontation und Kritik. Darüber hinaus sind solche Arbeitsbeziehungen konkret auf gemeinsam vereinbarte Ziele bezogen, die in Zukunft erarbeitet werden sollen (zum Beispiel die Entwicklung verschiedener gewünschter Kompetenzen des Klienten). An dieser Stelle sollte nicht unerwähnt bleiben, dass die Fähigkeit, eine solche vertrauensvolle Arbeitsbeziehung mit den nicht leicht erreichbaren Klienten herzustellen, gleichermaßen auf dem persönlichen Talent der Fachkräfte beruht, wie sie auch durch intensive Weiterbildung befestigt und erhalten werden muss. Violence Prevention Network legt daher größten Wert auf die Ausbildung der eingesetzten Trainerinnen und Trainer und die ständige Weiterbildung im Rahmen von mehrmals jährlich stattfindenden Veranstaltungen.

Narratives Verfahren und Lebenswelt als Schwerpunkte: Die Praktiker und Praktikerrinnen aus der „bewährten Praxis“ richten ihren Schwerpunkt, im Gegensatz zur argumentativen oder ideologischen Diskussion, generell darauf aus, einen narrativen Austausch zu ermöglichen. „Narrativer Austausch“ meint hierbei, dass in Gesprächen zwischen Klient und Fachkraft persönlich durchlebte Erfahrungen, Ereignisse und Begegnungen geteilt werden, die subjektiv betrachtete autobiografische Erinnerungen umfassen und eine emotionale Bedeutung in sich tragen. Worum es dabei besonders geht, ist die Entstehung eines Dialogs zwischen zwei Lebenswelten, der in die Entwicklung eines persönlichen Arbeitsbezugs mündet. An dieser Stelle greifen der narrative Austausch und die Schaffung von Vertrauen ineinander.

Wirklich erfolgreich praktizierende Fachkräfte im Bereich der Deradikalisierung sind deshalb in der Lage, bei ihren Klienten die Bereitschaft zu einem narrativen Austausch zu wecken und emotional maßgebliche Erinnerungen oder Beobachtungen auszutauschen, denen auch zwischenmenschliche und/oder soziale Konflikte innewohnen.

Dieser Schwerpunkt auf vertrauensbasiertem Erzählen kann sowohl Gefühle von Verlegenheit, Scham, Unsicherheit, Furcht oder Hilflosigkeit zutage fördern, als auch Aggressivität oder Feindseligkeit hervorrufen. Natürlich

sind genau diese Emotionen häufig Auslöser für Akte von Hass und Gewalt gewesen, weshalb äußerst behutsam mit ihnen umgegangen werden muss. Der Fokus auf das Narrative wird somit einerseits Erfahrungen von persönlicher Zwiespältigkeit, Widersprüchlichkeit und innerem Konflikt ans Licht bringen, aber zugleich ebenso Einsichten befördern, die einen Kompromiss erleichtern können. Wichtig ist die gleichberechtigte Wahrnehmung und Anerkennung all dieser Impulse.

Gerade diese Widersprüchlichkeit erklärt, warum modularisiertere Konzepte oder kognitive Trainingsansätze weit schneller Anhänger finden, als das hier beschriebene Prinzip. Die Widersprüchlichkeit der Emotionen zu handhaben und daraus einen fruchtbaren Lernprozess für den Klienten zu gestalten, erfordert ein hohes Maß an Flexibilität und eigenverantwortlichem Gestalten des Prozesses. Ein festgelegtes Abarbeiten von vorab ausgearbeiteten Lerneinheiten ist nicht umsetzbar.

Hierbei ist ausdrücklich zu unterstreichen, dass den viel beschworenen „extremistischen Narrativen“⁷ im Grunde gar keine narrative Qualität eigen ist. Sie umfassen also kaum subjektive Erfahrungen des Erzählenden aus erster Hand. Extremisten vermeiden instinktiv, in subjektive Erzählungen zu geraten, sondern bevorzugen stattdessen Argumentatives und Wortgefechte – denn gerade dies stabilisiert ihre feindliche Ideologie, und sie können der persönlichen Ebene des Austauschs ausweichen. Aus ebendiesem Grund sind die Verfahrensweisen der „bewährten Praxis“ so bestrebt, alles Meinungshafte und alle Streitfragen in einen *narrativen* Austausch zu überführen, um so auch die Bereiche der persönlichen Erfahrung zu ergründen. Denn die Stärkung und Förderung der narrativen Fähigkeiten ist geeignet, den persönlichen Wandel, die Entwicklung und daraus folgend die Deradikalisierung des Klienten zu befördern.

Emotionale Intelligenz: Deradikalisierende Interventionen auf Grundlage von „bewährter Praxis“ fördern das emotionale Lernen und die emotionale Intelligenz. Genauer gesagt, streben sie nach der Förderung dessen, was als „Konflikt-Intelligenz“ bezeichnet werden könnte: die Fähigkeit, auf produktive

⁷ Siehe auch den Beitrag von Ulrich Dovermann in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

Weise mit Konflikten umzugehen. Folglich legen solche Interventionen keinen Wert auf reine Bildungsthemen oder intellektuelle Fragestellungen. Im Mittelpunkt stehen vielmehr der subjektive – und zumeist konfliktträchtige – Aspekt eines Themas und zudem Fragen der Identität. Emotionales Lernen steht hierbei im Vordergrund, da Vorurteile und Feindseligkeiten, die häufig Konflikte und Hassdelikte zur Folge haben, primär von Affekten geleitet sind, auch wenn sie sich zuweilen hinter einer kognitiven oder ideologischen Maske verstecken.

Freiwillige Teilnahme und stufenweise Kooperation: Die Teilnahme an Interventionsprogrammen auf Grundlage von „bewährter Praxis“, die bei der Deradikalisierung und gegen Hassdelikte angewandt werden, erfolgt ausschließlich auf freiwilliger Basis. Die Programme funktionieren am besten, wenn die Teilnehmer ernsthaft persönlich motiviert sind. Daher ist es unverzichtbar, dass sie aus freiem Willen kommen, es wird ihnen nicht auferlegt, nichts ist erzwungen oder angeordnet. Scheidet der Klient aus, dürfen ihm deswegen keine Vorhaltungen gemacht, noch darf es in der Akte vermerkt werden. Werden diese Grundregeln konsequent beachtet, ist die Rate der Abbrecher minimal und bewegt sich normalerweise zwischen drei bis fünf Prozent (bei Violence Prevention Network bei null bis zwei Prozent). Aus demselben Grund sollten den potenziellen Teilnehmern – wenn überhaupt – nur moderate Anreize gegeben werden. Gleichwohl schließt das Prinzip der freiwilligen Teilnahme niemals ein persönliches Motivationsgespräch und ein Mentoring aus. Sobald ein mögliches Interesse bekundet wurde, unterstützen solche Formen der Förderung den Klienten dabei, sich für die Teilnahme an einem Deradikalisierungsprogramm zu entscheiden und einen persönlichen Wandel einzuleiten.

Gruppenbasierte Interventionen: Bei einigen Interventionen aus „bewährter Praxis“ finden die wichtigsten Arbeitsphasen in und mit der Gruppe statt. Hierbei richtet sich das Augenmerk auf die Gruppendynamik und die Beziehungen, die die Teilnehmer untereinander entwickeln. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass Gruppenarbeit stets einen effektiven und tiefgreifenden Einfluss auf die Deradikalisierung der Teilnehmer hat. Es muss dennoch stets sichergestellt

werden, dass eine bestimmte Intensität nicht überschritten wird. Sollte die Notwendigkeit bestehen, ist es Aufgabe der professionellen Prozessbegleiter und Prozessbegleiterinnen, ausgleichend zu wirken und ein ausgewogenes Maß an Gruppenarbeit, pädagogischen Übungen und ergänzenden Gesprächen unter vier Augen herzustellen. Diese Vorgehensweise ist insbesondere dann wichtig, wenn ein Klient die Institution wechselt oder einen bestimmten Lebensabschnitt hinter sich lässt (beispielsweise Haft, Bewährungszeit, Lebensgemeinschaft, Schule, Beschäftigung).

Prozessoffene und partizipative Ansätze – sowie methodologische Flexibilität: Die Herangehensweisen der „bewährten Praxis“ basieren auf einer prozessoffenen Interaktion. Dieser Ansatz verwendet die Anliegen und Reaktionen der Teilnehmer, die sich im Laufe der Gruppenarbeit ergeben, als Arbeitsgrundlage und ergründet sie schrittweise weiter, während die Prozessbegleiter und Prozessbegleiterinnen sich darauf beschränken, gegebenenfalls Vorschläge einzubringen. Es gibt keinen strikten Lehrplan, keinen festen Stundenplan und nie dieselben Instrumentarien, um die Interventionen zu steuern; sie sind vielmehr von methodologischer Flexibilität und Eklektizismus geprägt. Um in Gruppen mit schwer zugänglichen Klienten eine Atmosphäre von Vertrauen, Respekt und persönlichem Engagement zu entwickeln, ist eine Interaktion mit offenen Prozessen, allseitiger Partizipation und Selbsterforschungscharakter unverzichtbar.

Klienten, die aus Subkulturen kommen, in denen gewalttätiger Extremismus und Hass gegenüber Anderen und Anderem die Norm sind, werden ihre Gesinnung und ihr Verhalten kaum ändern, weil sie durch einen moralischen Appell dazu angehalten wurden oder ein kognitives Verhaltenstraining mit einer festgelegten Modulstruktur absolviert haben. Im Gegensatz dazu ist es sinnvoller, dass sich die Teilnehmer mit den Fragen und Themen auseinandersetzen, die aufgrund ihres Verhaltens und ihrer Vergehen entstanden sind, obwohl und gerade weil sie es nicht gewöhnt sind. Typischerweise schließt das auch Themen wie Vorurteile, Extremismus und Schikane ein, die sich überwiegend aus den persönlichen Lebensgeschichten der Klienten ergeben. Es geht darum, sie zu eigenverant-

wortlichen Veränderungsschritten zu ermutigen, weniger um Überredungskünste und Belehrungen.

Mögliche Themen und Fragen prozessorientierter Deradikalisierungsarbeit

Wenn die zuvor erläuterten methodologischen Prinzipien der narrativen Gruppenarbeit erfolgreich umgesetzt wurden und die Gruppenmitglieder sich mehr und mehr auf den Prozess einlassen, kommen in der Gruppenarbeit häufig folgende Themen und Anliegen zur Sprache beziehungsweise können von den Prozessbegleitern und Prozessbegleiterinnen vorgeschlagen werden:

- Gemeinsame oder individuelle Probleme in der Biografie sowie mit den sozialen Lebensumständen.
- Erfahrungen mit instabilen familiären Verhältnissen, funktionsgestörtem elterlichem Verhalten und chronischem häuslichen Beziehungsstress (der den Klienten häufig nicht bewusst ist). Diese Phänomene umfassen oftmals Vernachlässigung, Erniedrigung und mit Gewalt verbundene Schikane, auch wenn die Klienten dazu neigen, den Einfluss solcher Erfahrungen zu schmälern oder abzustreiten. Häufig berichten Klienten auch von Alkohol- und Drogenmissbrauch als dysfunktionale Bewältigungsstrategien in ihren Familien.
- Die eigenen Verhaltensmuster in der Gruppe: Es ist davon auszugehen, dass einige Klienten versuchen, Macht auszuüben, ihre vermeintliche Überlegenheit zu demonstrieren, andere Gruppenmitglieder zu verunglimpfen oder zu unterdrücken.
- Ereignisse oder Erfahrungen in einer Clique von Gleichaltrigen, die als Ersatzfamilie dient und zu der die Klienten in hohem Maße eine Abhängigkeit entwickeln können.
- Erfahrungen mit persönlicher Rekrutierung durch radikale Organisationen.
- Freundschaft und Loyalität kontra Abhängigkeit und Unterwerfung.
- Gender-Themen wie Männlichkeit, Kategorien der sexuellen Attraktivität, Homosexualität und anderes mehr.

- Politische oder religiöse Themen, in deren Kontext die Teilnehmer ihr Engagement und ihren Glauben diskutieren und reflektieren. Möglicherweise müssen sie sich hier mit den vereinfachten Denkmustern und pseudologischen Erklärungen auseinandersetzen, die ihrem Verhalten zugrunde liegen. Darüber hinaus können in den Gruppengesprächen auch geopolitische Konflikte, wie sie in den Medien dargestellt werden, zur Sprache kommen.

Besonders wichtig ist die Auseinandersetzung mit dem Gewaltakt (Gewaltsitzung). Hier erzählt der Klient von einer Lebenssituation, in der er in der Rolle des Täters war und Delikte von Hass, Verunglimpfung oder Gewalt gegenüber anderen verübt hat. Gruppensitzungen, die sich mit den begangenen Gewaltakten auseinandersetzen, sind, im erzählerischen wie emotionalen Sinn, besonders intensiv. Zudem werden sie manchmal mit ihrem mutmaßlichen Gegenteil verknüpft: eigene Erfahrungen von Schikane und Verunglimpfung. Erfahrungen in Forschung und Praxis zeigen deutlich, dass diese Vorfälle in einem offenen, ins Detail gehenden, emotional ehrlichen Austausch aufgearbeitet und geklärt werden müssen.

Im Gegensatz dazu sind kognitive Programme für Verhaltenstraining mit Modulstruktur nicht dazu geeignet, persönliche Fähigkeiten für die gewaltfreie Interaktion zu entwickeln – zumindest nicht in der Form, wie solche Programme derzeit in vielen Bereichen der Interventionsarbeit umgesetzt werden. Kognitive Verhaltensansätze versetzen Vermittler und Klienten sogar dazu in die Lage, direkte narrative Interaktionen gänzlich zu meiden. Sie bewirken Folgsamkeit anstatt, vonseiten des Klienten, eine persönliche Wandlung einzuleiten.

Politische Bildung: Debatte über wahrgenommene und tatsächliche Ungerechtigkeiten

In den Ansätzen der „bewährten Praxis“ überwiegt der narrative, emotionale, an der Lebenswelt der Klienten orientierte Austausch zu Recht. Dennoch sind Inhalte der politischen Bildung und politischen Debatte elementarer Bestandteil, auch wenn es erfahrungsgemäß problematisch ist, mit Klienten, die fundamentalistische oder extremistische

Neigungen haben, über Ideologie und Moral zu sprechen. Grund dafür ist, dass ihr antisoziales Verhalten ursprünglich weder durch ideologische Gesinnungen noch moralische Bedenken motiviert war. Diese Komponenten wurden vielmehr häufig als Rechtfertigung für das eigene Verhalten wie eine neue Schicht über eine bereits vorhandene gewalttätige und extremistische Disposition gelegt. Personen mit extremistischer Disposition haben die ideologischen Gesinnungen und die damit verbundenen vereinfachten Einstellungen und Meinungen bereits verinnerlicht. Die Prozessbegleiter und Prozessbegleiterinnen müssen ergründen, wie tief solche Gesinnungen in der persönlichen Lebensgeschichte einer Person verwurzelt sind und wie gründlich die emotionale Verstrickung ist. Anstelle eines Diskussions-„Gewinns“, sollte der Prozessbegleiter oder die Prozessbegleiterin auf der Ebene von Erkenntnis und Haltung höchstens danach streben, „Samen des Zweifels“ zu säen. In dieser Klientengruppe gelten weder Zweifel, Fragen noch Zwiespältigkeit im Allgemeinen als akzeptierbare Bewusstseinshaltungen. Sollten in den Gesprächen von den Teilnehmern gefühlte Ungerechtigkeiten – ob real oder eingebildet sei erst einmal dahingestellt – zum Ausdruck gebracht werden, sind diese mit besonderer Aufmerksamkeit zu behandeln.

Begleitend gibt die ideologische Haltung der Prozessbegleiter und Prozessbegleiterinnen zudem oftmals Anlass zum Gespräch. Sie ist zugleich Möglichkeit der Reibung für den Klienten und vermag die angesprochenen Zweifel zu säen. Durch eine bis dahin entwickelte Beziehung zu dem Klienten sieht sich dieser nun mit einer ihm nahestehenden, wertvollen Person konfrontiert, die „anders denkt“. Dieser Umstand der Irritation gibt oftmals mehr Anlass zu beginnen der Selbstreflexion als das Thema der Irritation selbst.

Pädagogische Übungen

Es gibt eine Reihe traditioneller Methoden, die im Rahmen pädagogischer Gruppenarbeit hilfreich sind, die Bedeutung von Demokratie und Menschenrechten in der Praxis zu beleuchten. „Diversity Training“, „Anti-Bias-Work“ und ähnliche Herangehensweisen – so sie nicht verordnet oder übertrieben werden – können Mitglieder einer Gruppe

dazu befähigen, ihre rassistischen Neigungen, die andere Menschen ausgrenzen und herabsetzen, aufzuarbeiten. Diese Ansätze können den Klienten dabei unterstützen, ein Wertesystem zu vermitteln, das mit den Ansprüchen einer liberalen Gesellschaft vereinbar ist, wobei die Klienten gleichzeitig ihre Chancen auf eine verantwortungsbewusste Staatsbürgerschaft erhöhen.

Geschichte und Biografie

„Bewährte Praktiken“ gegen Extremismus und Hassdelikte haben immer auch eine (lebens-)geschichtliche Dimension, auch wenn diese hier sicherlich viel unmittelbarer ist, als dies in einer lehrplangemäßen „Geschichtsstunde“ gewöhnlich erreichbar ist. Geschichte (im weiteren Sinn, wie in den Interventionen vorgesehen) legt nahe, dass Dinge sich in einer gewissen Zeit entwickeln und ihre Ergebnisse von bestimmten prägenden Umständen der realen Welt abhängen. In unserem speziellen Kontext lehrt Geschichte jedoch vor allem, dass das Leben und seine Ergebnisse, zumindest prinzipiell, ge- und verändert werden können. Folglich ist entscheidend, dass die Biografien der einzelnen Klienten und ihre Verankerung in den jeweiligen Familiengeschichten den Ausgangspunkt der Interventionen bilden. Sind diese speziellen individuellen Geschichten einmal aufgeklärt worden, können die Prozessbegleiter und Prozessbegleiterinnen die Aufmerksamkeit auf einen weiter gefassten, sozialpolitischen Sinn von Geschichte lenken.

Epilog

Zurück zu René, dem Protagonisten aus dem Deradikalisierungs-Training, der seit acht Wochen am Training teilnimmt. Er wird durch die Teilnahme keine Hafterleichterungen oder -verkürzungen bekommen, aber das Training ist eine willkommene Abwechslung im Haftalltag. Nach anfänglicher Skepsis hat er Vertrauen zu den beiden Trainern gefasst. Thomas und Peter kommen nicht wie die üblichen Sozialpädagogen daher, die er schon von einem früheren Gefängnisaufenthalt kennt. In Einzelgesprächen haben sie ihn zu seinem Leben befragt, und ihr Interesse an seiner Person hat dazu geführt, dass er sich öffnen konnte. Heute ist es für René nun so-

weit. Seine Gewalttat wird aufgearbeitet. Minutenlang und vor den sieben Mithäftlingen, die mit ihm in der Gruppe sind.

Nachdem René ein paar Sätze gesagt hat, weiß er nicht mehr weiter. Peter hilft ihm. „Na, was haste denn genau gemacht? Wo standest Du, als der Wachmann verprügelt wurde? Wer hat den Benzinkanister geholt?“ Anhand dieser Fragen werden die Trainer den Tathergang im weiteren Verlauf der Gruppensitzung zusammen mit René und der Gruppe rekonstruieren. Die Gruppe übernimmt dabei die Rolle der „kritischen Experten“, sind doch alle aus ähnlichen Gründen im Gefängnis gelandet wie René. Hält René sich anfänglich noch für unschuldig, wird er im Verlauf der Sitzung zunehmend nachdenklicher. Auch die anderen Teilnehmer stellen Fragen, wollen genau wissen, was René gemacht hat. „Woher kam der Schlagring?“ Aber auch „Wer rief den Krankenwagen?“ Nach und nach ergibt sich ein Bild des Nachmittags an dem ein Wachmann starb und acht Asylbewerber durch den Brand schwere Rauchverletzungen davontrugen. Nach drei Stunden haben sie gemeinsam herausgearbeitet, dass René selbstverständlich Verantwortung für das trägt, was dort in der Nähe von Dörrwalde passiert ist. Auch wenn er nicht selbst das Feuer gelegt hat, hat er den Kanister zur Verfügung gestellt. Und auch, wenn er sich an dem Gewaltakt gegen den Wachmann nicht aktiv beteiligt hat, war das Tatwerkzeug seins. Und nicht zuletzt, weil er das Fluchtauto fuhr, in dem er und seine Freunde schließlich entkamen, trägt er eine Mitverantwortung. Positiv angerechnet wird ihm von der Gruppe, dass er noch von unterwegs einen Krankenwagen angerufen hat. Unterm Strich bleibt aber die Erkenntnis, dass er keineswegs unschuldig ist und sich jetzt Gedanken machen kann, wie er in Zukunft reagiert, wenn seine Freunde ihn an der Bushaltestelle in Dörrwalde fragen, ob er wieder „Ausländer klatzen“ gehen will.¹⁸

¹⁸ René ist inzwischen entlassen. Einer seiner Trainer hat ihn ein Jahr lang nachbetreut und ihm geholfen eine Ausbildung zum Fernfahrer zu machen. Seit er das Training absolviert hat, versteht er sich auch wieder besser mit seinem Vater. Seine Freundin erwartet ihr gemeinsames erstes Kind.

Ulrich Dovermann

Narrative und Gegen-Narrative im Prozess von Radikalisierung und Deradikalisierung

In einem Rollenspiel als Teil eines Argumentationstrainings gegen Rechtsextremismus wird ein Teilnehmer gebeten, die Rolle eines „Nazis“

zu übernehmen. Es geht in der Szene um ein Jugendzentrum, das geschlossen werden soll, weil es dort immer wieder zu Vandalismus und Gruppengewalt kommt. In diesem Szenario diskutieren die Teilnehmer als Bürgermeister, Vertreter der Elternschaft, Vertreter der Jugendlichen, Vertreter der Leitung des Jugendzentrums, als Journalist und eben rechtsextremistisch beeinflusste Bürger oder entsprechende Bürgerin. Das Gespräch findet – so die Spielanweisung – in einer Kneipe statt: offene Atmosphäre, Stammtisch-Ambiente, keine institutionellen Zwänge, keine Gesprächsmoderation.¹⁹

Ulrich Dovermann

Geb. 1949; Leiter des Fachbereichs Förderung der Bundeszentrale für politische Bildung, zuvor langjähriger Leiter des Fachbereichs Extremismus, Adenauerallee 86, 53111 Bonn. dovermann@bpb.de

Das Gespräch nimmt fast immer – und es wurde unter meiner Begleitung öfter als 200 mal geführt –²⁰ einen sehr ähnlichen Verlauf: Der „Nazi“ übernimmt schnell die „Stammtischhoheit“, er legt die Themen und Unterthemen fest und setzt sie mit Körpersprache, Lautstärke und auch mit schlichter Bedrohung durch. In der Regel hat er den höchsten Redeanteil. Die Gegenwehr der anderen Stammtischteilnehmer ist im ersten Anschein eher schwächlich. Selbst wenn ein beherzter Teilnehmer am Tisch versucht, den Rechtsextremisten rhetorisch oder argumentativ in die Schranken zu weisen oder auf das eigentliche Thema – das Jugendzentrum – zu verweisen, wird er nur selten unterstützt.

Und so bleibt am Ende bei den Teilnehmenden, wie auch bei den Beobachtenden, der Eindruck, dass der „Nazi“ solche Situationen beherrscht und die Auseinandersetzung „gewinnt“.

Die Sicherheit und die fast einheitliche Linie, mit der die „Nazis“ ihre Rolle im beschriebenen Sinne und mit den beschriebenen Mitteln spielen und ausgestalten, fällt auf. Und im gleichen Maße muss festgestellt werden, dass die übrigen Teilnehmenden zumeist ihre Situation hinnehmen. Wohlgemerkt: Der „Nazi“ wird nicht auf seine Rolle vorbereitet oder mit Regieanweisungen versehen. Es wird zwar grundsätzlich darauf geachtet, dass die Rolle möglichst von einem redegewandten und extrovertierten Spieler oder einer entsprechenden Spielerin übernommen wird, die Übernahme der Rolle erfolgt jedoch immer freiwillig und spontan und ist in der Ausgestaltung offen.

Analysiert man gemeinsam mit den Gruppen die so beschriebenen Spielverläufe, bekommt man erste Aussagen darüber, dass sie das beschriebene Verhalten des Rechtsextremisten erwarten und zum Teil auch schon real erlebt haben. Und man erfährt, wie die Trainingsteilnehmerinnen und -teilnehmer ihre eigenen mangelnden Möglichkeiten bewerten, gegen ein solches radikalisiertes Verhalten anzukommen. Denn sie kennen direkt oder indirekt die Situationen, in denen Täter menschenverachtende Äußerungen aggressiv in eine Diskussion einbringen, die Gesprächsverläufe beherrschen, und ihre Behauptungen mit manchmal überraschenden Versatzstücken begründen. Und das betrifft keineswegs nur junge Menschen. Lehrerinnen und Lehrer, Menschen aus Führungspositionen in der Wirtschaft oder Journalistinnen und Journalisten zeigen durchaus ähnliche Verhaltensweisen und Erfahrungen wie Schülerinnen und Schüler.

¶ Vom Fachbereich Extremismus der Bundeszentrale für politische Bildung wurde in den vergangenen zehn Jahren ein Argumentationstraining erprobt und umgesetzt. Teilnehmer sind in der Regel Schülerinnen und Schüler. Eine Verschriftlichung des Konzepts, des Programms und der Erfahrungen ist in Vorbereitung.

¶ Die hohe Zahl resultiert daraus, dass das Training auch in großen Veranstaltungen mit bis zu 25 Gruppen gleichzeitig veranstaltet wird.

Analysiert man dann, was so schwierig an der spezifischen Situation ist, warum einem denn so gar nichts Richtiges einfällt, um den „Nazi“ in die Schranken zu weisen, dann kommt man auf zwei wesentliche Faktoren, mit denen es Probleme gibt: zum einen die Affektivität, mit der vorgegangen wird, und zum anderen die wiederkehrenden Narrative.

Affekte und Narrative

Erstens ist da die untergründige Wut, die Ballung von Affekten, die hinter den Aussagen des „Nazis“ zu liegen scheinen oder häufig auch tatsächlich liegen und durch Gestik, Sprache, Bildhaftigkeit und Gewaltsymbolik zu Tage treten. Je nach Diskussionsverlauf – im Rollenspiel ebenso wie in realen Situationen – steigert sich dieses Gewaltpotenzial noch. Der Extremist lädt sich durch das Gespräch zusätzlich affektiv auf, entweder weil er angezweifelt wird, oder – und das ist wohl noch öfter der Fall – weil ihn die Passivität der anderen Beteiligten noch zu *pushen* scheint. Mit dieser latenten Gewalt umzugehen, trauen sich die Teilnehmenden meist nicht zu.[¶]

Zweitens fallen merkwürdige Versatzstücke und Behauptungen auf, auf die die Teilnehmer kaum geeignete Reaktionsformen finden. Dem „Nazi“ fällt es hingegen selten schwer, seine Forderung nach ethnisch „reinen“ Jugendzentren zu begründen, die vorgebliche Gewalt „der Migranten“ gegen „die Deutschen“ als Ausdruck von Überfremdung und der Gefahr des arischen Untergangs zu deuten oder frühere Zeiten als Vorbild und soldatisches Verhalten als politisch tugendhaft zu bezeichnen. Sein Verlangen nach Parteilichkeit im Interesse der deutschen Jugendlichen und Führungsstärke gegen „weichliche Kompromisse“ kommt ihm leicht über die Lippen. Die Trainingsgruppen sind immer wieder

¶ Die enorme Wut, der Zorn, das ganze aufgeladene Gefühlsleben der Rechtsextremisten, wird zwar einerseits auf Plakaten, Bildern und in Liedtexten immer wieder als Wesensmerkmal dieser Richtung dargeboten – eine wissenschaftliche Beschäftigung mit den Facetten des Rechtsextremismus jenseits der politischen Radikalisierung aber findet nur selten statt. Dabei ist es europäischer Standard, neben *deradikalisierung* auch *disengagement*, also die Demobilisierung als gleichrangiges Ziel der demokratischen Politik zu setzen. Siehe hierzu auch den Beitrag von Peter Neumann (*Anm. der Red.*).

überrascht und nicht unmittelbar in der Lage, diesen – offenbar doch bekannten – Narrativen der Rechtsextremisten strategisch, situativ und inhaltlich entgegen zu treten.

Was hier aus den Trainingsgruppen berichtet wurde, kann man ebenso auch in Situationen erleben, in denen ganz real rechtsextreme Haltungen und Meinungen zu Tage treten. Die an vielen Stellen beschworene Familiensituation, in der ein Großvater oder älterer Onkel eine Feier mit nationalsozialistischen Behauptungen aufmischt, die von niemandem so recht eingefangen werden können, ist ein Beispiel. Der Jugendliche, der einen anderen als „Opfer“ oder gar pejorativ als „Juden“ bezeichnet und ihm eine Vergasung in Aussicht stellt, weil er fremd aussieht oder sich fremdartig verhält, ist ein anderes. Beide Angriffe finden mit hoher Selbstgewissheit, elementarer Gewalt- und Risikobereitschaft und klarem Vorsatz statt, und beiden Angriffen haben die Umstehenden in der Regel wenig entgegenzusetzen. Diese und ähnliche Anfeindungen erfolgen nicht über hochpolitische Abstraktionen oder Parolen. Es sind kurze, prägnante Statements, die allerdings über große Reichweiten im Politischen wie auch im Persönlichen verfügen.

Den skizzenhaft beschriebenen Diskussionsbeiträgen in ihren jeweiligen sozialen Zusammenhängen ist es gemeinsam, dass sie zwar keine Ideologie im Sinne allgemeiner Wahrheitsbehauptungen ausdrücken, aber doch über konkrete Einzelfeststellungen deutlich hinausgehen. Sie sind auch keine eigentlichen Argumente, die sich auf bestimmte Probleme oder den Diskurs beziehen, sondern Versatzstücke einer rechtsextremistischen Weltsicht. Die Frage nach der Schließung des Jugendzentrums wird vom „Nazi“ gekontert mit Hinweisen auf Arbeitslager, in denen man früher Disziplin vermittelte, auf überfremdete Gesellschaften, in denen Ausländer den Ton angeben, oder darauf, dass der Leiter des Jugendheims möglicherweise homosexuell sei. Die beschriebenen Versatzstücke einer Weltsicht werden in Anlehnung an den angloamerikanischen Sprachraum als „Narrative“ bezeichnet.

Es macht Sinn, wenn man eine gewisse Hierarchie zwischen den verschiedenen Formen extremistischer Statements konstatiert: Diese Hierarchie beginnt bei rein persönli-

chen Aussagen über bestimmte Menschen oder Ereignisse und endet bei politischen, ideologischen oder dogmatischen Generalbehauptungen. Zwischen diesen Endpunkten findet sich eine breite Palette der unterschiedlichsten Aussageformen in denen sich die ideologischen Grundlagen und Behauptungen erkennen lassen, die aber dennoch auf konkrete Bezüge orientiert bleiben. Hierbei handelt es sich um Narrative, in denen Erlebtes oder Gehörtes zu scheinbaren Zusammenhängen verwoben worden ist. Narrative sind Fragmente, deren Bedeutung und Herkunft sich dem Zuhörer nicht unmittelbar eröffnen. Sie finden sich in unterschiedlichen extremistischen Ausprägungen.

Islamistische Narrative

Im Bereich des Islamismus ist diese Hierarchie der unterschiedlichen Mitteilungsformen von Extremismus mit den Narrativen im Bereich zwischen Dogmatik und persönlicher Meinung seit Längerem Gegenstand intensiven Interesses und genauen Hinsehens. Auch wenn der Begriff „Narrativ“ mit einigen Problemen belastet ist und er derzeit in den entsprechenden Diskursen der Fachleute schon wieder an Aufmerksamkeit zu verlieren scheint, hat er doch einigen Nutzen, und ich möchte ihn im Folgenden ohne Grundsatzzdebatte verwenden.

Ein Narrativ des Islamismus ist beispielsweise die Behauptung, „die westliche Demokratie“ sei eine Religion und „der Muslim“ dürfe sich ihr nicht unterordnen, weil es kein Gott außer Allah gebe und keine Religion außer dem Islam gelte. Schon die Unterordnung unter die Verfassungen sei verboten und politische Parteien seien Ausdruck einer im Islam streng verbotenen Vielgötterei. Da im Übrigen die Scharia alle Dinge ausreichend regelt, benötige man auch keine gewählten Parlamente, um Gesetze zu schaffen.[†]

Ein anderes Narrativ mit hoher Anerkennung unter den Islamisten betrifft die

[†] Die hier folgenden Beispiele von Narrativen und Gegen-Narrativen sind zum großen Teil aus folgender Broschüre entnommen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Zerrbilder von Islam und Demokratie, Argumente gegen extremistische Interpretationen von Islam und Demokratie, Berlin 2010.

Gleichberechtigung der Geschlechter, die unter Hinweis auf die Scharia abgelehnt wird. Gewalt gegen Frauen sei in der Ehe als letztes Mittel erlaubt, und es sei feindselig gegen den Islam, wenn sich die Frau nicht verschleierte.

Wo diese Narrative gewissermaßen zur Orientierung in einer von westlichen Werten mitgestalteten Welt dienen sollen, sind die folgenden eher Gewalt begründender Art:

Wer den militanten Jihad nicht persönlich ausübe, – so ein weiteres Narrativ, – sei kein wahrer Muslim. Vielmehr sei der Terror gegen die Ungläubigen erlaubt und von Gott unterstützt. Islam und Nicht-Islam befänden sich demnach in einem kontinuierlichen und sehr alten Konflikt und nur der kampfbereite Muslim erfülle seine daraus resultierende geschichtliche Aufgabe.

Im Übrigen sei die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts eine Geschichte der Ausbeutung und der Erniedrigung der muslimischen Länder und deren Bewohner. Es sei deshalb eine Frage der Notwehr und der Wiederherstellung der muslimischen Würde, wenn die Muslime sich gewaltsam wehrten.

Der Kampf der Muslime richte sich – so ein weiteres Narrativ Gewalt begründender Art – vor allem gegen die Beherrschung muslimischer Staaten durch nicht-islamische Regime, durch nicht-islamische Personen oder – schlimmer noch – durch muslimische Veräter, also Muslime in staatlichen Führungspositionen, die nicht nach den Regeln des Islams regieren.

Die Liste ließe sich verlängern, aber der Grundgedanke dessen, was hier gezeigt werden soll, wird bereits deutlich: Die Narrative entwickeln sich aus dem muslimischen Glauben, aber sie sind keine unmittelbaren Glaubenssätze, selbst wenn jihadistische Autoren das behaupten. Sie können und dürfen diskutiert werden und sie werden auch diskutiert. Sie sollen Gemeinschaft herstellen, indem sie strittige Frage in bestimmter – islamistischer – Richtung abklären. Doch die Klärung ist nur scheinbar: Im Effekt machen sie auch die ideologischen Bruchlinien deutlich, sie zeigen die Zweifel an den Glaubensgewissheiten der Extremisten, und dem Diskurs wird Tür und Tor geöffnet.

Schon seit vielen Jahren und besonders seit dem 11. September 2001 bemühen sich Menschen, die auf den interkulturellen, besonders aber auf den interreligiösen Austausch bedacht sind, darum, eben solche Narrative mit hohem Grad an Verbreitung und Relevanz zu finden und mit Gegen-Narrativen zu verdeutlichen, dass es sich eben nicht um religiöse – also ideologische – Aussagen handelt, sondern um menschliche Interpretationen des Religiösen mit einer gewissen Fehlerwahrscheinlichkeit. Mehr noch: Ein Gegen-Narrativ kann auch selbst die Funktion eines Narrativs beanspruchen und behaupten, wahr zu sein, wo das Narrativ falsch ist.

Wo Islamisten behaupten, die Demokratie sei eine Religion, sollten nun islamische Gegenstimmen zitiert werden, die die Demokratie als System und Wissenschaft bezeichnen, die nichts mit dem religiösen Glauben zu tun haben. Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass in der Gelehrtenwelt des Islam die Meinung, Demokratie sei eine Religion, nur von einer Minderheit vertreten wird.

Wo behauptet wird, dass jeder, der sich nicht am Jihad beteilige, kein wahrer Muslim sei, sagen nun andere, dass es nicht von Menschen zu entscheiden sei, wo jihadistische Gewalt angewendet werden dürfe, und dass es anmaßend sei, hier stellvertretend für Gott zu handeln.

Es ist nun zu analysieren, was hintergründig mit dem Diskurs zum Islam und zur islamistischen Gewalt geschieht, wenn Narrative die Diskussionen beherrschen und wenn dann – wie gezeigt wurde – von einflussreichen Stimmen Gegen-Narrative positioniert werden. Wie wirkt sich das auf Radikalisierungen aus – ist das Gegen-Narrativ ein geeignetes Mittel zu deradikalisieren, Prävention zu gestalten?

Extremistische Muslime haben neben dem Islam, den sie nur in Ausnahmefällen umfassend kennen, mit den Narrativen nach innen eine eigentümliche, verstehbare und gemeinsame Handlungs- und Begründungswelt für ihre politischen Ambitionen. Sie schaffen mit den Narrativen untereinander notwendige Verbindlichkeiten, die aber vor allem auf alltägliche und real-weltliche Fragestellungen ausgerichtet sind. Die Narrative richten sich nach außen an das religiöse und kulturelle

Umfeld mit der Forderung nach Gehorsam – schaffen aber gleichzeitig auch Öffentlichkeit für die Meinungen, die in ihrem Umfeld zur Diskussion, also im Streit stehen.

Für die Muslime, die nicht extremistisch sind und auch nicht sein wollen, haben die Narrative die Bedeutung, nicht allgemeinverbindlich zu sein aber gleichzeitig doch der islamischen Gedanken- und Glaubenswelt zu entstammen und also „verstehbar“ zu sein. Das birgt die Gefahr, dass einige sich den Glaubenskämpfern anschließen oder zumindest deren Positionen in ihren Zirkeln vertreten, aber auch die Chance, dass in Glaubensdiskussionen offensiv und mit Erfolg Gegenpositionen – Gegen-Narrative – vertreten werden können.

Für die europäischen nicht-muslimischen Aufnahmegesellschaften schließlich sind die Narrative und Gegen-Narrative dann von Bedeutung und eine Chance auf dem Weg zu einem friedlichen Miteinander, wenn sie im Sinne einer interkulturellen und interreligiösen Didaktik genutzt werden, Diskussionskompetenzen auszutauschen. Wenn Muslime gewissermaßen für die Nicht-Muslime den Diskurs mit jihadistischem Gedankengut führen, dieses im besten Fall entkräften und dabei von nicht-muslimischen Mitstreitern unterstützt werden, hat das auf die Formen des Zusammenlebens in Integrationsgesellschaften positive Wirkungen.

Die Frage ist allerdings, ob die muslimischen Gruppierungen in größerer Zahl ein Eigeninteresse daran erkennen, sich in dieses doch sehr schwierige Feld hinein zu begeben. Die Sicherheitskräfte, die Bildungssysteme und alle Sozialarbeit, die mit diesen interreligiösen Feldern konfrontiert sind, sind auf jeden Fall interessiert und engagiert.

Rechtsextreme Narrative

Wie die islamistischen liegen auch die rechtsextremen Narrative offen zu Tage. Da ist von der „Volksgemeinschaft“ die Rede und davon, dass diese für „den Deutschen“ der höchstmögliche Wert ist. Da wird behauptet, die Demokratie sei eine „dem Deutschen“ nicht angemessene Form der politischen Organisation – vielmehr sei es dem Wesen „des Deutschen“ angemessen, ein au-

toritäres Führungssystem zu haben. Die Geschichte Deutschlands sei vorgeblich eine Geschichte des Siegens und der Überlegenheiten – allerdings hätten die Alliierten die beiden Weltkriege dazu genutzt, den Deutschen ihre Geschichte zu rauben und ihnen dadurch jegliche Kraft und jeglichen Stolz zu nehmen.

Der angeblichen Überlegenheit werden auch negative Narrative gegenübergestellt. Deutschland sei gedemütigt vom „US-Imperialismus“ und seinen „jüdischen Helfern“, ausgeraubt von Generationen der Fremden, die die Deutschen aus ihrer Heimat verdrängen, moralisch zu Boden gedrückt von „Schwulen“, Verfall und Entsittlichung, schamlos nur noch auf Genuss und Gewinn orientiert, wo es doch um Ehre und Zukunft gehen müsse. So vegetierten die einst so stolzen Deutschen vor sich hin – man muss nur die einschlägigen Zeitungen und Internetauftritte durchgehen, die Narrative springen ins Auge. Und zwischen beiden Ansätzen ein trotziges „Sie werden auferstehen, sie werden auferstehen“, wie es in der Liedzeile einer einschlägigen Rechtsrock-Band heißt.

Die Produktion von eigentümlichen und spezifischen Narrativen des Rechtsextremismus ist so intensiv, dass man sie nicht so leicht zusammenfassen kann, wie das bei islamistischen Narrativen möglich ist. Über den unübersehbar vielen Symbolen und Legenden, Behauptungen und ideologieähnlichen Versatzstücken, müsste eine zusätzliche Ebene eingezogen werden, in der die Bedeutungszusammenhänge der Narrative erkennbar gemacht werden. Da gibt es zum Beispiel:

- Narrative der Notwehr gegen Tod, Entwürdigung, Identitäts- und Geschichtsverlust,
- Narrative der kulturellen Verödung,
- Narrative der Entfremdung im eigenen Land,
- Narrative von einer möglichen Befreiung,
- Narrative vom deutschen Wesen,
- Narrative vom Feind des Deutschen,
- das Narrativ vom „System“ in Deutschland,
- das Narrativ von einer deutschen (heidnischen) Religion.

Aber die Narrative taugen nicht dazu, einen Diskurs, eine Kommunikation zwischen Rechtsextremisten und Nicht-Rechtsextremisten herbeizuführen. Wo islamistische Forderungen an Muslime gestellt werden, sollten sie abgelehnt werden, aber ihr Ursprung, der Islam aus dem sie – wenn auch verfälscht – abgeleitet werden, verdient Respekt. Wo aber rechtsextreme Narrative in Erscheinung treten, sind sie sofort, zumindest nach außen und schon wegen ihrer rechtsextremistischen Herkunft abzulehnen.

Es gibt bislang wenig wissenschaftliche Beschäftigung mit den rechtsextremen Narrativen. Rechtsextremismus ist im Wissenschaftsdiskurs Deutschlands mit einer gewissen Notwendigkeit und Ausschließlichkeit „Ideologie“. Wie ein Rechtsextremist denkt und mit welchen Bildern er im politischen Diskurs unterwegs ist, welche Argumentationsformen er verwendet und wie er sich konkrete politische Vorgänge zu erklären versucht, all das tritt zurück hinter der Auseinandersetzung mit der rechtsextremistischen Ideologie. Moderner politischer Extremismus – ganz allgemein – verfügt dem Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke zufolge über eine Reihe gemeinsamer Merkmale. „Hierzu gehören Absolutheitsansprüche der eigenen Auffassungen, Dogmatismus, die Unterteilung der Welt in Freund und Feind, ebenso Verschwörungstheorien und Fanatismus. Extremistische Ideologien sind geschlossene Denkgebäude, die von ihren Anhängern angewandt oder ausgelegt, nicht aber reflektiert und fortentwickelt werden. Sie haben einen quasi-religiösen Status, sie werden nicht diskutiert sondern „geglaubt“. Politik besteht aus dieser Warte nicht aus einer Programmatik, Politik ist vielmehr „Weltanschauung“, die alle Lebensbereiche regelt. Sie gilt als ewig gültig oder von Natur aus wahr.“^F

Ganz gleich, ob man nun eher demokratietheoretischen Fragestellungen oder sozialwissenschaftlichen Ambitionen in der Extremismuskommunikation nachgeht – für Narrative ist da nur wenig Platz. Es geht um Ideologie, es geht um Beschreibung, es geht um Gefährdung des Staates oder der Menschen. Aber da ist eine eigentümliche Distanz zwischen dem ideologisch abgesicherten Extremisten,

wie er von Hans-Gerd Jaschke beschrieben wird, und jenem rechtsextremistischen Diskussionsteilnehmer an einem Stammtisch, der sich mit kommunalpolitischen Themen – zum Beispiel dem Jugendzentrum – befasst. Beide sind sich ihrer Sache angeblich sicher, beide sind im Diskurs, beide fußen auf den gleichen Grundlagen. Und dennoch sind sie für die politische Auseinandersetzung zwei völlig verschiedene Gesprächspartner. Der Ideologe ist – so meine ich – die Ausnahme. Aber vom Großvater auf der Familienfeier, über den Stammtischbruder bis hin zum fremdenfeindlichen Straßenbahnnutzer, der Ausländern den Sitzplatz verweigert: Sie alle setzen narrative, alltägliche, lebensweltliche Akzente des Rechtsextremismus und werden nur in Ausnahmefällen dafür kritisiert. Zwischen Rechtsextremisten und ihren Gegnern herrscht Sprachlosigkeit, Gegen-Narrative scheinen nicht möglich.

Narrativ und Deradikalisierung

In den Argumentationstrainings, von denen zu Beginn die Rede war, wird die Situation zunächst einmal sehr ausführlich und in vielen Fällen bis an den Rand des Erträglichen gespielt. Es kommt darauf an, dass man die eigene Sprachlosigkeit gegenüber den Narrativen des Rechtsextremisten wirklich begreift und akzeptiert. Selbstverständlich können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer (fast) alles ausprobieren, um dem „Nazi“ seine Dominanz zu nehmen, und manchen fällt auch einiges dazu ein. Nur hilft es in der Regel nicht. Die Dominanz bleibt, die Aggressivität bleibt, die missliche, frustrierende Situation bleibt. Ja – es kommt sogar zu Radikalisierungen. Manchmal auch bei den „Nicht-Nazis“. Die Sprache wird brutaler, die Bilder werden hässlicher, die Bereitschaft, andere zu verletzen, steigt. Beim „Nazi“ ohnehin, denn er bemerkt seine Bedeutung und spielt sie aus.

Das Problem liegt vermutlich – wie bereits angedeutet – in der Natur des Gegen-Narrativs. Es kann nur wirken, wenn es aus der gleichen kulturellen Herkunft kommt wie das Narrativ selbst. Was für die islamistischen Narrative gezeigt werden konnte, gilt bei den Rechtsextremisten nicht. Es gibt keine gute Auslegung des Antisemitismus oder des Sozialdarwinismus. Man mag ja dem

^F Hans-Gerd Jaschke, Politischer Extremismus, Bonn 2007, S. 31.

rechtsextremen Chauvinismus mit einem positiven Verfassungspatriotismus entgegenzutreten versuchen, aber alle Erfahrungen zeigen, dass das nicht funktioniert.

Und wo die Gegen-Narrative nicht greifen, da kann man zunächst einmal auch keine Gegenargumente liefern, und seien diese auch noch so richtig, so durchdacht und so zutreffend. Sie werden am Extremisten und seinem Narrativ scheitern. Und wo in unserer Gesellschaft rechtsextreme Narrative sich hegemoniale Stellungen erobern konnten oder können, da werden sie auch nicht mehr im präventiven oder argumentativen Sinne vertrieben werden.

Für die Bearbeitung islamistischer Narrative im Sinne einer Deradikalisierung – so wäre also zusammenzufassen – benötigt man neben religiösem Wissen und entsprechender Autorität vor allem gute Vermittlungssituationen und gute didaktische Konzepte. Die Gegen-Narrative liegen auf dem Tisch. Es wird sich zeigen, ob sie in der Praxis deradikalisiert werden können.

Im Bereich des Rechtsextremismus hingegen versagt dieser Ansatz, denn es wird hier keine gemeinsame kulturelle Herkunft von Narrativ und Gegen-Narrativ geben können. Und wo sich die konkurrierenden Parteien gegenseitig und von vorn herein die Legitimation, die kulturelle Gemeinschaft zu verweigern, werden Narrativ und Gegen-Narrativ zueinander keine Beziehung finden und damit keine Wirkung entfalten können. Das sollte aber nicht zu dem Schluss führen, man könne nichts tun.

An unseren Rollenspiel-Stammtisch entwickeln wir zum Beispiel keine neuen Argumente oder Appelle, auch keine Gegen-Narrative. Wir versuchen uns auch zunächst einmal nicht in irgendwelchen Verunsicherungsstrategien gegenüber dem „Nazi“. Wir lernen vielmehr, dass es so nicht geht und dass das nicht an unseren Argumenten, auch nicht an den Narrativen des Extremisten, sondern an Verständigungsstrukturen innerhalb unseres Kreises liegt. Wir bewerten die Erfahrungen mit dem Rechtsextremisten als Erfahrungen von Macht. Er versucht – meist mit Erfolg –, die Macht am Tisch zu erobern. Er versucht, die Themen und die Form ihrer Bearbeitung festzusetzen. Er beansprucht

Redezeit, wie er sie benötigt. Er beansprucht ein hohes Maß an Toleranz gegenüber seinen Denk- und Sprachfiguren. Und die anderen lassen sich auf diese Ansprüche ein. Anstatt das Gespräch am Thema „Schließung des Jugendheims“ zu halten, verteidigen sie sich und ihr Weltbild und geraten dabei mit dem Rücken an die Wand. Das liegt nicht an der Schwäche des Weltbildes, sondern an dessen Komplexität, die einfach nicht so schlicht und brutal formuliert werden kann, wie rechtsextreme Narrative.

Dies scheint mir der alles entscheidende strategische Schritt zu sein: Wir müssen, wenn wir uns auf eine Auseinandersetzung mit extremistischen Weltbildern – Narrativen eben – einlassen, Machtstrukturen gestalten, in denen der Rechtsextremist keine Hegemonie erringen kann. Wir vereinbaren Redezeiten, Moderation und einen „Kodex“, in dem verankert ist, dass menschenverachtende Aussagen mit Raumverweis geahndet werden können. Wir stärken die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die eine solche Machtstruktur herbeiführen und bewahren können. Diese Vorgehensweise lässt sich von der Laborsituation des Rollenspiels auch in die Praxis übertragen.

Dem Narrativ des Rechtsextremisten wird so keine narrative Antwort gegeben sondern die Forderung nach einer funktionierenden, demokratischen und geregelten Diskussion. Es ist noch fast nie eine Gruppe von allein darauf gekommen, aber zum Ende des Trainings funktioniert das Verfahren eigentlich immer. Und erstaunlicherweise haben sich auch Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit deutlichen Neigungen zum Rechtsextremen mit dieser Konfliktlösung anfreunden können.

Politisch, aktuell und digital

APuZ – jetzt auch im ePub-Format
für Ihren E-Reader. Kostenfrei auf
www.bpb.de/apuz



Copyright und Rechtemanagement im Netz

Technische Schutzmaßnahmen

Kampf gegen Piraterie

Die Vorlage versuchen bisher, der Urheberrechtsschutz durch die Nutzung von elektronischen Büchern oder anderen Dokumenten vor allem durch technische Maßnahmen entgegenzuwirken. Um die Weitergabe und Weiterverarbeitung ihrer geschützten Inhalte zu verhindern, versehen sie die Dateien mit digitalen Wasserzeichen (DRM), einer Art elektronischer Unterschrift, die es dem Nutzer unmöglich macht, die Dateien zu kopieren oder weiterzugeben. Diese Maßnahmen sind jedoch nicht zureichend, um die Verbreitung von digitalen Inhalten zu verhindern. Die Lösung liegt in der Entwicklung von rechtlichen und technischen Schutzmaßnahmen, die die Rechte der Urheber und Rechteinhaber besser schützen und die Nutzung von digitalen Inhalten fördern.

Angesichts des Ausmaßes, das Internetspiraterie inzwischen angenommen hat, wird der Ruf nach einer Kontrollinstanz, die auch Sanktionen verhängen kann, immer lauter. In Frankreich beauftragte die damalige Kulturministerin Christine Albanel im Jahr 2007 Denis Olivennes (heute für die Tageszeitung 'Nouvel Observateur' tätig), mit einem Bericht über die Lage der Internetspiraterie in Frankreich. Das im November 2007 vorgelegte Papier enthielt eine Reihe von Empfehlungen, die in eine Gesetzesvorlage einfließen (Loi favorisant la diffusion et la protection de la création sur Internet, später umbenannt in Loi Hadopi). Der Gesetzentwurf sah vor, dass eine staatliche Behörde, die Haute auto-

renewative media 'public' das ist unter anderem in Deutschland ein zentraler Bestandteil der Kultur- oder Audiothek unter Umständen aber auch in Form von Kopierschutz oder -Social DRM' - Firmen wie das im Sommer 2009 gegründete Unternehmen (also auch Verleger) in Netz aufspüren können.

APuZ 42-43/2009

¹ Vgl. www.sti.fraunhofer.de.
² Vgl. www.culture.gouv.fr/culture/actualites/index-olivennes21107.htm (S. 9, 2009).
³ Vgl. heise online: www.heise.de/Internet/piraterie/stark-meldung/139.

„APuZ aktuell“, der Newsletter von

Aus Politik und Zeitgeschichte

Wir informieren Sie regelmäßig und kostenlos per E-Mail über die neuen Ausgaben.

Online anmelden unter: www.bpb.de/apuz-aktuell

APuZ

Nächste Ausgabe 32–33/2013 · 5. August 2013

Emotionen und Politik

Gary S. Schaal · Felix Heidenreich

Emotionen und Vernunft in der Demokratie

Jan Plamper

Emotionen als historische Quellen

Bernd Greiner

Angstunternehmer. Zur Karriere eines Rollenmodells

Benjamin Christoph Seyd

Die Gegenwart des Unbehagens

Christian von Scheve · Thomas Stodulka · Julia Schmidt

Guter Neid, schlechter Neid?

Jan Süsselbeck

Emotionalisierungsstrategien in der Kriegsdarstellung



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-Keine-Bearbeitung 3.0 Deutschland.

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Dr. Asiye Öztürk
Johannes Piepenbrink
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne Seibring
Sarah Laukamp (Volontärin)
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
5. Juli 2013

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißenfelsstraße 84
04229 Leipzig

Abonnement-service

Aus Politik und Zeitgeschichte wird
mit der Wochenzeitung **Das Parlament**
ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schüle-
rinnen und Schüler, Studierende, Auszubil-
dende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fs-medien.de

Nachbestellungen

IBRo
Kastanienweg 1
18184 Roggentin
Telefax (038204) 66 273
bpb@ibro.de
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit
4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Peter Neumann

3–10 Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus

Der Autor grenzt wichtige Konzepte wie Radikalisierung, Extremismus und Deradikalisierung voneinander ab. Es zeigt sich, dass wichtigen Debatten und Kontroversen im Bereich der Terrorismus- und Extremismusforschung oft unterschiedliche Verständnisse dieser Konzepte zugrundeliegen.

Roland Eckert

11–17 Radikalisierung – Eine soziologische Perspektive

Menschen rechnen sich Gemeinschaften zu, die sie über Ethnien, Religionen oder Klassen definieren. Vorstellungen von Bedrohung oder Demütigung dieser Gemeinschaften stehen am Anfang der Radikalisierung. Wieweit Konflikte in ihrer Eigenlogik fortschreiten, hängt von ihrer Bearbeitung ab.

Guido Steinberg

17–25 Jihadistische Radikalisierung im Internet und mögliche Gegenmaßnahmen

Islamistische Organisationen nutzen das Internet, um ihre Unterstützer und Sympathisanten zu mobilisieren. Diese Entwicklung erfordert es, die im Internet aktiven Propagandisten zu verfolgen, durch aktive Manipulation Misstrauen zu säen und langfristig auch Aussteiger für Gegenentwürfe zu identifizieren.

Lorenzo Vidino

25–32 Deradikalisierung durch gezielte Interventionen

Bei gezielten Interventionen wird versucht, junge Menschen zu identifizieren, die Anzeichen einer Radikalisierung zeigen, aber bisher keine kriminellen Taten begangen haben. Es wird versucht, Maßnahmen zu ergreifen, die eine weitere Radikalisierung verhindern sollen.

Judy Korn · Harald Weilnböck

32–39 Der lange Abschied von Hass und Gewalt

Ein Mensch, der sich radikalisiert, entfernt sich – von der Gesellschaft und vom privaten Umfeld. Deradikalisierung heißt im Umkehrschluss, diesen Menschen wieder herein bitten. Dazu muss er Vertrauen fassen und Fragen stellen dürfen, auf die er bisher nur von Extremisten Antworten bekommen hat.

Ulrich Dovermann

39–45 Narrative und Gegen-Narrative im Prozess von Radikalisierung und Deradikalisierung

Extremistische Narrative orientieren sich an ideologischen Grundaussagen, konzentrieren sich jedoch gleichzeitig auf konkrete Bezüge. Eine mögliche Gegensteuerung scheint in der Entwicklung von Gegen-Narrativen zu liegen. Diese greifen jedoch nur, wenn sie aus dem gleichen kulturellen Ursprung entwickelt werden.